



Der Golan bleibt israelisch

Die USA erkennen die Souveränität des Staates Israel über die Golanhöhen an.

SEITE 24

Pessach für Anfänger

Alles Wichtige zu dem Familienfest kurz und kompakt zusammengefasst

SEITE 37



Die merkwürdige Renaissance sowjetischer Filme in Hollywood

Die Traumfabrik macht sozialistische Ideen salonfähig

SEITE 28-29



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

in diesem Jahr fallen das jüdische Pessach und das christliche Ostern kalendermäßig wieder einmal zusammen. Während die Christen als Einleitung des Osterzyklus am 19. April den Karfreitag begehen, beginnt für die Juden am Abend dieses Tages mit der traditionellen Seder-Tafel das einwöchige Pessachfest, das an das Ende der pharaonischen Unterdrückung der Juden im alten Ägypten erinnert.

Nach dem unter Führung Moses' von Pharao abgetrotzten Auszug des jüdischen Volkes aus ägyptischer Knechtschaft und der nach 40 Jahren Wanderschaft am Ende dieses Exodus stehenden Ankunft im Gelobten Land markiert Pessach die Einleitung der jüdischen Eigenstaatlichkeit vor bereits mehr als drei Jahrtausenden.

Das vor 71 Jahren auf altem, dem jüdischen Volk durch diverse Fremdherrschaften nahezu zwei Jahrtausende lang geraubten Gebiet wiederbegründete, demokratische Israel mit seiner ungeteilten Hauptstadt Jerusalem ist somit – allen anderslautenden Behauptungen und Ansprüchen seiner Feinde zum Trotz – einer der am längsten auf seinem Territorium legitimierte Staaten der Welt.

Neben der Gestalt des im Königreich Judäa geborenen Juden Jesus und sehr vielen anderen Bezügen zu seiner jüdischen Heimat hat auch das am Vorabend des Pessachfestes mit der Verlesung der Geschichte des jüdischen Auszugs aus Ägypten seit alter Zeit jährlich zelebrierte Seder-Mahl, dem auch der Religionsstifter des Christentums Jesus beigewohnt hat, als heiliges Abendmahl Eingang in die christliche Lehre gefunden.

Die nach dem Exodus der Juden aus Ägypten im weiteren Verlauf des Pessach-Geschehens entstandenen zehn Gebote bilden eine erste frühe Formulierung der Menschenrechte und stellen einen unverzichtbaren, bis heute allgemeingültigen ethischen Verhaltenskodex dar. Als großes jüdisches Erbe haben die zehn Gebote in kaum zu überschätzender Weise in wachsendem Maße bis in die Gegenwart ein Unrechtsbewusstsein für die Verletzung zwischenmenschlicher Normen geschaffen. Obwohl von der Menschheit nie wirklich erreicht, haben sie maßgeblich nicht nur die Rechtsgrundlagen und die Verhaltensethik des jüdisch-christlichen Abendlandes geprägt, sondern ausgehend von dort die zivilisatorische Entwicklung der gesamten Menschheit im Sinne einer gelebten Humanität beeinflusst.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



4 198807 003709

Das Schweigen des Wolfgang Kubicki



TOBIAS SCHWARZ/AFP

Von Laila Mirzo

Politiker sein, ist nicht einfach – gute Politik zu machen, schon gar nicht. Zwischen Realpolitik, Interessengruppen, eigener Wählerschaft und eigenem Gewissen herrscht oft ein starkes Spannungsfeld.

Was also macht einen guten Politiker aus? Die Geschichte hat gezeigt, dass Persönlichkeiten, die um den Unterschied zwischen echter Volksnähe und opportunem Populismus wissen, eher gute Politik machen. Zum Jobprofil eines Politikers gehört es auch, zu wissen, wann es besser ist zu schweigen und wann man seine Stimme erhebt, um sich strategisch zu positionieren.

Dieser Tage hat der FDP-Vizechef Wolfgang Kubicki jedoch kein gutes Gespür dafür gezeigt. So forderte Kubicki den Bundesaußenminister Heiko Maas dazu auf, Richard Grenell, den US-Botschafter in Berlin, zur persona non grata erklären und ausweisen zu lassen.

Zuvor hatte der Botschafter moniert, dass Deutschland mit seinem neuen Verteidigungsetat das vereinbarte NATO-Ziel erheblich verfehle. Grenell ließ dann noch über Twitter verlauten: „Die Reduzierung der ohnehin schon inakzeptablen Beiträge zur militärischen Einsatzbereitschaft ist ein besorgniserregendes Signal an die 28 NATO-Verbündeten“.

Anstatt sich mit der berechtigten Kritik des US-Vertreters sachlich auseinanderzusetzen, wurde der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki fast übergriffig, als er der Nachrichten-

agentur AFP mitteilte: „Wer sich als US-Diplomat wie ein Hochkommissar einer Besatzungsmacht aufführt, der muss lernen, dass unsere Toleranz auch Grenzen kennt“.

Herr Kubicki hat dabei wohl vergessen, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis ist und man als zweitgrößter Nettozahler – wie die Verteidigungsministerin gerne betont – auch eine einsatzbereite Armee stellen muss. Seit Jahren wird die Bundeswehr aber von einer hausgemachten Pannenserie geplagt: Einsatzuntaugliche Sturmgewehre und Hubschrauber, marode Panzer bis hin zu defekten Regierungsfliegern – die Waffensysteme des deutschen Bündnispartners sind nicht zuverlässig. Damit kann Deutschland seine militärischen Zusagen gegenüber der NATO nicht erfüllen. Die Ermahnung des US-Botschafters müsste demnach mehr als verständlich sein. Wie es aussieht, ist sie das nicht für einen Wolfgang Kubicki.

Unter dem Kritik-Radar des FDP-Vize blieb wohl hingegen die Meldung über die Einführung der Todesstrafe für Homosexuelle in Brunei. Das islamische Sultanat unter der diktatorischen Führung des Sultans Hassanal Bolkiah, beschloss die Vollstreckung der Todesstrafe durch die Steinigung. Grundlage für die Verschärfung der Gesetze in der Verfolgung homosexueller Menschen ist die Scharia. Das ölreiche Sultanat bestraft daher auch Diebe nach orthodox-islamischem Ritus mit Amputation von Händen oder Beinen. Da das Gesetz auch gegen ausländische Nichtmuslime vollstreckt werden soll, warnt das Auswärtige

Amt Reisende, sich mit den neuen Vorschriften vertraut zu machen.

Auffallend ist, dass die FDP-Fraktion über Twitter zwar „individuelle Sanktionen“ für Politiker, welche die Steinigung zulassen, forderte, Herr Kubicki diesmal aber nicht in der ersten Reihe der Kritiker zu finden ist.

Die Zurückhaltung Wolfgang Kubickis in der Kritik gegenüber islamisch motivierten Menschenrechtsverletzungen, lässt eine gewisse Methode erkennen. Schon von seinem Freund Jürgen Möllemann kannte man diesen modus operandi.

Menschen, die Appeasement gegenüber dem Islam betreiben, haben nicht selten eine tendenziöse Haltung gegenüber Israel und dem Judentum. Kubicki enger Männerfreund Möllemann (der verstorbene FDP-Vizevorsitzende und Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft) sagte 2002 bezugnehmend auf die „palästinensischen“ Selbstmordattentate gegenüber der „taz“:

„Israels Politik fördert den Terrorismus. Was würde man selber tun, wenn Deutschland besetzt würde? Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt.“

Immer wieder fiel Möllemann mit antiisraelischen und antisemitischen Aussagen auf. In dem monatelang andauernden „Antisemitismus-Streit“ mit dem damaligen Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, machte der FDP-Vize Friedmans Verhalten selbst für die Zunahme des Antisemitismus in Deutschland verantwortlich. Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀ Fortsetzung von Seite 1

Das Schweigen des Wolfgang Kubicki

Die deutschen Moralweltmeister maßregeln den amerikanischen Botschafter – Menschenrechtsverletzungen in islamischen Staaten bleiben hingegen unkommentiert.

In einem selbstfinanzierten Flugblatt, das an alle Haushalte in Nordrhein-Westfalen verteilt wurde, machte Möllemann Stimmung gegen die damalige Israelpolitik unter Ariel Scharon und griff darin auch Michel Friedman direkt an. Dabei kann Möllemanns Position als Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft eine Rolle gespielt haben. Die engen Kontakte zu arabischen Politikern und Organisationen könnten ihn „inspiriert“ haben, Israel „Staatsterrorismus“ vorzuwerfen.

Die heutige FDP-Linie ist jedenfalls ein klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Erst im März brachte die FDP-Fraktion im Bundestag einen Antrag für eine stärkere Unterstützung Israels bei Abstimmungen im Rahmen der Vereinten Nationen ein, welcher nur von der AfD

einstimmig unterstützt wurde – von der CDU/CSU, SPD, den Grünen und der Linken (vormals SED) jedoch abgelehnt worden war. Der Antrag enthielt außerdem die Forderung, die Bundesregierung solle sich „klar von einseitigen, vorrangig politisch motivierten Initiativen und Allianzen anti-israelisch eingestellter VN-Mitgliedstaaten distanzieren und Israel und legitime Interessen Israels vor einseitigen Verurteilungen schützen.“

Ob es daher tatsächlich eine Gesinnungsnähe Wolfgang Kubickis mit Möllemanns Entgleisungen und Fraternalisierung mit der islamischen Welt gibt, ist offen. Manche seiner Äußerungen sind jedoch auffällig. Anfang 2015 forderte er zum Beispiel ein europaweites Vorgehen gegen Islamkritik. Gegenüber dem „Handelsblatt“

(Online-Ausgabe) sagte er damals: „(...) es ist zweifelslos notwendig, der weit verbreiteten, pauschalen und diffusen Islamkritik, die es in vielen Staaten der Europäischen Union gibt, entgegenzuwirken.“

Aufhorchen lassen ebenfalls seine Aussagen in einem Interview mit Stephan Lamby aus dem Jahr 2011. In dem Videointerview, welches auf der Diskussionsplattform „dbate“ ausgestrahlt wurde, erklärte Kubicki: „Moral ist das Gegenteil von Politik“.

Auf die Frage, ob er einen extrem hohen moralischen Anspruch entwickelte und postulierte, antwortete er:

„Das Problem haben wir ja in der Auseinandersetzung zwischen uns und dem Islam beispielsweise. Die Frage ob Frauen Burka tragen dürfen, Ja oder Nein. Leute, die eine

moralische Position in der Politik einnehmen, halte ich für extrem gefährlich. Denn mit moralischen Positionen können Sie nur Kriege anfangen.“

Schon der Staatsphilosoph Machiavelli postulierte, eine Trennung von Moral und Politik sei für einen stabilen Staat unabdingbar. Nun, wenn der eigene moralische Ansatz dogmatische Züge annimmt, wird er freilich gefährlich und Politik in den Händen radikaler Moralisten ist fatal. In Brunei eben kann man sehen, welche Auswüchse eine entfesselte islamische Hypermoral anrichten kann. Die Steinigung Homosexueller zu verurteilen, politisch wie moralisch, ist aber die einzig richtige Reaktion, lieber Herr Kubicki. Versuchen Sie es doch mal – es tut nicht weh!

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Unschätzbar sind die Verdienste, die sich das zahlenmäßig kleine jüdische Volk im Laufe seiner häufig und besonders im letzten Jahrhundert von unendlichem Leid begleiteten Geschichte um Humanität, Ethik und die Zivilisation unseres Planeten erworben hat. Unschätzbar ist auch der überproportionale kulturelle, wissenschaftliche und technologische Beitrag jüdischer Menschen und des winzigen Staates Israel auf dem Gebiet der Medizin, der Naturwissenschaft, der Technologie, der heutigen digitalen Revolution und nahezu allen anderen Bereichen des menschlichen Lebens.

Auch Judäa und Samaria gehören zum jüdischen Stamm-land

Ungeachtet dieses Sachverhalts und des zweifelsfrei belegten historisch legitimierten Anspruchs auf sein jahrtausendealtes Staatsgebiet und seine ungeteilte Hauptstadt Jerusalem – die Delegitimierung Israels und die gemeinsam mit den brutalen muslimischen Landusurpatoren praktizierte Leugnung der geschichtlichen Bezüge des jüdischen Volkes zu seinem rechtmäßigen Stamm-land in Judäa, Samaria und Galiläa bestimmen heute wieder die Richtlinien der deutschen und westlichen Politik.

Neben den im Verbund mit unserer GroKo agierenden linken Israelfeinden und der in sein für ihn viel zu großes Amt aus politischem Opportunismus im Interesse der Machterhaltung der Kanzlerpartei am Wählerwillen vorbei hinein-proporzten bundespräsidentialen Fehlbesetzung F.W. Steinmeier, verheißt auch die soeben wirksam gewordene Berufung des deutschen Außenministers H. Maas in den Vorsitz des Sicherheitsrats der zum islam-willfähigen Diktatoren-dominierten Israel-Verurteilungs-Club degenerierten, bei jeder Krise regelmäßig versagenden UNNütz-Organisation (UNO) nichts Gutes. Sowohl der Arafat-Huldiger und Atom-fürden-Iran-Wegbereiter F.W. Steinmeier als auch der aus der gleichen bis zur verdienten Bedeutungslosigkeit Wähler-geschrunzten Partei der Israel-Delegitimierer vom Schlage A. Nahles, des Wasserlügen-Erzählers M. Schulz und des selbsterklärten Terroristenfreundes S. Gabriel entstammende H. Maas stehen besonders in der Zeit der im jüdischen Staat anstehenden Neuwahlen für eine massive Gegnerschaft zu Israel und seiner Regierung.

Wo Deutschland schweigt – und wo es besser geschwiegen hätte

Dazu sprechen das begünstigende Schweigen der deutschen Außenpolitik, etwa zu den Morden an Homosexuellen in Brunei und dem Iran sowie anderen islamischen Gräueltaten bei gleichzeitig über zwanzig von Deutschland im letzten Jahr unterstützten, ungerechtfertigten UN-Verurteilungen des durch und durch demokratischen Staates Israel und die haarsträubenden anti-israelischen Ausfälle des deutschen UN-Gesandten C. Heusgen in Sachen der neuerlichen, gänzlich unprovokierten, bis nach Tel-Aviv reichenden Raketenangriffe aus Gaza ihre eigene beredte Sprache.

Dabei konnten sogar unsere öffentlich-rechtlichen Israel-Diffamierungs-Medien und „Terror gegen-Israel“-Versteher nicht umhin widerwillig einzuräumen, dass der Raketenbeschuss und die in der Nähe Tel Avivs zu Hause verletzten Kleinkinder und erwachsenen Zivilisten Opfer eines unerwarteten, heimtückischen Angriffs ohne jeden Anlass geworden sind.

Noch vor dem Pessach-Monat und den bald folgenden Feierlichkeiten zum dies-jährigen 71. Gründungstag des neuen, mit im Jahre 1947 erfolgter Billigung der UNO auf einem kleinen Teilbereich des historischen, den Juden ca. 2 Jahrtausende lang geraubten Gebiets des Königreichs Judäa wiedergeschaffenen jüdischen Staates kommen aus Gaza wieder gezielte Angriffe gegen Israel.

Es spielt weder für die Gangsterbosse aus Gaza oder deren iranische Konkurrenten noch für den Diktatoren-Club der UNO und auch nicht für unsere mit Krokodilstränen für tote Juden nur mangelhaft cachierte Israel-averse Politik eine Rolle, dass es außer dem erklärten Ziel der Hamas-Terroristen, Israel zu vernichten, wie auch zuvor schon keinen wirklichen Grund für diese neuerliche arabische Attacke gegen Israel und seine verletzten Bewohner gibt.

Dazu sollte man wissen, was bereits vielfach in Vergessenheit gehalten wird, und auch bei unseren Israel-Diffamierungs-Medien vorsätzlich unerwähnt bleibt:

Unter den Arabern erlebte der Gaza-Streifen einen zivilisatorischen Einbruch

Es war der von unserer Politik und unseren Medien als Hardliner beschimpfte israelische Ministerpräsident Ariel Scharon, der bereits im Jahre 2005 den freiwilligen

Rückzug Israels aus dem im 6-Tage-Krieg 1967 von Ägypten übernommenen Gaza-Streifen veranlasste. Die letzten der 8.000 dort ansässigen Juden verließen Gaza am 12. September 2005 und hinterließen ein entwickeltes Gebiet mit funktionierender Wirtschaft und High-Tech-Gewächshäusern, die in der Lage waren Gaza zu versorgen und den Überschuss mit Gewinn zu exportieren.

Seither ist in Gaza Hitlers Traum verwirklicht worden. In Gaza ist kein jüdisches Leben mehr möglich. Gaza ist zu 100 % judenrein. Und dies, obwohl in Gaza schon seit dem Altertum Juden ansässig waren, die erst im Jahre 1929 während massiver arabischer antijüdischer Pogrome aus Gaza vertrieben wurden.

Statt – wie es nach der Land-Schenkung sinnvoll und erhofft war – mit Israel zu kooperieren, übernahm die Terrororganisation Hamas bereits 2006 mit Hilfe von Wahlen (soviel zur Friedensliebe der gazanischen Bevölkerung) die Macht in Gaza, die sie seither – erheblich finanziert durch westliche Gelder – auch gegenüber der eigenen als Geisel gehaltenen Zivilbevölkerung mit von unseren Medien verschwiegener Gewalt, willkürlichen Verhaftungen, Folter und Erschießungen mit eiserner Hand aufrechterhält. Gleichzeitig und zur Ablenkung von den wachsenden durch Korruption und Bereicherung der Hamas-Bosse entstandenen desaströsen wirtschaftlichen Probleme wurde das unversöhnliche Feindbild zu Israel bis heute perpetuiert und führte zu unzähligen Grenzprovokationen, Mordanschlägen auf Israel, Raketen-Beschüssen auf den israelischen Nachbarn und folgerichtig immer wieder zu Reaktionen der angegriffenen Israelis.

Jetzt ist es wieder soweit und die westlichen Marionetten tun wie von den Puppenspielern der Hamas geheißt:

Trotz Unsummen an westeuropäischem Geld und Sachzuwendungen für ihren Terror gegen Israel hat die Hamas, und haben die ihr folgenden Gazaner das ihnen ohne jedes Obligo von Israel geschenkte, einst blühende Gaza gründlich ruiniert, verwüstet und unbewohnbar gemacht. Jetzt machen sie sich – wie schon weiter oben dargestellt – mit deutlichem Wohlwollen unserer Politik, unserer Medien und unserer Kirchen gerade auf zu versuchen, ob ihnen nicht auch in Israel selbst und ebenso in Jerusalem glücken könnte, was sie so trefflich in Gaza angerichtet haben.

Hamastan nimmt sich selbst zu wichtig

Die Hamas hat mehrere Hundert Millionen Euro der vom Westen und der UNO kassierten Gelder verwendet, um „Protestcamps“ direkt an der Grenze zu Israel zu organisieren. „Überschreitet die Grenze!“ lautet die Devise der Hamas-Führung. Der jüdische Staat soll und muss – und zwar insgesamt – von der Landkarte verschwinden.

„Entweder wir kehren heim, (wo immer das auch sein soll) oder der Dritte Weltkrieg beginnt“, klingt es auch dieses Mal wieder martialisch aus Hamastan – pardon Gaza.

Und die Marionetten von der UNO, der EU und bei uns tanzen im von der Hamas vorgegebenen Takt.

Nur noch schnell mal eben einige Menschen, wenn möglich auch Kinder opfern. Menschenleben, auch die der eigenen Bevölkerung, sind für die Mörderbosse aus Gaza ohnehin ein billiges Gut – und schon bricht der Zorn der Welt und unserer Bessermenschen mit antijüdischem Vorbehalt über Israel herein.

Welche Rolle für die UNO und den Westen spielt es da noch, dass Israel soeben vorsätzlich und ohne den geringsten Anlass angegriffen wurde. Welcher Staat würde sich da nicht verteidigen?

Egal – bald kann wieder auf Israel einprügelt werden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, die EU und natürlich auch unsere Regierung und ihre Medien äußern ihre tiefe Sorge über die Eskalation des Geschehens, fordern trotz anhaltenden Beschusses aus Gaza Israel zur Mäßigung auf und werden bald eine internationale Untersuchung mit dem Ziel verlangen, Israel für seine unangemessene Aggression zu verurteilen.

Wen bei uns interessiert da, dass die israelische Armee vorbildlich und besonnen reagiert wie keine andere und versucht selbst die Zivilbevölkerung der Israelfeinde zu schonen.

Wenn es um Israel geht, kennen die UNO, unsere Islam-Appeaser aus der westlichen Sphäre der EU und unsere links-durchseelten Gesinnungsmedien in trauter Eintracht und abstruser Dauer-Konsequenz nur einen Schuldigen: Den demokratischen jüdischen Staat und seine in beispielgebender Weise humanistischen Werten verpflichtete Verteidigungs-Armee

Fortsetzung auf Seite 18 ▶▶

Butterweiche Distanzierung

Wie prominente US-Demokraten Antisemitismus in den eigenen Reihen entschuldigen

Von Tina Adcock (Mena Watch)

Ilhan Omar, die demokratische Kongressabgeordnete, die mittlerweile für ihre antisemitischen und antizionistischen Aussagen schon regelrecht bekannt ist, sorgt einmal mehr für Schlagzeilen. Bereits im Januar wurden einige ihrer Twitter-Beiträge, die den jüdischen Staat dämonisieren, öffentlich kritisiert, was sie jedoch nicht davon abhielt, im Februar über die pro-israelische Gruppe AIPAC („Amerikanisch-israelischer Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten“) zu twittern – und der Organisation vorzuwerfen, sich politischen Einfluss zu erkaufen. Damit bediente sie den alten antisemitischen Vorwurf des finanzkräftigen Judentums, das sein Geld dafür einsetzt, Regierungen auf seine Seite zu ziehen, um seine Interessen durchzusetzen.

Sie selbst, sieht diese Tatsache natürlich ganz anders und versucht, den Spieß umzudrehen, um so das Opfer zum Sündenbock zu machen, wenn sie sagt:

„Viele unserer jüdischen Kollegen ... denken, dass alles, was wir über Israel sagen, antisemitisch ist, weil wir Muslime sind.“

In ihr „Wir“ bezog sie dabei ihre Kollegin Rashida Tlaib ein, die ebenfalls für antisemitische Äußerungen in der Kritik stand.

Der neueste Fehltritt Omars ist nun ihre Antwort auf eine Aussage ihrer Kollegin Nita Lowey (ebenfalls Demokratin), die auf Twitter eine Kritik an Omars Israelkritik veröffentlichte:

„Der Gesetzgeber muss in der Lage sein, ohne Vorurteile oder Bigotterie zu debattieren. Ich bin traurig darüber, dass die Abgeordnete Omar die Unterstützung für Israel weiterhin als falsch bezeichnet. Ich fordere sie auf, diese Aussage zurückzuziehen und mit der jüdischen Gemeinde einen weiteren Dialog darüber zu führen, warum diese Kommentare so verletzend sind.“

Ilhan Omar antwortete:

„Kongressabgeordnete, unsere Demokratie stützt sich auf Debatten! Es sollte nicht erwartet werden, dass ich einem fremden Land meine Treue/Unterstützung schulde, um meinem eigenen Land im Kongress oder im Ausschuss zu dienen. Die Menschen des Fünften [Kongressbezirk von Minnesota] wählten mich, um ihren Interessen zu vertreten. Da sind wir uns doch sicher einig!“

Doch Lowey ließ die Unterstellung Omars nicht einfach so stehen, wie diese es mit ihrer Verpflichtung auf Einigkeit wohl gern gehabt hätte, sondern antwortete nun ihrerseits:

„Kein Mitglied des Kongresses wird gebeten, einem anderen Land die Treue zu schwören. (...) Im Laufe der Geschichte wurde Juden stets der Vorwurf der doppelten Loyalität gemacht, was zu Diskriminierung und Gewalt führte. Deshalb sind diese Anschuldigungen so schmerzhaft.“

Und Lowey stand nicht alleine da mit ihrer Kritik, selbst US-Präsident Donald Trump meldete sich zu Wort und verurteilte Omars Aussagen:

„Die Abgeordnete Ilhan Omar steht wegen ihrer schrecklichen Kommentare bezüglich Israel erneut unter Beschuss. Jüdische Gruppen haben soeben eine Petition an [die] Sprecherin [des Repräsentantenhauses Nancy] Pelosi gerichtet, in der sie gebeten wird, Omar aus dem Ausschuss für Auswärtige Beziehungen zu entfernen. Ein schwarzer Tag für Israel!“

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Repräsentantenhaus



Ilhan Omar (rechts) und Nancy Pelosi (links)

erklärte jedoch, dass er Ilhan Omar, wegen ihrer jüngsten antisemitischen Äußerungen, nicht aus dem Ausschuss ausschließen werde.

Verwässert bis zur Nichts-Aussage

Als Antwort auf die Protestwelle gegen Omar verabschiedeten die Demokraten

Idee. Das Stichwort „Opferkonkurrenz“ lässt grüßen: Ilhan Omar nehme als farbige, muslimische Immigrantin einen so hohen Opferrang ein, dass sie gegenüber den weißen und reichen Juden in Amerika und Israel gar nicht schuldhaft handeln könne... Omar jedenfalls feierte die Verabschiedung der Erklärung, indem sie sagte:

„Die Resolution, die eigentlich den Antisemitismus verurteilen sollte, nimmt so die Gestalt einer Erklärung gegen den Hass auf Minderheiten an und verfehlt damit ihre ursprüngliche Idee. Das Stichwort „Opferkonkurrenz“ lässt grüßen: Ilhan Omar nehme als farbige, muslimische Immigrantin einen so hohen Opferrang ein, dass sie gegenüber den weißen und reichen Juden in Amerika und Israel gar nicht schuldhaft handeln könne.“

eine Resolution, die unter anderem den Antisemitismus verurteilt, ohne dabei jedoch Omars Namen zu nennen. Daneben finden sich in der Erklärung noch zusätzliche Passagen, die sich gegen die Diskriminierung von anderen Minderheiten richten. Die Resolution, die eigentlich den Antisemitismus verurteilen sollte, nimmt so die Gestalt einer Erklärung gegen den Hass auf Minderheiten an und verfehlt damit ihre ursprüngliche

„Der heutige Tag ist wegen mehreren Faktoren als historisch zu bezeichnen. (...) Es ist das erste Mal, dass wir über eine Resolution abgestimmt haben, in der die antimuslimische Bigotterie in der Geschichte unseres Landes verurteilt wurde.“

Dass es in der Resolution vornehmlich um Antisemitismus gehen sollte, und dass ihre antisemitischen Aussagen unter anderem der Grund für die Verabschiedung der Erklärung waren, scheint

sie vergessen zu haben oder gezielt außer Acht zu lassen.

Zu der Verabschiedung der Resolution bleibt zu sagen, dass sie wohl kaum eine angemessene Reaktion der Demokraten auf den antisemitischen Vorfall in ihren eigenen Reihen darstellt. Doch scheinbar ist solch eine Reaktion auch nicht gewollt, denn einige ihrer Kollegen verteidigten gar Omars Antisemitismus und stellten sie als das eigentliche Opfer dar – und hoben den Sonderstatus hervor, den Juden angeblich genießen würden... So schrieb die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez in einem Tweet:

„Niemand drängt auf solch ein Ausmaß an Zurechtweisung, wenn andere (Kongress-) Mitglieder Aussagen über Latinx + (geschlechtsneutraler Begriff für Latinos; Anm. Mena Watch) und andere Gemeinschaften treffen.“

In Minnesota führten gewählte Vertreter sogar einen eigenen Hashtag zugunsten von Ilhan Omar ein: #StandWithIlhan und fügten dem Ganzen noch eine Stellungnahme hinzu:

„Wir rufen die Demokraten dazu auf, sich zusammen mit Ilhan gegen die Bemühungen der Republikaner zu stellen, Juden und Muslime gegeneinander auszuspielen zu wollen.“

Die demokratische Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, verteidigt Omars Aussage gar, indem sie ihr eine „andere Erfahrung im Umgang mit Worten“ bescheinigt, was auch immer das heißen und entschuldigen soll. Durch solche Relativierungen und Entschuldigungen wird der Antisemitismus in den Aussagen nicht ernst genommen, genau wie die Person Ilhan Omar an sich: ganz so als wäre sie unmündig und hätte es eben einfach nicht so gemeint.

UNO: Antisemitismus als Menschenrecht

Die Vereinten Nationen wollten nicht, dass Sie diese Rede hören.

Von Gerd Buurmann

Michael Lynk ist Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in den sogenannten „besetzten“ „palästinensischen“ Gebieten. Im März 2019 präsentierte er einen extrem einseitigen Bericht über gewalttätige Ausschreitungen im Gazastreifen, in dem ausschliesslich Israel massiv dämonisiert wurde. Alle Vorwürfe gegen Israel wurden vor den Vereinten Nationen vorgetragen.

Anne Bayefsky ist Juristin, Menschenrechtsaktivistin und leitet das Touro College Institute für Menschenrechte und Holocaust. Am 18. März 2019 wollte sie ihre zustehende Zeit vor den Vereinten Nationen nutzen, um einige Aussagen von Michael Lynk zu widerlegen. Der Präsident des Menschenrechtsrats, Coly Seck, drehte Bayefsky jedoch das Mikrofon ab.

Juden laut anklagen und ihre Verteidiger zum Schweigen bringen, mit dieser Aktion haben die Vereinten Nationen Freisler-Niveau erreicht. Hier die Rede, die die Vereinten Nationen nicht zulassen:

„In einer weiteren Peinlichkeit für alle Kanadier und für die juristische Fakultät der University of Western Ontario hat Professor Michael Lynk eine Reihe von antisemitischen Lügen hervorgebracht:

Erste Lüge: Die sogenannten ‚Demonstrationen‘ in Gaza waren ‚weitgehend friedlich‘.

Zweite Lüge: Palästinenser haben vermutlich keine Sprengstoffe und Brandbomben in Israel abgeschossen.

Dritte Lüge: Der Grund für das, was eigentlich Ausschreitungen waren, sei das Recht auf Heimkehr gewesen, nicht das erklärte Ziel der Hamas, den jüdischen Staat zu vernichten.

Der moderne Antisemitismus wirkt durch die Vereinten Nationen, durch diesen Rat, seine neueste Echokammer und den Demokraten im US-Repräsen-



Mordopfer Ori Ansbacher

tantenhaus auf folgende Weise:
Erstens: Sie dämonisieren den jüdischen

Staat. Lynks antisemitische Nazi-Sprachbilder enthalten Behauptungen, der jüdische Staat habe ‚Hunger nach Land‘ und ‚Eilverleibungsabsichten‘.

Zweitens: Sie rufen zum Boykott des dämonisierten jüdischen Staates auf. Lynk bezeichnet den ‚Aufruf zum Boykott Israels‘ als ‚legitim‘.

Drittens: Sie kriminalisieren die Selbstverteidigung des jüdischen Staates. Die palästinensische Möchtegern-Mörder sind nicht erfolgreich genug, um Lynks Parodie einer Verhältnismässigkeit zu

befriedigen.

Es gibt einen tatsächlich endgültigen Schritt zu dieser antisemitischen UN-Formel: Mehr Juden sterben.

Anfang des Jahres wurde die 19-jährige Israelin Ori Ansbacher von einem Palästinenser vergewaltigt und abgeschlachtet, weil sie Jüdin war. Ihr Mörder hat jetzt Anspruch auf eine palästinensische Rente.

Ori wird im Lynks Bericht zur ‚aktuellen Menschenrechtssituation‘ nicht erwähnt. Es wird auch kein palästinensischer Terror und keine Brandstiftung an Wäldern und Farmen erwähnt. Stattdessen prahlt Lynk damit, sich in seinem Bericht nur ‚auf Verletzungen zu konzentrieren, die von Israel begangen wurden‘.

Bei dieser UNO ist Antisemitismus kein Problem. Es ist ein Menschenrecht.“



Ori Ansbachers Vergewaltiger und Mörder Arafat Irfaiya lächelt nach seiner Verhaftung

Ungarn eröffnet Handelsmission in Jerusalem

Der erste EU-Staat eröffnet eine diplomatische Mission in der Hauptstadt des Staates Israel

Israelnetz

Ungarn hat eine Zusage wahrgemacht und seine Handelsmission in Jerusalem eröffnet. Der israelische Premier Netanjahu sieht das Land damit als Vorbild in Europa. Seine Wünsche reichen aber noch weiter.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó hat am Dienstag in Jerusalem die neue Handelsmission eröffnet. Bei der Zeremonie war auch der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu dabei. Die Einrichtung gilt als Zweig der ungarischen Botschaft in Tel Aviv.

Netanjahu sprach von einem „bewegenden Moment“ für Israel. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten eröffne ein europäisches Land eine diplomatische Mission in Jerusalem. Ungarn führe damit eine Bewegung an, die Haltung Europas zu Jerusalem zu ändern, wie es bereits die USA unter Präsident Donald Trump getan hätten. Infolge des Jerusalem-Gesetzes von 1980, das Jerusalem als Hauptstadt Israels festschreibt, hatten alle 13 damals dort vertretenen Nationen ihre Botschaften geschlossen und nach Tel Aviv verlagert.

Netanjahu hofft auf Botschaftsverlegung

Der israelische Premier dankte laut einer Mitteilung des Außenministeriums insbesondere seinem ungarischen Amtskollegen Viktor Orbán; dieser habe mit der Eröffnung sein Versprechen wahr gemacht. Bei einem Treffen in Jerusalem hatte Orbán angekündigt, die Präsenz seines Landes in der israelischen Hauptstadt zu stärken. Außenminister Szijjártó hatte in diesem Zusammenhang aber betont, eine Verlegung der Botschaft selbst sei derzeit „nicht auf der Agenda“. Bei der Eröffnung der Handelsmission warb Netanjahu daher einmal mehr für eine Verlegung: „Es gibt für Sie noch ein Stück Land neben der amerikanischen Botschaft“, sagte er augenzwinkernd zu Szijjártó.

Lobende Worte fand Netanjahu auch für die Haltung Ungarns im Kampf gegen die Verunglimpfung Israels in internationalen Gremien sowie im Kampf gegen Antisemitismus. Ungarn verhalte sich hierbei „bravourös“ und „robust“. „Ich will Sie dazu ermutigen, diesen Weg weiterzugehen und die Antisemitismus-Definition der Internationalen Allianz zum Holocaustgeden-



Ungarns Außenminister Péter Szijjártó

ken anzunehmen.“

Szijjártó betonte in seiner Rede die kritische Haltung seines Landes zur Israel-Politik der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. So werde Ungarn nicht die Entscheidung der Europäischen Kommission mittragen, Siedlungsprodukte zu

kennzeichnen. Auch unterstütze Ungarn nicht die Liste des Menschenrechtsrats zur Kennzeichnung von Unternehmen, die in Siedlungen aktiv sind. „Wir drängen auf eine engere, bessere und kraftvollere Zusammenarbeit zwischen Israel und der Europäischen Union.“

Die amerikanische Contra-Israel-Lobby

Wer bezahlt eigentlich die US-Abgeordnete Ilhan Omar, die immer wieder durch antisemitische Ausfälle auf sich aufmerksam macht? Eine Spurensuche.

Von Stefan Frank (Mena Watch)

Nachdem Ilhan Omar, eine der neugewählten demokratischen Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses, auf Twitter der überparteilichen Pro-Israel-Organisation AIPAC implizit unfaire Beeinflussung oder gar Bestechung des Kongresses vorgeworfen hatte, hat Florian Markl auf „Mena Watch“ die Scheinheiligkeit Omars ins Blickfeld gerückt: Omar gehe es nicht etwa darum, dass Lobbygruppen im Allgemeinen zu viel Einfluss ausübten, denn sie habe ja auch kein Problem damit, ihre eigene politische Karriere mit Zigtausenden an Dollars durch Lobbyisten bezahlen zu lassen.

Mittlerweile sind weitere Einzelheiten über die Lobbyisten ans Licht gekommen, die Ilhan Omars Wahlkampf finanziert haben. „Omars antisemitischer Tweet über ‚jüdisches Geld‘ bewog uns dazu, ihre eigenen Geldgeber zu untersuchen“, schreiben Morton A. Klein und Liz Berney in einem Beitrag für die Website der jüdisch-amerikanischen Wochenzeitschrift „Algemeiner“. Die Liste der Mäzene, die Omar unterstützen, sei ein „Who’s Who der Anti-Israel-Propagandisten, Israel-Hasser sowie Anti-Israel-PACs“, so der Befund. PAC ist die Abkürzung für „Political Action Committee“ – so heißen in den USA Lobbygruppen, die Politiker im Wahlkampf mit Geld unterstützen, weil sie sich davon die Stärkung eines bestimmten politischen Anliegens im Kongress erhoffen. Zu Omars Geldgebern gehören den Recherchen zufolge:

- Der Berkeley-Professor und BDS-Führer Hatem Bazian, Gründer der Anti-Israel-Organisationen „Students for Justice in Palestine“ (SJP) und „American Muslims for Palestine“ (AMP). Die Organisationen stehen an der Spitze der BDS-Kampagne an amerikanischen Universitäten. Sie rufen zu einem akademischen Boykott gegen Israel auf und schikanieren jüdische Studenten, die sich zu Israel bekennen. Mit Agitpropveranstaltungen wie „Checkpoints“ auf dem Universitätsgelände, durch das Stören von pro-israelischen Veranstaltungen und durch tätliche Übergriffe auf jüdische Studenten schaffen sie ein Klima der Angst und sind mitverantwortlich für die wachsende Zahl antisemitischer Vorfälle an amerikanischen Universitäten. Bazian selbst ruft zu einer „Intifada“ auf und verbreitet auf Twitter antisemitische Memes. „Bazians Agenda ist die Zerstörung Israels“, so Klein und Berney.

- Hussam Ayloush, der kalifornische Direktor der islamistischen Organisation CAIR, der in einem Tweet dazu aufrief, Israel „auszulöschen“, spendete Ilhan Omar 1.200 US-Dollar.

- James Zogby, der Präsident des antiisraelischen Arab-American Institute (AAI) lehnt „Normalisierung“ zwischen Israelis und Arabern ab und beschuldigt Israel, einen „Holocaust“ an den „Palästinensern“ zu verüben. Auch er gehört zu Omars Geldgebern.

- Die von dem Multimilliardär George Soros finanzierte Organisation MoveOn.org, die Lobbyarbeit geleistet hat, um ein Anti-BDS-Gesetz zu stoppen und selbst auf ihrer Website eine Pro-BDS-Petition verbreitet, gab Omar 5.000 Dollar.



Zwei Spender von Ilhan Omar: James Zogby (links) und Hussam Ayloush

Werbefilm für Ilhan Omar

Schon während ihres Wahlkampfes hatte Omar Schlagzeilen mit umstrittenen Geldzuwendungen gemacht. So berichtete die Tageszeitung „Star Tribune“ aus Minneapolis über Vorwürfe, wonach die Produktion eines Dokumentarfilms über Ilhan Omar („Time for Ilhan“), der auf Festivals in Minneapolis gezeigt wurde, mit 11.852 Dollar aus Steuermitteln subventioniert wurde. Mehrmals wurde dieser Film in dem mit Steuermitteln geförderten Museum Walker Art Center in Minneapolis gezeigt.

Das alles war offenbar nicht gesetzeswidrig, aber zumindest unmoralisch. Einen Verstoß gegen die Regeln des Repräsentantenhauses von Minnesota, dem Omar vor ihrer Wahl in den US-Kongress angehörte, musste Omar selbst einräumen: Nach ihrer Wahl ins Parlament im Jahr 2016 hatte sie mehrmals Vortragshonorare akademischer Einrichtungen angenommen, die selbst als Lobbyisten Einfluss auf die Gesetzgebung des Bundesstaates nehmen. Sie habe nicht gewusst, dass die Regeln für gewählte Abgeordnete für sie gelten, sagte sie der „Star Tribune“. Zudem

steht Omar im Verdacht, Wahlkampfspenden für private Reisen u.a. nach Estland ausgegeben zu haben.

„Lobby“ sind nur die Anderen

Omar misst also auf heuchlerische Art mit zweierlei Maß. Der Fall hat aber darüber hinaus eine allgemeine Bedeutung. Als Omar mit dem Finger auf die Pro-Israel-Lobby zeigte, die angeblich den Kongress beeinflusse, da war ihr natürlich klar, dass jeder Mensch, der einen Computer mit Internetzugang besitzt, mit wenigen Klicks in Erfahrung bringen kann, von welchen Lobbygruppen und Privatunternehmen Ilhan Omar Geld erhält. Dass sie sich gar nicht ertappt und als Heuchlerin überführt fühlt, muss daran liegen, dass sie sich keines Unrechts bewusst ist: In ihrem Weltbild erhält sie selbst Geldzuwendungen von den Guten, ihre Gegner aber von den Bösen, und nur Letztere sind für sie überhaupt eine „Lobby“. Dazu zählt sie „AIPAC, die NRA [Verband der amerikanischen Waffenbesitzer] oder die Mineralölindustrie“. Die Klaviatur, auf der Omar spielt, brauchte sie nicht zu erfinden;

es sind Vorstellungen, die die Berichterstattung der Presse seit Jahrzehnten in den Köpfen festgesetzt hat: Wer sich für Israel einsetzt, ist Teil einer – illegitimen – „Lobby“. Wer Hass auf Israel schürt, ist kein Lobbyist, sondern ein „Menschenrechtler“. Was Omar noch hinzugefügt hat, ist die Vorstellung, dass die Pro-Israel-Bewegung ihren Einfluss dem Geld verdanke.

In Wahrheit ist es andersherum: Es ist die Industrie von Anti-Israel-NGOs, die allein durch Geld aufrechterhalten wird: Geld von westeuropäischen Staaten und Kirchen oder vom „New Israel Fund“, der wiederum von George Soros finanziert wird. Die „Israel-Lobby“ hingegen ist eine Massenbewegung: AIPAC hat über 100.000 Mitglieder, B’nai B’rith mehr als 500.000, „Christians United for Israel“ über vier Millionen. Dass sie von der Öffentlichkeit so stark wahrgenommen werden, verdanken diese Organisationen dem persönlichen Engagement ihrer Mitglieder, nicht der Bestechung von Abgeordneten. Es sind demokratische Volksbewegungen – was man von Omars Unterstützern nicht sagen kann.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Alpinismus auf dem Olymp von Kiew

Bei den bevorstehenden Wahlen im zweitgrößten Land Europas treten auch jüdische Kandidaten an.

Von Alexander Kumbarg

Das delikate Thema der jüdischen Präsenz in den höchsten Rängen der ukrainischen Regierung ist nach wie vor aktuell. Dies wird sogar von beliebten Satiresendungen aufgegriffen. Der „Abendblock“ (Anmerkung: ukrainische Show, Vetshernij kvartal) spricht über eine „Synagoge von Winnyzja“ in der Regierung und in der „Diesel-Show“ wird davon gesprochen, dass der Anwärter auf den Posten des Premierministers sich stark um einen israelischen Pass bemühen würde.

Fedor und Abraham

Mitte der 1990er Jahre gab es in Odessa ziemlich harte Bürgermeisterwahlen. Es gab zwei Hauptkandidaten: der eine ein Jude, der andere ein Russe. Bekannt war es, dass der Hauptsponsor der Wahlkampagne des russischen Anwärters ein ortsansässiger Oligarch jüdischer Herkunft war.

Zum Bürgermeister wurde letztendlich der jüdische Kandidat gewählt. Später wurde der Oligarch gefragt, weshalb er den Opponenten unterstützt hatte. Seine Antwort fiel interessant aus: er sagte, er wollte nicht, dass das Oberhaupt der Stadt ein Jude wird, und damit Wutbürger, die mit dessen Politik nicht einverstanden sind, anfangen die „Nationalität des Bürgermeisters“ verantwortlich zu machen und damit gleichzeitig auch andere Juden für schuldig zu erklären.

Wenn Fedor geklaut hat, dann hat Fedor geklaut. Aber wenn Abraham geklaut hat, dann hat ein Jude geklaut. Die Klassik des Antisemitismus, welcher viele in ihrer Weltanschauung folgen.

Politische Gowerla

Selbstverständlich ist es schön zu realisieren, dass es in der Ukraine einen Premierminister mit dem Nachnamen Grojsman geben kann. Dies ist unbestreitbar ein großer Erfolg der Toleranz, von der insbesondere zum Ende der UdSSR niemand zu träumen gewagt hätte.

„Erlaubt“ ist es den Juden auch in die große Politik zu gehen und auch hochrangige Beamtenposten einzunehmen. Einige haben es „bis zur Mitte des Dnjeprs geschafft“ und haben die politische Gowerla (höchster Berg der Ukraine) erklommen.

Bereits „unter Krawtschuk“, dem ersten Präsidenten, gab es den stellvertretenden Minister Swjahilskyj und den Vize-Premier Joffe.

Und dann ging's los. Juden findet man unter Vizepremiers, Ministern, Sprechern und Abgeordneten der Werchowna Rada, Oberhäuptern von Regionaladministrativen und Bürgermeistern. In den letzten Jahren ist der jüdische Faktor besonders auffällig geworden. „Auffällige“ Läufer sind auch beim jetzigen Marathon um die Präsidentschaft anzutreffen. Doch sollten Juden jetzt auf die Posten des Präsidenten und Minister abzielen?

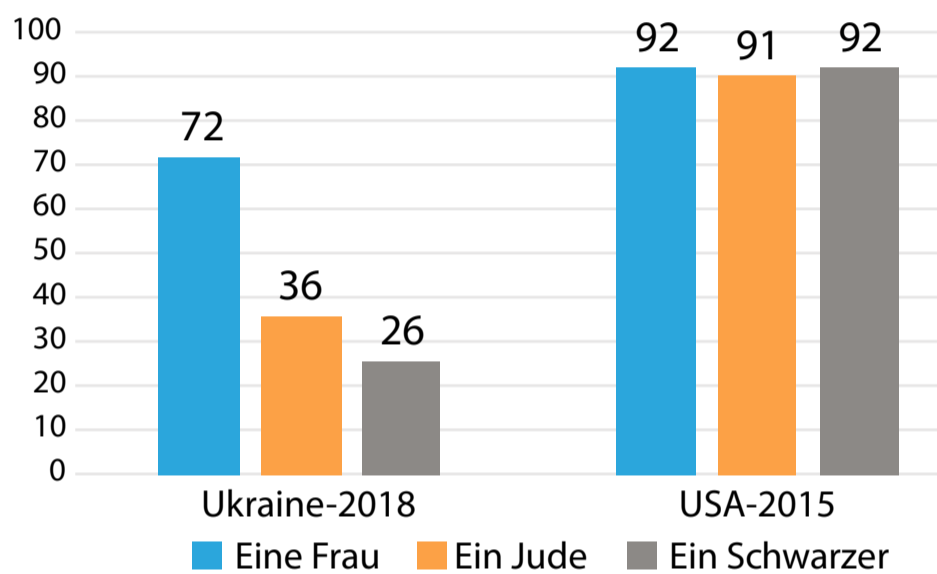
Es gibt keine Erfolgsbeispiele

Es ist kein Geheimnis, was das ukrainische politische System darstellt. Die Klepto- und Plutokraten in den „oberen Rängen“ sind über die Grenzen des Staates hinaus bekannt. In die ukrainische Politik geht man, um eigene Fragen zu klären, nicht um sich den Interessen des Landes zu widmen. Juden, die in der großen ukrainischen Politik voranschreiten, sind, um es nett auszudrücken, nicht die besten Vertreter der ukrainischen jüdischen Gemeinde. Im Verlauf von fast 28 Jahren der unabhängigen ukrainischen Politik wurde kein einziger

Jude zum Vorzeigebispiel einer erfolgreichen Politik. Ebenso wurde auch kein anderer Vertreter einer anderen Nationalität zu einem erfolgreichen Politiker. Dies ist in der gegenwärtigen Situation auch schier unmöglich, wo Engagement grundsätzlich nichts Positives hervorbringen kann.

Kandidat Se

Die aktuellen Wahlen sind übrigens durch eine Besonderheit gekennzeichnet: durch die Kandidatur eines „Menschen aus dem Volke“ – des berühmten Komikers Wolodymyr Selenskyj. Umfragen zeigen seine guten Werte. Die einen nennen ihn den „ukrainischer Trump“, die anderen erinnern sich an den Schauspieler Reagan.



Umfrage-Ergebnisse: 72% der Befragten halten eine Frau als Präsident für möglich.

Sein Vorteil ist sein „neues Gesicht“, das nicht mit Diebstahl, Korruption und politischen Spielen befleckt ist. Sein Nachteil ist, dass er keine Erfahrung in der Politik hat, und sich nicht durchdachte Äußerungen und andere Patzer geleistet hat. Das Wichtigste allerdings ist die Frage nach der Unabhängigkeit von Selenskyj, denn man vermutet, dass er eine Marionette des Oligarchen Igor Kolomojkyj sein könnte.

Die Chancen, dass Selenskyj das Rennen um die Präsidentschaft gewinnt, sind gering. Angenommen, dieser Fall würde eintreten – könnte er dann zu einem neuen Typus der ukrainischen Politik werden? Im derzeitigen System könnte das auf jeden Fall nicht geschehen – dieses würde ihn einfach schlucken.

Besondere Nachfrage

Die Juden werden in der Gesellschaft mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht. Vielleicht wird ja jemandem etwas verziehen, doch „im jüdischen Fall“ wird ganz bestimmt nichts verziehen und vergessen. Ein Teil der Gesellschaft verfolgt recht inbrünstig das Antlitz und die Nachnamen bekannter Politiker. Der häusliche Antisemitismus ist selbstverständlich nirgendwohin verschwunden.

Letztes Jahr hatte ich die ukrainisch-polnische Grenze über den Fußgängerübergang passiert, und bin daraufhin mit dem Bus Richtung Lviv (Lemberg) gefahren. Neben mir saß ein Herr im Rentenalter aus der Region Lviv und beklagte sich über das Leben. Der Betrieb, in dem er gearbeitet hatte, wurde geschlossen und nun ist er genötigt, in Polen ukrainische Zigaretten und Alkohol zu verkaufen. Ich hörte ihm zu, nickte teilnahmsvoll mit dem Kopf, machte Einwüfe. Ein normales ruhiges Gespräch. Auf einmal schoss mir ein Gedanke in den Kopf: es wurden keine ethnischen Themen angeschnitten, doch ich

hatte das Gefühl, das dies gleich losgehen würde. Gewollt oder ungewollt habe ich mein Gegenüber provoziert, indem ich anfang über die schlechte Regierung zu sprechen, welche sich nicht um das Wohl des Volkes bemüht. Er hat schnell meine Befürchtungen bestätigt, indem er sagte, Poroschenko sei ein Jude und damit sei alles erklärt. Hervorragend...

Ich erinnerte mich an ein anderes „Ereignis aus dem Leben“, welches sich vor 15 Jahren abspielte. Ich stand auf einer Straße in Kiew und wartete auf einen Gefährten. In der Nähe fegte ein Hausmeister. Er hob vom Bürgersteig einen Wahlflugblatt auf, begutachtet dieses und kam auf mich zu. „Und er möchte, dass man ihn wählt?!“

andere „Verdächtige“.

Antisemitische Wirbelstürme

Der bekannte Rabbiner Yaakov Mazez sagte bereits vor 100 Jahren: „Die Revolution wird von den Trotzki gemacht, gezahlt wird diese von den Bronsteins.“ Eine Revolution, im Sinne von Leo Trotzki bewerkstelligt schon lange niemand mehr, doch die negative Rolle von Juden in der Regierung beschwört eine Diskreditierung der jüdischen Gemeinde in den Augen des „nichtweitdenkenden“ Teils der Bevölkerung, was den Grad des Antisemitismus im Land erhöht. Verschärft wird die Situation durch eine Vielzahl an Juden unter den Oligarchen.

All das führt dazu, dass ab und an „feindliche Wirbelstürme über uns wehen“. Man kann sich an die antisemitischen Facebook-Einträge des ukrainischen Konsuls in Hamburg erinnern, aufgrund dessen er den Konsulardienst verlassen musste. Oder der Ex-Speaker Oleksandr Moros gab mit seiner Poesie an: „Weshalb regieren die Juden die Welt, und wir haben nur einen Itzig?“

Philosemiten

Selbstverständlich besteht die ukrainische Gesellschaft nicht nur aus Antisemiten. Als ein in der Ukraine lebender Mensch kann ich bezeugen, dass im Land ein hoher Prozentsatz an toleranten Menschen lebt (wahrscheinlich gilt dies insbesondere für die weibliche Bevölkerung). Dies bestätigen auch häusliche Beobachtungen, viele Umfrageergebnisse und die Wahlergebnisse. In der Gesellschaft sind auch Philosemiten vertreten, welche, ganz im Gegensatz, von einem jüdischen Regenten, Effektivität erwarten. Es gibt ja das Beispiel Israels, welches sich, trotz Krieges und Konflikten, erfolgreich entwickelt. Es gibt nicht wenige Juden, die angesehene Politiker und Staatsmänner verschiedener Länder und Epochen sind. Doch weder in der Ukraine noch in Russland ist etwas dergleichen zu beobachten. Das System verrottet und löst sich auf.

Am besten ist man der erste Mann im Dorfe

Wenn man die Aussage von Julius Caesar, dass es besser sei, der erste Mann in einem gallischen Dorf als der zweite Mann in Rom zu sein, umformuliert, so ist es besser ein angesehener Mensch als Experte in seinem Fachbereich zu sein als ein schlechter Politiker.

Ein guter Arzt, Lehrer, Ingenieur, Arbeiter und Schriftsteller jüdischer Herkunft verbessern das Verhältnis gegenüber Juden, ein schlechter Politiker verschlechtert dieses. Ebenso Wolodymyr Selenskyj – ein herausragender Komiker, der die Laune der Menschen hebt. Doch was wird er in der Politik machen?

Ich denke, es wäre besser, wenn Juden keine hohen Posten in der Ukraine beanspruchen würden, sofern noch kein demokratisches System erschaffen wurde, welches im Interesse der Gesellschaft tätig sein wird. Früher oder später wird dies geschehen. Erst dann wird es qualitativ gute Politiker geben. Vorerst ist es aber wichtig nicht zu vergessen: die Politik ist zu ihrem Großteil eine schmutzige Sache – im post-sovietischen Raum ganz besonders. Und damit man nicht beschmutzt wird, gibt es eine einfache Lösung: man sollte diese Bühne nicht betreten.

Übersetzung aus dem Russischen von Sofiya Ahatyeva

Der Iran und seine Juden

Von den Diskriminierungen, unter denen die im Iran nach der Massenvertreibung noch verbliebenen Juden zu leiden haben



Von Majid Rafizadeh

Die Youssef-Abad-Synagoge in Teheran

„Meine Eltern, alle meine Vorfahren haben ihr ganzes Leben hier gelebt, in diesem Stadtteil“, - sagt die 84-jährige Aviva aus Teheran, und ihre Stimme zittert. „Meine Vorfahren siedelten vor über 30 Jahrhunderten in diesem Land.“ Die jüdische Bevölkerung zog nach Persien, als Cyrus der Große in Babylon eingedrungen war. Die jüdische Gemeinde wurde zu einem unverzichtbaren, einflussreichen Teil der persischen Gesellschaft; einige Wissenschaftler behaupten, es gab Zeiten, da machten Juden 20 % der gesamten Bevölkerung aus.

Die islamische Eroberung Persiens

Nach der Bezwingung Persiens durch den Islam fand sich die jüdische Gemeinde in einer völlig neuen Lage wieder: Juden erlangten den Status „Dhimmi“ (Dhimma – eingeschränkter juristischer Status nicht-muslimischer Schutzbefohlenen, -Anm. d. Übers.) und mussten anstatt des muslimischen Zakats (Zakat - für die Muslime verpflichtende Abgabe eines bestimmten Anteils ihres Besitzes an Bedürftige, - Anm. d. Übers.) bestimmte Steuern für die Sozialleistungen, Schutz und Sicherheit, welche ihnen vom Kalifat eingeräumt wurden, einbringen. Im 16. Jahrhundert wurde der schiitische Islam zur Staatsreligion, was für Juden eine weitere Einschränkung ihrer Rechte bedeutete. Es kamen Zeiten, wo sie gezwungen waren, besondere Kleidung oder Abzeichen zu tragen.

Nach einem Ereignis, bekannt unter dem Namen Allahdad (der Allahdad war der gewalttätige Aufstand von 1839 und eine erzwungene Bekehrung der Juden, - Anm. d. Übers.), waren Juden vor die Wahl gestellt – zum Islam konvertieren oder unter Todesstrafe gestellt zu werden. 1948 gab es im Iran 150.000 Juden - das war die zweitgrößte Gemeinde im

Nahen Osten, sie schloss vor allem die Juden in Teheran, Isfahan und Schiraz ein.

Die Situation seit 1979

„Seit 1979 änderte sich die Situation“, erzählt Aviva. „Wir haben lernen müssen, uns anzupassen. Wir reden nicht über die Politik, interessieren uns nicht für frem-



Gedenkfeier für Ajatollah Chomeini in einer Synagoge in Teheran (2016)

de Angelegenheiten; wir dürfen nicht in Schwierigkeiten stecken.“

Nicht selten wird von den iranischen Politikern und den Medien behauptet, dass die Juden im Iran im Zuge der Iranischen Revolution die gleichen Rechte wie Muslime erlangt haben. Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif brüstete sich in New York damit, sein Land habe „eine lange Geschichte der Toleranz, Zusammenarbeit und friedlicher Existenz Seite an Seite mit der jüdischen Bevölkerung im Iran und in der ganzen Welt.“ Bekannt ist die Aussage des Gründers der Islamischen Revolution Ajatollah Chomeini darüber, dass die Juden im Land geschützt werden. Dafür hat er eine Fatwa (in muslimischen Ländern eine Art Rechtsspruch, verkündet von einer Autoritätsperson) erlassen, in der es hieß:

„Im heiligen Koran wird Mosche – gesegnet sei er und sein ganzer Stamm – häufiger erwähnt als die anderen Propheten. Der Prophet Mosche war bloß ein Hirte, dennoch erhob er sich gegen die Macht des Pharaos und vernichtete ihn.

Mosche, der mit Gott sprach, verkörpert all diejenigen, die durch den Pharaos unterdrückt sind, alle in dieser Zeit Unterdrückten und Verachteten. Mosche hätte nichts zu tun gehabt mit diesen heutigen Zionisten, die in Israel regieren; diesen, die dem unterdrückenden Pharaos ähneln. Und unsere Juden, Mosches Nachfahren, haben ebenfalls nichts mit ihnen zu tun. Wir betrachten unsere Juden als ein Volk, das ganz anders ist, anders und weit weg von diesen gottlosen Zionisten, den Blutsaugern.“

In der Realität weist dieses Bild allerdings weder Toleranz, noch Güte und Großzügigkeit auf. Seit 1979 ging die Zahl der jüdischen Bevölkerung um 90 % zurück, und die Angst wurde ständiger Begleiter derer, die im Land geblieben sind.

Die Hinrichtung des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde

Die Hinrichtung von Habib (Habibollah) Elghanian am 9. Mai 1979 (JR, März 2017) – Vorsitzender der jüdischen Gemeinde, Geschäftsmann und Philanthrop – wurde zur ersten Drohung, alarmierend und ernsthaft. Die Anschuldigungen klangen absurd: Unter anderem „Freundschaft mit den Feinden Gottes“ und „Zionistischer Spion“; die jüdische Gemeinde war zutiefst erschrocken.

Die aktuelle iranische Politik dem jüdischen Staat gegenüber bringt 9.000 iranische Juden (nach anderen Angaben ca. 25.000, - Anm. d. Red.) in eine prekäre Lage. Sollten sie auch eine noch so kleine

Sympathie für Israel zeigen, so ist das Risiko groß, wegen „Spionage“ zugunsten Israels angeklagt zu werden; es drohen Folter und sogar der Tod.

Die stille Diskriminierung

Und damit nicht genug: Es gibt ein Verbot für Juden Schlüsselpositionen in der Regierung und Führungspositionen zu besetzen. Juden können keine Richter werden und in keinen gesetzgebenden Gremien dienen. Sie dürfen auch nicht für das Parlament kandidieren. Ein Jude darf keine Erbschaft von Muslimen annehmen; wenn allerdings ein Familienmitglied zum Islam übertritt, wird er alles erben.

Es gibt weitere Formen der Diskriminierung, die im Strafkodex verankert sind: Die Rechtspflege wird nicht auf Juden angewendet. Wenn ein Jude einen Moslem tötet, ist die Familie des Opfers berechtigt, die Todesstrafe für den Mörder zu verlangen. Im Falle eines getöteten Juden müsste eine solche Forderung von einem Richter bestätigt werden.

Wer bleibt also im Iran? Ältere Juden, die keine weitere Reise verkraften und kein neues Leben in einem fremden Land aufbauen können. Oder es sind diejenigen, welche fest entschlossen sind, altes Heiligtum und die Synagogen zu schützen – und auch die Häuser, die seit Jahrhunderten im Besitz der Familie waren. Auf die Frage, warum sie nicht weggeht, nennt Aviva einen anderen Grund:

„Wenn es soweit ist, möchte ich auf meinem Boden sterben, in meinem Land. Ich will neben meinen Eltern, neben allen meinen Vorfahren begraben werden... Dort, wo sie ihre Tränen vergossen haben, in Freud' und Leid. Ihr Blut, ihr Schweiß, ihr ganzes Leben, und auch meins – all das hat diese Erde aufgesogen, dieser Himmel aufgenommen. Hier ist mein Zuhause.“

Übersetzung von Irina Korotkina

Die Rede von US-Botschafter Grenell in Genf

Richard Grenell nahm am 18. März 2019 in der westschweizerischen Diplomatenstadt öffentlich Stellung gegen die Voreingenommenheit der UNO zulasten Israels.



Odo ANDERSEN/APP

Vielen Dank für die Einladung!
Und danke für die Organisation dieser wichtigen Versammlung, Hillel (Neuer).

Heute kommt der UN-Menschenrechtsrat wieder zusammen, um eine Reihe falscher Anschuldigungen gegen den Staat Israel vorzubringen. Ich meine, es sagt viel über die Integrität des Menschenrechtsrats aus, dass wir bereits vor der Abstimmung wissen, wie die Entscheidung lauten wird.

Unter jenen, die entscheiden, ob Israel gegen Menschenrechte verstoßen hat, werden auch Vertreter von absoluten Monarchien, Einparteiensstaaten und Militärdiktaturen sein. Es sagt meines Erachtens viel über den Menschenrechtsrat aus, dass seine Tagesordnung von denjenigen bestimmt wird, die sein Mandat am wenigsten respektieren.

Es gib einen Grund dafür, dass dies bei jeder Sitzung mehrmals im Jahr geschieht, unabhängig davon, welche Länder als Mitglied gewählt wurden.

Tagesordnungspunkt 7

Beim Menschenrechtsrat gibt es den sogenannten „Tagesordnungspunkt 7“, der die ständige Anweisung beinhaltet, bei jeder Sitzung des Rates über die Menschenrechtsbilanz Israels zu diskutieren.

Eine solche Anweisung gibt es für kein anderes Land der Welt.

Es sagt viel über die grundlegenden Unzulänglichkeiten des Menschenrechtsrats, dass er Israel nicht nur herausgreift, sondern dies auch noch dauerhaft tut.

Die Überzeugung, dass ein einziges Land und ein einziges Volk dauerhaft eine derartige Aufmerksamkeit verdienen, liegt in einer Sache begründet: im

Richard Grenell ist ein überzeugter Freund Israels

Antisemitismus.

Dabei handelt es sich nicht lediglich um eine Form der Bigotterie. Es handelt sich um eine Form des intellektuellen und moralischen Verfalls. Eine Institution, deren gesamte Weltsicht von dem Hirngespinnst jüdischer Kriminalität und der Angst vor ihr dominiert wird. Er hat seine Fähigkeit verloren, rational zu handeln, Ursache und Wirkung zu begreifen und positiven Wandel zu bewirken. Ebenso wie Drogenabhängigkeit ist Antisemitismus sowohl eine Krankheit als auch eine Quelle des Trosts.

Im Fall des Menschenrechtsrats rührt der Antisemitismus aus der Überzeugung, dass die wunderbare Aufgabe, die Menschenrechte zu fördern, fast ausschließlich darin besteht, eine kleine Demokratie zu kritisieren, die ohnehin schon ums Überleben kämpft. Eine Resolution nach der anderen zu Israel zu verabschieden und dabei China, Kuba oder Russland zu ignorieren, ist an sich schon furchtbar scheinheilig.

Israel an einem Maßstab zu messen und andere nicht am gleichen Maßstab, das ist antisemitisch.

Hier in Genf haben Amerikanerinnen und Amerikaner beider politischer Parteien schon seit Jahren ihre Bedenken über den Menschenrechtsrat geäußert.

Unsere hochrangigen Diplomaten haben mit Delegationen aus aller Welt über 100 Konsultationen abgehalten.

Als ich bei der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen in New York gearbeitet habe, haben wir einen klaren Fahrplan für die Reform des Menschenrechtsrats vorgelegt.

Aber selbst einfache Vorschläge wurden zurückgewiesen. Im Juni 2018 hatten die Vereinigten Staaten keine andere Wahl als ihre Mitgliedschaft aufzukündigen und finanziellen Beiträge einzustellen. Und vielleicht ist das auch gut so. Ein internationaler Menschenrechtsrat, der sich so sehr auf die Bekämpfung einer winzigen Demokratie konzentriert, sollte keinen großen Haushalt benötigen. Die Herausgabe von einseitigen und vernichtenden Resolutionen zu Israel ist sicherlich kostengünstig verglichen mit der Art von Arbeit, die für die Förderung von Frieden und Menschenrechten tatsächlich notwendig wäre.

Inzwischen sind und bleiben die Vereinigten Staaten das Land, das sich am meisten für den Frieden zwischen Israel und Palästina engagiert und einsetzt.

In diesem Augenblick bereitet die Regierung Trump einen neuen Plan vor, der uns allen eine bessere Zukunft verspricht. Wir haben einen klaren Blick für die vor uns liegenden Herausforderungen, aber wir arbeiten an einer Zukunft, in der es mehr Frieden, Wohlstand und Sicherheit geben wird.

Das Versagen und die Bedeutungslosigkeit des Menschenrechtsrats bereiten mir kein Vergnügen.

Für eine internationale Organisation, die die allgemeinen Menschenrechte effektiv fördert, gäbe es einen Platz auf der Welt. Schließlich wird auf der ganzen Welt immer noch gegen Menschenrechte verstoßen.

Wenn Sie mir erlauben, werde ich also mit einem Vorschlag schließen, wie der UN-Menschenrechtsrat einen

Teil seiner verlorenen Glaubwürdigkeit zurückgewinnen könnte.

Er sollte fordern, dass sich seine Mitglieder an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen selbst halten. Es scheint eine einfache Anforderung zu sein, selbst die Menschenrechte zu respektieren, bevor man über andere urteilen darf. Zu den Menschenrechten, die der Rat zu unterstützen behauptet, zählen die von Frauen, von religiösen Minderheiten und des Personenkreises der LGBT. Dennoch ist in 12 Mitgliedstaaten des aktuellen Menschenrechtsrats der Status der LGBT oder entsprechendes Verhalten ausdrücklich strafbar und kann sogar mit der Todesstrafe geahndet werden. Sechs Mitgliedstaaten erlauben die Verhaftung von LGBT-Personen im Namen der Bekämpfung der „Unanständigkeit“. In drei Mitgliedstaaten gibt es keine Gesetze gegen häusliche Gewalt. Und es gibt mehr Mitgliedstaaten, als ich zählen kann, in denen einige der schlimmsten Formen von Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmord und weibliche Genitalverstümmelung, weit verbreitet sind.

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen sollte der von seinem Mandat geforderten Integrität gerecht werden: der Förderung der allgemeinen Achtung des Schutzes von Menschenrechten und Grundfreiheiten, einschließlich Frauen und LGBT-Personen, ohne jeglichen Unterschied.

Vielleicht würde seine singuläre, obsessive Konzentration auf den Staat Israel dann als das aufgedeckt werden, was es ist.

Vielen Dank.

Free Gaza from Hamas! Und dann?

Der Islamische Staat versucht, in Gaza Fuß zu fassen

Von Thomas Eppinger

Viele sehen in den „palästinensischen“ Protesten gegen die Hamas bereits Vorboten eines „Arabischen Frühlings“ im Gaza-Streifen. Doch dieser Frühling könnte in einen tiefen Winter umschlagen.

Ein freies Herz schlägt für immer für die geschundene Bevölkerung, die sich gegen ihre Unterdrücker erhebt. Und gegen eine islamo-faschistische Terrororganisation, die ihre Existenzberechtigung einzig aus dem Willen zur Vernichtung Israels bezieht, schlägt meines besonders laut. „Wir wollen leben“ (arabisch bidna naish) nennt sich die Jugendbewegung, die hinter den Demonstrationen in Gaza steht und von weiten Teilen der Bevölkerung und Fraktionen der PLO unterstützt wird. Was für ein kraftvolles Motto, was für ein fundamentaler Gegensatz zum nihilistischen „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod“ der Dschihadisten.

Sie wollen leben, und wer könnte ihnen das verdenken. 69 Prozent der Jugendlichen im Gaza-Streifen sind ohne Arbeit und meist auch ohne Hoffnung. „Die Söhne der Hamas-Beamten leben in Luxus und vier meiner Söhne sind arbeitslos, ganz Gaza ist arbeitslos, weil Haniyeh und Sinwar (Anm.: Führer der Hamas) sich überhaupt nicht für die Bedürfnisse der Armen interessieren“, zitiert BTNews eine Frau aus Gaza während der Proteste.

Die Hamas ist eine janusköpfige Organisation aus radikal-islamischer politischer Partei, dschihadistischen Kampf- und Terrorbrigaden und karitativen Einrichtungen. Bei den Wahlen 2006 galt sie vielen als Gegenpol zur korrupten Fatah, und ihren damaligen Sieg dürfte sie zu einem guten Teil ihrem Image als unerschrockene Freiheitskämpfer und soziale Wohltäter verdanken, das sie bis heute mit dem eigenen Fernsehsender Al-Aksa-TV professionell inszeniert. Dabei hat sie politische Widersacher schon immer rigoros ausgeschaltet. Im Schatten der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit folterte und ermordete sie ihre Rivalen, militärische Auseinandersetzungen mit Israel nutzte sie als Deckung für die Repression nach innen.

Die Hamas ist nicht positiv, sondern nihilistisch

Milliarden flossen seit dem Putsch der Hamas im Jahr 2007 in den Gaza-Streifen. Die Weltgemeinschaft sorgte für Bildung, Gesundheit und Ernährung, die arabischen Verbündeten beschafften die Mittel für Waffen, Terrortunnel und die Angriffe auf Israel. Eine fatale Arbeitsteilung, nicht nur für Israel, sondern auch für die Einwohner von Gaza. Denn die Hamas hatte nie Interesse an der Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung. Stattdessen hetzt sie die Jugend in einen sinnlosen Kampf gegen Israel, der nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hat. Aber man schafft damit Märtyrer, schürt den Hass auf die Juden und pflegt den eigenen Opfermythos. Das reichte bislang, um an der Macht zu bleiben.

Zumal es den eigenen Funktionären, den kämpfenden Truppen und den Familien von Terroristen an nichts mangelt. Es gibt in Gaza nichts, was es nicht zu kaufen gäbe. „Die Märkte sind voll. In Gaza bekommen sie so ziemlich alles zu kaufen, vom schicksten Handy bis zu den neusten Unterhosen von Boss. Wer das Geld hat, der kann es sich im Gaza-Streifen gut gehen lassen. Das Problem ist nur, dass die Masse der Menschen im



Die Kurden haben den IS in ihrer Heimat besiegt (hier mit einer erbeuteten Fahne). Im Gaza-Streifen hingegen hat der IS noch immer viele Sympathisanten.

Gazastreifen verarmt und verelendet ist. Es ist vielleicht kein Elendsgebiet, wie es beispielsweise in Ägypten zu beobachten ist, dafür wird der Gazastreifen von den Vereinten Nationen zu gut versorgt“, erzählt der deutsche Journalist Martin Durm in einem aktuellen Interview mit dem Schweizer Rundfunk.

Der Gaza-Streifen als Rückzugsort des IS vom Sinai

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung steigt mit dem Elend der Armen und der Korruption der Eliten. Die Kampfparolen verlieren an Kraft, je offensichtlicher die Aussichtslosigkeit des militärischen Kampfes gegen Israel wird. Ein Jahr „Großer Marsch der Rückkehr“ brachte nichts als verkrüppelte oder tote „Palästi-

im Gegenzug konnten sich die IS-Terroristen darin frei zwischen Gaza und dem Sinai bewegen. Etliche Gräueltaten des IS gegen ägyptische Zivilisten und die ägyptische Armee dürften auf das Konto dieser Zusammenarbeit gehen.

So gedeihlich die Zusammenarbeit von Hamas und IS für beide Seiten war, friktionsfrei war sie nie. Der IS warf der Hamas die Zusammenarbeit mit Ägypten vor und die Beteiligung an Wahlen, die der IS ablehnt, weil sie das Recht der Menschen über das Recht Gottes stellen würden. Im Jänner 2018 erklärte der IS der Hamas den Krieg: In einem verstörenden Video beschuldigt Hamza al-Zamli die Hamas-Kämpfer, vom Glauben abgefallen zu sein. Al-Zamli stammt aus Rafah, einem Dorf im Gaza-Streifen an der Grenze zum

„Wir wollen leben“

Die Wut der Demonstranten entzündete sich an den ständig steigenden Preisen und Steuern, und sie richtet sich immer mehr gegen die Hamas selbst, gegen die Korruption der Funktionäre und deren offensichtliches Desinteresse am Wohl der Bevölkerung. Obwohl die Hamas mit Schusswaffen und Knüppeln gegen die Protestierenden vorgeht, Journalisten einsperrt und ihnen Todesdrohungen aufs Smartphone schickt, ist es ihr nicht gelungen, die Berichterstattung über die Aufstände zu verhindern.

Martin Durm sagt im bereits erwähnten Interview, die Hamas könne sich noch an der Macht halten, weil sie die Gewehre habe und die Bevölkerung in Schach halten könne. Aber:

„Im Gazastreifen gibt es mittlerweile durchaus Konkurrenz zur Hamas, nämlich durch radikalste Islamisten. Es gibt Zweige des Islamischen Staats IS, die vom Sinai her einsickern.“

Die Jugendbewegung bidna naish sei unabhängig, wird berichtet, und sie werde von Teilen der PLO unterstützt. Darüber hinaus wissen wir kaum etwas über die Protestbewegung. Wir wissen auch nicht, in welchem Ausmaß es dem IS gelungen ist, in Gaza Fuß zu fassen.

Nicht jeder Protest ist vom Geist der Freiheit getragen. Und sollte sich in Gaza ein Bürgerkrieg radikal islamischer Gruppierungen abzeichnen, wäre das keine gute Nachricht. Nicht für Israel, nicht für Ägypten und schon gar nicht für die Einwohner des Gaza-Streifens.

„Free Gaza from Hamas!“ Wie oft habe ich diesen Satz in Kommentaren oder Social Media schon geschrieben. Er gilt noch immer. Dennoch kommt mir gerade ein altes Sprichwort in den Sinn. „Sei vorsichtig damit, was du dir wünschst. Es könnte in Erfüllung gehen.“

Zuerst erschienen auf www.schlaglichter.at

„Außer verkrüppelten oder toten „Palästinensern“ hat der „Große Marsch der Rückkehr“ nichts gebracht.“

nenser“, ein Teil der arabischen Welt ging seither auf Distanz, und die USA strichen die Mittel für die UNRWA, was den Druck von innen noch verstärkt. Wesentliche Unterstützung erhält die sunnitische Terrororganisation heute noch von der Türkei und dem schiitischen Iran.

Vor allem Letzteres hat einen ihrer früheren Kooperationspartner zu ihrem erbitterten Feind gemacht: den Islamischen Staat. In den letzten Jahren hatten sich viele „Palästinenser“ aus dem Gaza-Streifen dem IS angeschlossen, darunter ehemalige Mitglieder der Hamas und des Islamischen Dschihad. Entgegen ihren Beteuerungen hat die Hamas eng mit dem IS-Ableger im Sinai zusammengearbeitet, wie das Gatestone Institute berichtet. Der IS half der Hamas, durch die Tunnel unter der Grenze zum Sinai Waffen in den Gaza-Streifen zu schmuggeln,

Sinai, und hatte sich drei Jahre zuvor zusammen mit seinen Brüdern dem IS angeschlossen. Im Video beschuldigt er die Hamas, die „Palästinenser“ zu verraten, indem sie Extremisten in Gaza inhaftiert und die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA nicht verhindert habe. Außerdem werde sie vom Iran unterstützt, dem schiitischen Erzfeind. Al-Zamli fordert dazu auf, Mitglieder, Gerichte und Sicherheitspersonal der Hamas sowie Schiiten und Christen in Gaza anzugreifen. Während der quälend langen 22 Minuten wartet Musa Abu Zmat, ein früherer Hamas-Terrorist, mit verbundenen Augen kniend auf seine Hinrichtung. Zmat wird angeklagt, Waffen zu den Kassam-Brigaden der Hamas geschmuggelt zu haben. Am Ende wird er mit einem Kopfschuss hingerichtet.

Wien gegen BDS

Die sogenannte „Apartheidwoche“ zur Diffamierung des jüdischen Staates sollte in Wien stattfinden. Die Behörden der österreichischen Hauptstadt schoben dem einen Riegel vor.

Von Israelnetz

Das Volkskundemuseum in Wien hat den Auftritt des Israelkritikers Ronnie Kasrils abgesagt. Der ehemalige Minister unter Nelson Mandela mit jüdischen Wurzeln sollte am 29. März im Rahmen der „Israelischen Apartheidwoche“ (IAW) eine Rede halten. Er ist ausgewiesener Unterstützer der Israel-Boykott-Bewegung BDS (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen).

Kasrils verurteilte die Absage und kommentierte: „BDS ist eine friedliche Form des Drucks, um Israel zu bewegen, unzähligen UN-Resolutionen nachzukommen. Genau diese Art von Druck führte zum Fall der Apartheid in Südafrika.“ Der Stadtrat von Wien nahm im Juni 2018 eine Resolution an, die vorsieht, nicht mit der BDS-Bewegung zu kooperieren.

Israelkritiker entsetzt

Ein BDS-Sprecher sagte laut der „palästinensischen“ Nachrichtenagentur Wafa, dies sei ein Versuch, die demokratische Debatte zum Schweigen zu bringen und Menschenrechtler zu kriminalisieren.

Die israelkritische „Jüdische Stimme“ gab zu Protokoll: „Als jüdische Organisation verfolgen wir mit Sorge die Kriminalisierung von Verfechtern palästinensischer Rechte.“ Der Druck sei in deutschsprachigen Ländern besonders groß, da „immer mehr Allianzen mit dem jüdischen Staat und seinem Narrativ“ andere Stimmen zum Schweigen brächten.

Zurzeit laufen 80 IAW-Veranstaltungen in 40 Städten in Europa, Nordamerika und den „palästinensisch“ kontrollierten Gebieten. Veranstaltungen in Asien, Afrika und Lateinamerika stehen noch aus, sodass in diesem Jahr weltweit mehr als 200 Städte mitmachen.



Ronnie Kasrils

Konstruiertes Alibi für einen Mörder und Vergewaltiger

Ali Baschar, der Mörder der Jüdin Susanna Feldmann, war zu keiner Zeit ein Flüchtling. Das ZDF erklärt sein Abgleiten in die Kriminalität mit dessen angeblicher Perspektivlosigkeit.

Von Anastasia Iosseliani

Mitte März schoss das ZDF wieder einmal den Vogel ab, indem es den Mord an Susanna Feldmann durch Ali Baschar relativierte:

«Warum wurde Ali B. kriminell? Nach seiner Flucht war Ali B. in Deutschland nach und nach in die Kriminalität abgeglitten. Der Grund: Lange Asylverfahren und Perspektivlosigkeit.»

Baschar ist ein kurdischer Iraker, der im Rahmen der Zuwanderungswelle von 2015 mit seiner Familie versucht hatte in Deutschland Asyl zu erhalten und während seines Asylverfahrens zunehmend kriminell wurde, bis hin zum erwähnten Mord an Susanna.

Ali Baschar ist und war kein Flüchtling. Das beweist allein die Tatsache, dass er nach dem Mord an Susanna mit seiner Familie zurück in den Irak/KRG gehen konnte und wollte, um sich dort vor dem Zugriff der deutschen Behörden zu verstecken. Trittbrettfahrer wie Ali Baschar, die sich als «Flüchtlinge» ausgeben, werden nicht schnell genug abgeschoben und verlängern die Wartezeit echter Flüchtlinge auf die Bearbeitung ihrer Fälle. Lange Asylverfahren und Perspektivlosigkeit kennen auch echte Flüchtlinge – werden deshalb aber noch lange nicht zu gemeingefährlichen Kriminellen wie Baschar,

der übrigens inzwischen den Mord an Susanna gestanden hat.

Generell sollte man damit aufhören, jeden Menschen mit Migrationshintergrund zu einem «Flüchtling» zu stilisieren. Damit wird man nicht nur echten Flüchtlingen nicht gerecht, sondern ist hart an der Grenze zum Paternalismus und schürt am Ende noch Ressentiments gegenüber allen Menschen mit Migrationshintergrund.

Zuwanderer ungleich Flüchtling

Ich z.B. bin ein Mensch mit Migrationshintergrund, aber kein Flüchtling, weil ich als Tochter eines Schweizer Vaters in Zürich geboren wurde. Trotzdem gibt es heute in Georgien, dem Land, indem ich meine Wurzeln habe, um die 300.000 Binnenflüchtlinge als Folge des Augustkrieges von 2008. Das sind echte Flüchtlinge, die es aber nicht nach Westeuropa geschafft haben. Tatsache ist auch, dass nicht jeder Mensch, der aus einer Diktatur, wie zum Beispiel der Islamischen Republik Iran zuwandert, ein Flüchtling ist. Denn selbst in einer Diktatur sind nicht alle Einwohner entweder Täter, die für das Regime foltern und morden, oder unschuldige Oppositionelle – nein, es gibt auch ge-



nug opportunistische Mitläufer, die das System durch ihre Gleichgültigkeit am Leben erhalten.

Mir sind Menschen bekannt, die aufgrund ihrer Opposition seit über 30 Jahren im Exil leben und nicht einmal für die Beerdigung ihrer eigenen Eltern in den Iran reisen konnten – aus Angst von den Häschern des Regimes gefoltert und/oder ermordet zu werden. Mir ist aber auch ein junger Deutsch-Iraner bekannt, der in seinem links-alternativen Bekannntenkreis in Berlin als «Flüchtling» posiert, um Frauen abschleppen zu können, obwohl er regelmäßig Urlaub bei seiner Familie im Iran verbringen kann und dann regelmäßig in den Sozialen Medien Bilder von sich am Kaspischen Meer und in Persepolis postet.

Zurück zum ZDF: Diese Täter-Op-

fer-Umkehr und der Relativismus von misogyner Gewalt sind von Seiten des ZDF schlicht und ergreifend pietätlos, besonders wenn man bedenkt, dass Susanna rechtlich gesehen noch ein Kind war. Ein Kind, das gewaltsam aus dem Leben gerissen wurde, von jemandem, der schon lange hätte abgeschoben werden können. Susannas Mutter leidet bis heute darunter, wie und vor allem dass ihre Tochter überhaupt sterben musste. Diana Feldmann benötigt psychologische Unterstützung, um am Prozess gegen Ali Baschar als Nebenklägerin teilnehmen zu können. Es ist deshalb nur schwer zu verstehen, wie das ZDF ohne Not eine solche Täter-Opfer-Umkehr betreiben kann.

Eine Entschuldigung wäre das Mindeste, was die Verantwortlichen u.a. der Mutter für diesen Fauxpas schulden. Egal ob diese frauenfeindliche Gewalt von einem Hans oder einem Hassan praktiziert wird – oder wie in diesem Fall von einem Ali: Wenn diese relativiert wird, dann bleiben die stolzen Hinweise des ZDF auf den eigenen Feminismus («Das Geschlechterverhältnis in der ZDF-Belegschaft ist seit zehn Jahren ausgeglichen. Insgesamt liegt die Beschäftigungsquote von Frauen im ZDF bei 49,9 Prozent.») reine Lippenbekenntnisse.

Fliehende Juden und IS-Sadisten: Eine unzulässige Gleichstellung

Die „Bildungsstätte Anne Frank“ missbraucht vor Nazis flüchtende Juden, um gegen die Ausbürgerung der Terroristen des Islamischen Staates Stellung zu nehmen

Von Benjamin Weinthal
(Jerusalem Post)

Oberst Richard Kemp, ein früherer Kommandeur bei der Operation „Fingal“ in Afghanistan, schrieb am 9. März auf Twitter:

„Eine schreckliche Beleidigung durch die @BS_AnneFrank. Sie sollten ihren skandalösen Tweet löschen.“

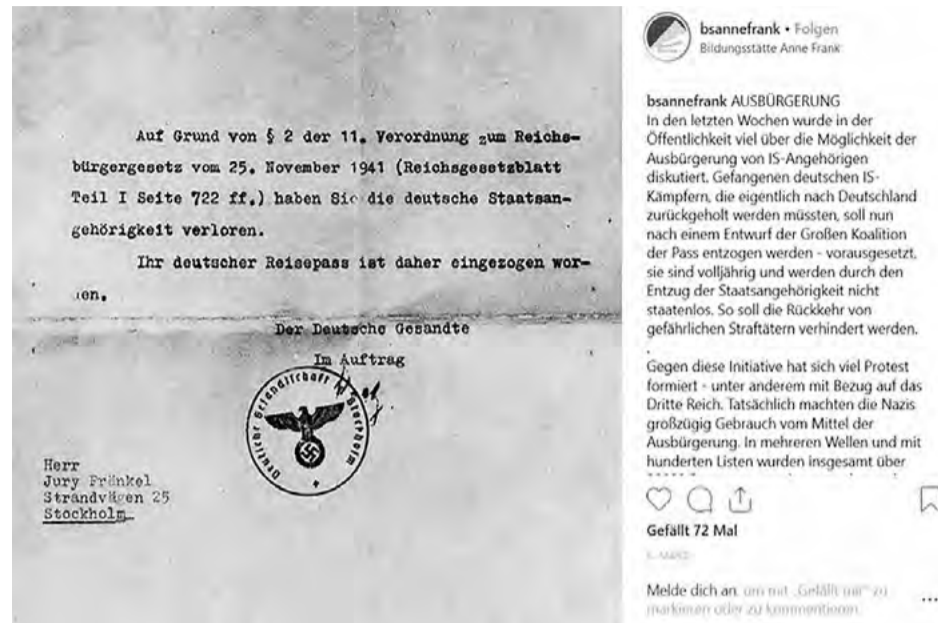
Er antwortete damit auf meinen Tweet:

„Nur in Deutschland. Die Bildungsstätte Anne Frank @BS_AnneFrank vergleicht Juden, die während des Holocausts ihre Staatsangehörigkeit verloren haben mit den Bemühungen Kämpfern des Islamischen Staates ihre Staatsbürgerschaft zu entziehen. Warum spielt @BS_AnneFrank den Holocaust herunter?“

Der Bildungsstätte scheint es nicht zu gefallen, dass deutsche Politiker laut darüber nachdenken den Sadisten des Islamischen Staates die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Auf Instagram schreibe die „Bildungsstätte Anne Frank“ am 6. März 2019, dass sich gegen solche Pläne „Protest formiert“ habe – „unter anderem mit Bezug auf das Dritte Reich“.

Auf Twitter schrieb die „Bildungsstätte“ am 6. März 2019:

„Tatsächlich machten die Nazis großzügig Gebrauch vom Mittel der Ausbürgerung. In mehreren Wellen wurden insgesamt über 39000 Personen ausgebürgert - besonders Jüdinnen & Juden. Ab Nov. 1941 verloren diese automatisch ihre Staatsbürgerschaft, wenn sie die Reichsgrenze überschrit-



Instagram-Beitrag der „Bildungsstätte Anne Frank“ vom 6. März 2019

ten - egal, ob 'freiwillig' emigrierten oder deportiert wurden. Ihr Vermögen wurde eingezogen. Betroffen war unter anderem Albert Einstein mit der Begründung, 'gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk' verstoßen zu haben.“

Als die „Jerusalem Post“ bei der „Bildungsstätte Anne Frank“ wegen dieses Beitrags per Twitter nachfragte, antwortete diese:

„Nein, wir haben weder die jüdischen Holocaustopfer mit den IS Terroristen verglichen noch gleichgesetzt. Und wir stellten es klar, nach dem manche unseren Tweet auf diese Art und Weise missverstanden haben. Auf keinen Fall

haben wir Jihadisten verteidigt. Das ist schlicht nicht wahr.“

Zahlreiche Nutzer sahen dies anders und widersprachen auf Twitter:

„Wenn die Anne Frank Stiftung sich für die Nazis unserer Zeit einsetzt, dann läuft etwas schief.“

„Das ist der gleiche Typ Mensch, der damals die Ausbürgerung von Hitler verhindert hat.“

„Und wir wissen ja alle, dass Albert Einstein genau wie die Kollegahs vom IS geschworen hat, 'Angst in die Herzen der Ungläubigen zu tragen, und nicht zu ruhen, bevor nicht der letzte von ihnen konvertiert ist, Schutzsteuer zahlt oder tot ist'. Daher: Super Vergleich.“

„Wie wäre es mit einer Umbenennung in 'Bildungsstätte al-Baghdadi'. Ihr solltet euch schämen den Namen von Anne Frank zu missbrauchen.“

Gemäß der eigenen Webseite „entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken und zu empowern. Wir möchten dazu ermutigen, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen.“

Grundsätzlich orientiert sich die Bildungsstätte in ihrer historisch-politischen Bildungsarbeit an der humanistischen Botschaft Otto Franks und an der Symbolkraft des Tagebuchs der Anne Frank. Die Tagebuchaufzeichnungen von Anne Frank ermöglichen es vor allem Jugendlichen zu verstehen, wohin eine Ideologie der Ungleichwertigkeit führen konnte.

Anliegen der Bildungsstätte ist, dass Jugendliche und Erwachsene diese Erfahrung in ihre heutige, alltägliche Lebenswelt übertragen können, dass sie sensibel werden für Diskriminierungsgeschehen, für menschenverachtende Ideologien und Instrumentalisierungen in ihrem Umfeld sowie für die zentrale Bedeutung von solidarischen Handeln.“

Der „Bildungsstätte“ des Dr. Meron Mendel will also sensibilisieren und bilden. Es bleibt zu hoffen, dass dies in Zukunft weniger schlecht gelingt als in diesem Falle.

Übersetzung aus dem Englischen von Anastasia Iosseliani

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel „AFP“ gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON
ABO-
BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

„Jüdische Rundschau“ im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung „Jüdische Rundschau“ erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Die Anti-Amerikaner sind wie Impfgegner

Jahrzehntelanger Frieden lässt die Menschen ebenso sorglos und undankbar werden wie die Abwesenheit von Krankheiten

Von Roger Letsch

„Wozu sein Kind gegen die Masern oder andere Krankheiten impfen lassen, wenn die Wahrscheinlichkeit welche zu bekommen, so klein ist?“ – solche Aussagen von Impfgegnern, denen die möglichen Nebenwirkungen einer Impfung vor Augen stehen, scheinen sich besonders in Deutschland immer mehr auszubreiten. Vergeblich die Erklärungen der Ärzte, dass es eben ausgerechnet die Impfungen sind, die diese Krankheiten verhindern helfen. Aussichtslos auch der Hinweis, dass selbst nicht geimpfte Kinder von dem Schutz profitieren, den sie durch geimpfte Kinder und die dadurch verringerte Ansteckungsgefahr erfahren.

Eine Population, die schon lange nicht mehr unter dem Regime der Infektionskrankheiten lebt, bei dem zuverlässig ein bestimmter Prozentsatz jedes Jahrgangs von Infektionen hinweggerafft wurde, scheint trotz aller Aufklärungsmaßnahmen allmählich zu vergessen, dass es auch einmal anders war und verdrängt die Möglichkeit, dass es eines Tages auch wieder einmal anders sein könnte. Schon sind die ersten Fälle von Krankheiten wieder ausgebrochen, die man längst für überwunden hielt.

Nun will ich meine Leser nicht mit meinem medizinischen Halbwissen langweilen, aber das Phänomen des Vergessens und Verdrängens von realen Gefahren, dass bei den Impfgegnern zu beobachten ist, gibt es auch in anderen Bereichen, wo Gewohnheit und falsche Schlüsse dazu führen, die Notwendigkeit von Schutz und Aufmerksamkeit zu verlernen oder zu verleugnen. Wozu eine Haftpflichtversicherung, wenn man die doch noch nie gebraucht hat? Spätestens bei der letzten Frage kamen sie ins Grübeln, stimmt's? Ist es nicht gerade der Sinn von Risikoversicherungen, dass man sie im besten Fall nicht braucht?

Mit dem hierzulande zunehmenden Antiamerikanismus ist es wie mit den Impfgegnern – beide Gruppen glauben, auf den gebotenen und gewohnten Schutz verzichten zu können, weil man ihn schon so lange nicht mehr herausgefordert sah. Sie verfügen aber gleichzeitig nicht einmal annähernd über die Abwehrkräfte, mit den Herausforderungen des Selbstschutzes fertigzuwerden. Die Welt da draußen sei friedlich und arm an Feinden – da könne im Grund nichts schiefgehen.

Alte Krankheiten kehren zurück

Bei den gefährlichen Infektionskrankheiten ist Zweckpessimismus längst gescheitert, die Masern und andere ehemals gut durchgeimpfte Krankheiten treten wieder verstärkt auf. Mediziner sprechen dann euphemistisch von „Impfmüdigkeit“, während sie hinter vorgehaltener Hand deftigere Begriffe verwenden und mit dem Zeigefinger kreisende Bewegungen an der Schläfe vollführen.

Die Früchte des immer großspuriger auftretenden Antiamerikanismus jedoch werden erst in der Zukunft geerntet, momentan können wir uns zum Glück noch auf unsere vergleichsweise gute „durchgeimpften“ Nachbarn verlassen. Den Finger angesichts der neudeutschen Selbstüberschätzung lassen unsere Nachbarn kreisen – die baltischen Staaten oder Polen etwa denken überhaupt nicht daran, ihre NATO-Verpflichtungen ähnlich lässig zu verfehlen, wie Deutschland es tut und sind sicherlich mehr am militärischen Bündnis mit den USA als dem rein moralischen Bündnis mit Deutschland interessiert. Auch scheint man außer bei uns nirgends



NATO-Flagge auf dem Ämari-Fliegerhorst in Estland: die Osteuropäer haben die Bedrohung im Gegensatz zu den Westeuropäern nicht vergessen.

in der NATO den Fehler zu machen, wegen politischer Animositäten gegenüber einem US-Präsidenten, der noch maximal fünfzehn Jahre an der Macht sein wird, die gewachsenen und bewährten Beziehungen zur USA durch präpotentes Impoperngehebe aufs Spiel zu setzen.

Zu den hier und da privat gepflegten Resentiments kommt seit der Wahl Trumps ein ganzer Strauß politischer und medialer Meucheleyen hinzu, weshalb die Ablehnung der Vereinigten Staaten – oder doch zumindest jener politischen Mehrheit, die Trump gewählt hat – längst im politischen Mainstream angekommen ist. Man muss die Puzzleteile einfach mal aufzählen, um zu begreifen, welche fundamentale Wandlung Deutschlands Beziehung zu den Vereinigten Staaten in den letzten zwei bis drei Jahren vollzogen hat.

Die Europäer schluckten die Ungerechtigkeiten der Chinesen – Trump nicht

Präsident Steinmeier verweigert Trump die Gratulation zum Amtsantritt, während er beim Händeschütteln und in vollmundigen Gratulationsadressen an Irans Mullahs weniger Berührungängste hat. Außenminister Maas fordert bei jeder Gelegenheit „harte Haltung“ gegen Trump, als handele es sich bei diesem nicht um den gewählten Vertreter eines souveränen und befreundeten Staates, sondern um den goldbestrassten Maximo-Leader eines karibischen Militärputsches. Beinahe jeder unserer Minister hatte schon irgendeinen lächerlichen Pfeil auf der Pfanne, um auf Trump zu schießen. Sogar Selbstverteidigungsministerin von der Leyen, die dem planlosesten und ineffizientesten aller deutschen Ministerien vorsteht, warf Trump schon „Planlosigkeit“ vor.

Meldungen, in denen Analysten zähneknirschend und kleinlaut eingestehen, dass Trumps Politik, die vielen erratisch, arrogant und egozentrisch erscheinen mag, offensichtlich erfolgreich ist, schaffen es kaum in Zwanziguhrenachrichten. Das seine harte Chinapolitik, die hierzulande stets als Wirtschaftskrieg bezeichnet wird, offenbar viele unfaire Praktiken der Chinesen thematisierte und Lösungen erzwang, ist auch nur selten Thema. In Europa hatte man sich längst damit abgefunden, auf chinesischen Märkten nicht dieselben Rechte zu genießen, die man den Chinesen in Europa bereitwillig einräumte. Offenbar brauchte es erst einen undiplomatischen „Dealbreaker“ wie Trump, der dieses Missverhältnis zum Thema machte, statt es auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu

verschieben, um das „gute Klima“ nicht zu gefährden. Zuletzt brach auch noch die seit 2016 medial am Köcheln gehaltene „Russland-Affäre“ um angebliche Wahlmanipulation komplett in sich zusammen – ein harter Schlag für die mediale Emeute, die besonders in Deutschland keinen Tag vergehe ließ, ohne ihn zum Anfang vom Ende Trumps zu definieren.

Gernegroße Deutsche fallen auch Israel in den Rücken

Die aktuelle Bundesregierung glaubt jedoch, auf die amerikanische Partnerschaft weitgehend verzichten zu können und geht in immer mehr Feldern auf Oppositionskurs. Man hält am Atomabkommen mit dem Iran fest und ignoriert das Säbelrasseln der Mullahs gegen Israel und auch das physische Heranrücken des Iran in Syrien. Trumps Erklärung, die Golanhöhen als Teil Israels anzuerkennen war weniger ein völkerrechtlicher Akt als ein Garantversprechen für die Sicherheit Israels. In Teheran wurde das verstanden – in Berlin nicht. Dort beeilte sich Außenminister Maas, auf die „einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates“ zu verweisen. Dieser abgefeuerte Pfeil trifft jedoch nicht den Adressaten Trump, sondern Israel, für das die Bedrohung seiner Nordgrenze von Tag zu Tag zunimmt.

Seit Jahrzehnten konnte sich die Bundesrepublik auf den Schutz Amerikas verlassen. Der kleine Piecks in Form von Kosten, den diese „Schutzimpfung“ verursachte, war ein vergleichsweise kleiner Schmerz verglichen mit den Lasten, die sich die Amerikaner damit aufluden. Die Decke, welche die US-Armee über uns ausbreitete, war angenehm preiswert und nicht mit eigenen Opfern verbunden. Zudem hatten wir Zeit und Muße, uns lautstark darüber zu beklagen, dass sie hier und da kratzte. Da hielt man die „Kein Blut für Öl“-Plakate doch gleich noch ein bisschen höher, als deutsche Demonstranten vor der Operation „Wüstensturm“ für Saddam Hussein auf die Straße gingen.

Heute glaubt man, diesen Schutz nicht mehr zu brauchen und versucht, die kratzige Decke wegzustrampeln. „Wozu noch NATO oder US-Truppen, wozu überhaupt noch Waffen...?“ – so fragen die einen. Andere, darunter unserer Verteidigungsministerin, versuchen selbst in die zu großen amerikanischen Stiefel zu schlüpfen und klopfen präpotente Sprüche. Eine „Warnung“ an die Russen hier, eine großspurige Ankündigung dort, vielleicht darf's auch noch ein Flugzeug-

träger sein, wie ihn Merkel und Kramp-Karrenbauer ins Spiel brachten? Lauter ungedeckte Schecks, bedenkt man den Zustand der Bundeswehr und die Hekatombe vergeigter Rüstungsprojekte allein in den letzten zehn Jahren.

Kubicki pöbelt gegen Grenell

Während in anderen NATO-Staaten darüber diskutiert wird, wie das 2%-Ziel der NATO zu erreichen ist, kreist die Debatte bei uns eher darum, ob nicht auch Ausgaben für Entwicklungshilfe irgendwie zu Verteidigungsausgaben umetikettiert werden können. Wie unsicher sich unsere Politik dabei fühlt, ist an der Dünnhäutigkeit zu erkennen, wie sie zuletzt Wolfgang Kubicki an den Tag legte, als er den amerikanischen Botschafter Grenell am liebsten aus dem Land geworfen hätte, weil dieser sich besorgt bezüglich des Bundeshaushalts geäußert hatte, der wiederholt die zugesagten Verteidigungsausgaben nicht enthielt. Nun kann man der Meinung sein, dass ein Botschafter nicht das Mandat hat, deutsche Haushaltspläne zu kommentieren. Hätte Grenell jedoch eine Position lobend hervorgehoben, wäre der Ärger sicher geringer ausgefallen. Die rüpelhafte Reaktion ausgerechnet eines Politikers der FDP, deren Außenminister lange Zeit das Bild Deutschlands in der Welt prägten, zeugt jedoch von Kompetenzverlust auch auf diesem Gebiet.

NATO – was sonst?

Als Alternative zur NATO und den dort substantiell entscheidenden Vereinigten Staaten träumt man gern von einer „europäischen Verteidigung“. Dabei verabschieden sich die Briten aktuell unter heftigen Schmerzen aus allen bindenden EU-Strukturen und Frankreich, die andere verbliebene europäische Atomkraft, zerfleischt sich gerade selbst in ungelösten inneren Konflikten. Die Liste der Potenziale, mit denen sich Europa Weltgeltung verschaffen will, um mit den Vereinigten Staaten, China, Russland oder dem weltweiten Terrorismus militärisch „auf Augenhöhe“ zu stehen, ist klein geworden dieser Tage. Angesichts der weltweit zahlreichen Konflikte fragt man sich schon, ob Deutschland es sich tatsächlich leisten sollte, Amerika zu verprellen, nur weil es dessen Präsidenten nicht mag.

Ich für meinen Teil setze jedoch weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Land, das als einziges in der Lage war, Europa im letzten Jahrhundert dreimal aus dem Dreck zu ziehen. „Dreimal?“, werden sie sich fragen. Was gab es denn noch außer zwei verheerenden Weltkriegen mit Millionen Todesopfern? Das dritte Mal gerät leicht aus dem Gedächtnis, obwohl es noch gar nicht so lange her ist. Die Operation hieß „Operation Allied Force“ und jährte sich am 24. März 2019 zum zwanzigsten Mal. NATO-Streitkräfte unter Führung der USA beendeten die Zerfallskriege im ehemaligen Jugoslawien, nachdem Europa und die UNO diesen fast zehn Jahre ohnmächtig zugesehen hatte. Das Massaker von Srebrenica konnte Europa 1995 jedenfalls nicht verhindern und musste wie immer die USA um Hilfe bitten.

Man kann also nie wissen, wann wir die Amerikaner als nächstes wieder einmal dringend brauchen werden – und lassen Sie bitte rechtzeitig Ihre Tetanusimpfung auffrischen, liebe Leser!

Europa: Der seltsame Weckruf des George Soros

Der jüdische Israelfeind George Soros hat für seine Open-Border-Visionen die Grünen als Lieblinge in der deutschen Parteienlandschaft auserkoren.

Von Peter Grimm

Sich kritisch über George Soros zu äußern, ist bekanntermaßen heikel, denn man wird nur allzu schnell in die schlechte Gesellschaft diverser Antisemiten einsortiert. Selbst viele Meinungsbildner, die sich gern in der Rolle der Kapitalismuskritiker gefallen, sind sehr um den Ruf des größten Finanzspekulanten besorgt. Schließlich hat er ja nicht nur Währungen und Volkswirtschaften gewinnbringend ruiniert, sondern über seine Stiftung auch unendlich viele Initiativen und Bildungseinrichtungen, die sich für eine bessere Welt einsetzen, initiiert und gefördert.

Da er mit seiner Rolle auf den internationalen Finanzmärkten und der Bedeutung seiner Stiftung zu den Großen dieser Welt gehört und sich die Legitimität dazu mit cleverem Einsatz seines Reichtums selbst verliehen hat, bauen ihn eben auch Verschwörungstheoretiker verschiedener Couleur gern in ihr Weltbild ein. Und in das Umfeld wird auch schnell einsortiert, wer das Schaffen dieses Mannes anhand von Fakten kritisch würdigt.

Diese Vorrede dient nur der Vermeidung von Missverständnissen, denn hier soll es nicht einmal ansatzweise um eine Generalabrechnung gehen, sondern nur auf einen Artikel dieses einflussreichen Mannes verwiesen werden, der einfach interessante Rückschlüsse auf die Gedankenwelt des George Soros zulässt.

„Bitte wach auf, Europa“ nennt er seinen „Appell zur Verteidigung der EU“, der vor einigen Tagen im „Standard“ erschien. Und der enthält einen erstaunlichen Kernsatz:

„Europa schlafwandelt in Richtung Untergang, und die Europäer müssen aufwachen, bevor es zu spät ist. Tun sie es nicht, wird die Europäische Union dem Muster der Sowjetunion aus dem Jahr 1991 folgen. Weder unsere Regierungen noch die Normalbürger scheinen zu verstehen, dass wir an einem revolutionären Moment stehen, dass die Bandbreite der Möglichkeiten



Macht Politik gegen Israel: Der Milliardär George Soros

enorm ist und dass das letztliche Resultat daher höchst ungewiss ist.“

Bislang blieb die Gleichsetzung der EU mit der Sowjetunion immer ihren Kritikern vorbehalten, um die undemokratische Aushöhlung der Einflussmöglichkeiten der Bürger in den Mitgliedstaaten durch eine Brüsseler Nomenklatura anzuprangern. Damit in einem „Appell zur Verteidigung der EU“ zu kommen, ist schon „ä bissl speziell“, wie man es auf Sächsisch ausdrücken würde.

Was will uns Soros damit sagen? Dass auch das Zerbrechen der Sowjetunion zu bedauern wäre? Dass man es besser verhindert hätte? Immerhin läge er damit genau auf der Linie von Wladimir Putin, der den Untergang der Sowjetunion bekanntlich einmal in einer Rede zu einer der größten Katastrophen der Geschichte erklärt hat. Aber das klärt sich vielleicht später noch auf.

Der sich als EU-Verteidiger berufen fühlende Soros wird sicher nicht beabsichtigt haben, die EU in eine Reihe mit dem Völkergefängnis Sowjetunion zu stellen. Allerdings klingen die Empfehlungen, die er zur Rettung EU-Europas gibt, sehr nach dem Motto: Weniger Demokratie wagen! Zitat:

„Der nächste Wendepunkt werden die Wahlen zum Europaparlament im Mai 2019 sein. Leider werden die antieuropäischen Kräfte an der Urne einen Wettbewerbsvorteil genießen. Dafür gibt es mehrere Gründe, darunter das nicht mehr zeitgemäße Parteiensystem in den meisten europäischen Ländern, die praktische Unmöglichkeit einer Vertragsänderung und den Mangel an rechtlichen Instrumenten zur Disziplinierung von Mitglied-

staaten, die gegen die Gründungsprinzipien der Europäischen Union verstoßen. Die EU kann Bewerberländern das Gemeinschaftsrecht aufzwingen, doch fehlt es ihr an ausreichenden Befugnissen, um dessen Einhaltung durch die Mitgliedstaaten zu erzwingen.“

Also das Bedauern darüber, dass Brüsseler Gremien die Mitgliedstaaten nicht ausreichend zur Einhaltung von EU-Beschlüssen zwingen können, ist klar verständlich und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Soros sind die Mitgliedstaaten einfach noch zu souverän gegenüber der EU. Aber was ist jetzt am Parteiensystem nicht mehr zeitgemäß?

„Das antiquierte Parteiensystem hindert diejenigen, die die Gründungswerte der EU bewahren wollen, aber hilft jenen, die diese Werte durch etwas radikal anderes ersetzen wollen. Dies trifft auf einzelne Länder zu und noch stärker auf transeuropäische Bündnisse.

Das Parteiensystem der einzelnen Staaten spiegelt die Trennlinien wider, die im 19. und 20. Jahrhundert wichtig waren, wie etwa den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Doch die Spaltung, die heute am wichtigsten ist, ist die zwischen pro- und antieuropäischen Kräften.“

Dass George Soros der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit nicht so wichtig ist, ist leicht nachvollziehbar. Dass es aber unter den Angesprochenen gerade in der linken Hälfte des politischen Spektrums kaum Stimmen gibt, die an dieser Stelle aufschreien, ist verwunderlicher. Aber gut, halten wir uns nicht damit auf, denn Soros hat auch eine Botschaft an die Deutschen:

„Das beherrschende Land der EU ist Deutschland, und das vorherrschende politische Bündnis in Deutschland – zwischen CDU und CSU – ist unhaltbar geworden. [...] Der Aufstieg der AfD beendete den Daseinszweck des Bündnisses aus CDU/CSU. Doch kann das Bündnis nicht aufgekündigt werden, ohne Neuwahlen auszulösen, die sich weder Deutschland noch Europa leisten kann. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge kann die herrschende Koalition nicht so robust proeuropäisch agieren, wie sie das täte, wenn die AfD nicht ihre rechte Flanke bedrohte.“

Neuwahlen kann sich keiner leisten? Durch die Existenz der AfD könne die Regierung nicht so „robust proeuropäisch“ agieren, wie sie es sonst täte? Das kann man Soros natürlich getrost glauben, bei seinem

sicher exzellenten Einblick in die Gedankenwelt der politischen Eliten. Nur die Erkenntnis, dass all dies Ausdruck einer unter Wahlbürgern weit verbreiteten Ablehnung des „robusten“ und teuren „proeuropäischen“ Agierens sei, lässt der Spitzenspekulant lieber nur andeuten.

Viel wichtiger ist: Soros hat auch in diesem schwierigen Deutschland seine Hoffnungsträger gefunden:

„Die Situation ist durchaus nicht hoffnungslos. Die deutschen Grünen haben sich zur einzigen konsequent proeuropäischen Partei im Lande entwickelt, und sie legen in den Meinungsumfragen weiter zu, während die AfD ihren Zenit (außer in den neuen Bundesländern) erreicht zu haben scheint. Doch nun werden die CDU/CSU-Wähler von einer Partei vertreten, deren Bekenntnis zu den europäischen Werten zwiespältig ist.“

Was läge da wohl näher, als endlich eine robuste schwarz-grüne Koalition zu bilden? Gut, ohne Neuwahlen müsste man dann doch noch einmal versuchen, die FDP zu überreden. Aber wenn es um die Rettung Europas geht, werden die sich doch nicht noch einmal verweigern, oder?

Ja, auch in anderen Ländern, das können Sie hier im Appell nachlesen, steht es schlecht um die Parteien und ihr Verhältnis zu Europa. Und auch wenn die deutschen Grünen so hoffnungsvoll sind. Generell klingt Soros wirklich nicht optimistisch:

„Es ist schwer zu erkennen, wie die proeuropäischen Parteien siegreich aus der Wahl im Mai hervorgehen können, wenn sie nicht Europas Interessen vor ihre eigenen stellen. Man kann noch immer für eine Bewahrung der EU plädieren, um diese radikal neu zu erfinden. Aber das würde in der EU einen Sinneswandel erfordern. Die aktuelle Führung erinnert an das Politbüro zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Sowjetunion, das damals weiter seine Ukasse erließ, als ob sie noch relevant wären.“

Da ist er wieder – der Sowjetunion-Vergleich. Und etwas klarer, auch wenn die Gleichsetzung der EU-Kommission mit dem KPdSU-Politbüro nun wahrlich eher an die Statements knallharter EU-Kritiker erinnert. Aber Soros will ja „Europa“, also eigentlich die EU verteidigen:

„Der erste Schritt zur Verteidigung Europas vor seinen inneren und äußeren Feinden besteht darin, die Größenordnung der von ihnen ausgehenden Bedrohung anzuerkennen. Der zweite ist, die schlafende proeuropäische Mehrheit aufzuwecken und zur Verteidigung der Gründungswerte der EU zu mobilisieren. Andernfalls könnte sich der Traum vom geintem Europa zum Albtraum des 21. Jahrhunderts entwickeln.“

Sind „Gründungswerte der EU“ für ihn nur ein sympathischer klingendes Synonym für den EU-Apparat oder ruft er tatsächlich zu einer europäischen Neugestaltung auf? Bei Letzterem müssten aber gerade auch viele EU-Kritiker angesprochen werden, denn sie sind meist keineswegs antieuropäisch, wünschen sich aber eine Gemeinschaft, die die Souveränität der Bürger stärkt und nicht einschränkt, in der mehr statt weniger Demokratie gelebt wird.

In ersterem Falle könnte es sein, dass es bald gar keine „proeuropäische Mehrheit“ mehr zu wecken gibt. Vielleicht ist man in der EU-Nomenklatura eher froh über die vielen Schlafenden, die – einmal wachgerüttelt – den Berufseuropäern das „robuste“ Agieren sicher nicht leichter machen würden.

Hetty Kate & Transatlantic Swing
Konzert „Jüdische Komponisten im Jazz“

Mo 29. April | 19 Uhr
Gr. Saal | Oranienburger Str. 29 | 10117 Berlin | 10,-/8,-

Hetty Kate, Gesang (GB) · Brad Brose, Gitarre (USA) · Vladimir Miller, Klarinette (Berlin) · Thomas Posner, Kontrabass (Paris)
Ein Russe, ein Amerikaner und ein Franzose treffen eine Engländerin, um das Beste des amerikanischen und europäischen Swing der 1930/40er zu spielen – Hetty Kate und Transatlantic Swing bringen Sie in die Welt des Swings zurück. Werke von George Gershwin, Sholom Secunda, Irving Berlin, Kurt Weill, Frank Loesser, Jerome Kern, Harry Barris, Lew Brown u.a.
Aftershowparty

GEZ: Warum müssen wir eigentlich für grüne Propaganda bezahlen?

Viele traurigen Fakten sprechen für eine drastische Reduzierung der Rundfunkgebühren in Deutschland



Von Markus Kassel

Unter Journalisten ist der Grünwähler-Anteil höher als der in der Gesamtbevölkerung.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist grundsätzlich eine gute Erfindung. Nach den schlimmen Erfahrungen mit den Medien der Nazi-Diktatur wollten die Siegermächte nach Kriegsende in Deutschland ein Rundfunksystem etablieren, das ausgewogen, unparteiisch, staatsfern und ohne Propaganda berichtet. Doch was ist mittlerweile daraus geworden? Die ursprüngliche Idee wurde pervertiert. Anfangs verwendete man die Rundfunkgebühren noch für eine möglichst neutrale unaufwändige Grundversorgung der Bürger. In der Gegenwart sind die öffentlich-rechtlichen Funkhäuser allerdings zu geldfressenden Bürokratiemonstern mit zunehmend einseitiger Berichterstattung mutiert. Darunter leiden alle Deutschen. Eine Bevölkerungsgruppe hat aber heute unter dem Journalismus deutscher Fernseh- und Radio-Redakteure wieder besonders zu leiden: die Juden.

Der alltägliche Antisemitismus in den Funkhäusern

Viele Journalisten denken, dass ein guter Jude nur derjenige sei, der die gleichen Ansichten vertritt wie sie selbst. Unbequemen deutschen Juden legt man schon einmal gerne frei erfundene Aussagen in den Mund, um sie auf diese Weise zu diffamieren. So unterstellte der NDR-Redakteur Jürgen Deppe dem jüdischen Publizisten Henryk M. Broder im Mai 2018, dass er Flüchtlinge als „parasitäres Pack“ bezeichnet habe. Erst nach starken Protesten wurde die Lüge eingestanden.

Die Diffamierung von Juden und des Staates Israels ist bei öffentlich-rechtlichen Programmen kein Einzelfall. Die Programmverantwortlichen verhalten

sich wie die Bundesregierung, die eine Unterstützung Israels bei jeder Gelegenheit als „deutsche Staatsräson“ bezeichnet, aber ebenso keine Gelegenheit auslässt, die Politiker des einzigen demokratischen Staates im Nahen Osten zu belehren und zu kritisieren.

Wenn sich Israel verteidigt, dann bezeichnet die ZDF-Korrespondentin Nicola Albrecht dies zum Beispiel am 10. Februar 2018 im „heute-journal“ als „Verschärfung der bestehenden Spannungen“ und „als Spiel mit dem Feuer“. Es bleibt aber nicht dabei. Frau Albrecht ist Wiederholungstäterin. Ein weiteres Beispiel: Im „heute-journal“ am 17. Januar 2019 berichtet sie über Netanjahus Intervention bezüglich der pro-arabischen Jerusalem-Ausstellung im Jüdischen Museum Berlin. Dabei stellt sie Israel als undemokratischen, kunst- und kulturfeindlichen Staat dar. Ihre eigene anti-israelische Meinung tut sie durch die passende Auswahl anti-israelischer Interviewpartner kund. Schon 2017 hatte ein Mitarbeiter der JÜDISCHEN RUNDSCHAU den ZDF-Chefredakteur auf die tendenziöse Berichterstattung der Korrespondentin hingewiesen. Doch sie ist immer noch im Amt.

Am 15. Mai 2018 kommt ein Reporter des ARD-„Weltspiegel“ tatsächlich auf die Idee, die Lage im Gazastreifen von einer Vertreterin der Grünen, der Leiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah, beurteilen zu lassen. Wie zu erwarten war, macht sie Israel für dortige Gewalt, Arbeitslosigkeit und schlechte medizinische Versorgung verantwortlich. In einem ARD-Beitrag über die bekannte arabische Provokateurin Ahed Tamimi werden „palästinensische“

Bombenattentäter nicht als Terroristen, sondern verharmlosend als „Aktivisten“ bezeichnet.

Der runde Geburtstag und eine verpasste Gelegenheit

Der 70. Geburtstag Israels im vergangenen Jahr wäre eine gute Gelegenheit gewesen, um die demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften des Staates zu feiern, der von zahlreichen Juden aus Deutschland mitaufgebaut wurde. Gebührenfinanzierte Filmemacher von ARD und ARTE (ja, auch der Straßburger Sender wird von Ihren Beiträgen mitfinanziert) wollten aber beweisen, dass sie in Sachen Propaganda nichts verlernt haben. In den Dokumentationen „Mein gelobtes Land“ (ARTE, 24.4.2018) und „Geschichte im Ersten: Israel, Geburt eines Staates“ (ARD, 8.5.2018) anlässlich des Jubiläums zelebrierte man die übliche „Israelkritik“, indem man in Interviews zu einem großen Teil Israel-Gegner und „Palästinenser“ zu Wort kommen ließ. Sie zerredeten den großen Erfolg der Staatsgründung und sprachen von einem „verlorenen palästinensischen Staat“ wie auch von einem „palästinensischen Volk“. Wann dieses angebliche Volk mit einem angeblich eigenen Land existiert haben soll, wurde natürlich nicht erklärt. Die Programmverantwortlichen hatten anscheinend den Skandal um den ARTE-Dokumentarfilm „Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa“ von 2017, der den linken Antisemitismus thematisierte und zurückgehalten wurde, schon vergessen. Die neuerlichen Skandal-Dokus machen deutlich, wie verwurzelt antisemitische Einstellungen in den Redaktionen sind.

Israel hin oder her – Hauptsache gegen Trump

Schon fast lustig ist es, wenn man beobachtet, wie deutsche Journalisten ihre Einstellung zum israelfeindlichen Iran ändern – und zwar jeweils abhängig vom Verhalten ihres „Erzfeindes“ Donald Trump. Als Trump sich im Gegensatz zur gegenwärtigen Bundesregierung als echter Israel-Freund erweist und im Mai 2018 das Atomabkommen mit der Diktatur von Teheran aufkündigt, stellten sie den Iran als friedliebendes Land dar, dem Unrecht angetan werde. Einer der lautesten Iran-Verharmloser war Stefan Buchen, Nahost-„Experte“ und Mitarbeiter des NDR-Magazins „Panorama“, in einem Kommentar vom 10.5.2018. Als nun Trump zur Jahreswende ankündigte, die US-Truppen aus Syrien abzuziehen zu wollen, wurde der Iran mit seinen auf syrischem Gebiet operierenden Militärverbänden in den öffentlich-rechtlichen Medien plötzlich zur größten Bedrohung Israels. Man sieht: den Medienmachern ist das Schicksal des jüdischen Staates vollkommen egal. Wichtig ist ihnen nur, dem US-Präsidenten wieder einmal eins auszuwaschen zu können.

Auch Trumps pro-israelische Entscheidungen, die finanzielle Unterstützung für mehrere UNO-Organisationen einzustellen und die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, wurden medial torpediert. Was der US-Präsident und Benjamin Netanjahu machen, darf einfach nicht gut sein. Man fragt sich angesichts der „Kriegstreiberei“, die beiden von deutschen GEZ-Journalisten immer wieder vorgeworfen wird, warum der Nahe Osten momentan immer ruhiger statt unruhiger wird.

Da im UNO-Menschenrechtsrat zahlreiche Vertreter undemokratischer Staaten sitzen (darunter viele islamische), die es tatsächlich geschafft haben, Israel häufiger wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen anzuprangern als alle anderen Staaten der Erde zusammengekommen, entschieden sich die USA 2018 zum Rückzug aus diesem Gremium. Man möchte meinen, dass die deutsche Bundesregierung alias „Wir stehen an der Seite Israels!“ sich sofort diesem Schritt anschließen und das mutige Einschreiten für mehr Gerechtigkeit loben würde. Aber nein: Sie kritisierte den US-Präsidenten für diesen Schritt und die Redakteure der Gebühren-Sender folgten so gleich der Regierungslinie. Beispielsweise sprach die „Tagesschau“-Redaktion am 20.6.2018 von „einer weiteren Brückierung der internationalen Gemeinschaft durch die Regierung von US-Präsident Donald Trump“. Kevin Schubert vom ZDF fragt ernsthaft: „Kann ein anderer US-Präsident den Schaden, den Trump gerade anrichtet, noch beheben?“ Wem soll Trump durch Kritik an Unrecht und einem Rat voller Unrechtsstaaten schaden? Auf welcher Seite des Rechts stehen die ARD/ZDF-Journalisten?

Tendenz-Journalismus aus den Zeiten des Kalten Krieges

Woher kommt die anti-jüdische und pro-islamische Grundhaltung vieler Redakteure in den öffentlich-rechtlichen Redaktionsstuben? Diese hat ihre Ursprünge im Kalten Krieg. Damals zählte Israel zum westlichen amerikanisch-marktwirtschaftlichen Lager und die arabische Welt gehörte inklusive der „Palästinenser“ größtenteils zum russisch-kommunistischen Einflussbereich. Wer ein guter Linker sein wollte, musste also pro-„palästinensisch“ sein. Viele alte „Kalte Krieger“ in den deutschen Rundfunksendern haben noch dieses Schubladendenken im Kopf.

Dass deutsche Journalisten vornehmlich „links“ ticken, ist keine Verschwörungstheorie von „Lügenmedien“-Ruffern, sondern eine wissenschaftlich belegte Tatsache: Studien vom Hamburger Institut für Journalistik und der Freien Universität Berlin ergaben eine deutliche Präferenz bei deutschen Redakteuren für die Grünen und die SPD. Da wundert es wenig, dass die Grünen am häufigsten in ARD/ZDF-Talkshows eingeladen werden und die meistinterviewte Oppositionspartei in der 20-Uhr-„Tagesschau“ sind, wie aktuelle Untersuchungen zu Tage förderten.

Wie Ulrich Schneider von der Linkspartei alias SED den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband als Hauptgeschäftsführer „gekapert“ hat, so haben Mitglieder und Wähler der Grünen, der SPD und der LINKE wichtige Posten in den deutschen Rundfunkanstalten übernommen. Redakteure bei ARD, ARTE, 3sat und ZDF sind oft keine neutralen Berichterstatter, sondern häufig Parteisoldaten, die die Funkhäuser „besetzt“ halten. In dieser „linken“ Medienblase der öffentlich-rechtlichen Anstalten will und kann kaum ein Mitarbeiter ausgewogen berichten. Falls dort jemand beispielsweise über die positiven Aspekte der israelischen oder US-amerikanischen Politik (die es ohne Frage gibt) berichten würde, so müsste er mit massiver Ausgrenzung durch seine Kollegen im Redaktionsalltag rechnen. So wird intern die Meinungsfreiheit unterdrückt. Man betreibt also besser keine Recherchen, in denen nachgefragt wird, warum Deutschland nicht besser vor der Einreise muslimisch-antisemitischer Gewalttäter geschützt wird, oder warum die Angeklagten vor den Berliner Strafgerichten zu einem gro-

ßen Teil aus dem arabisch-muslimischen Raum stammen oder warum ausländische Straftäter und Gefährder kaum abgeschoben werden.

Neusprech: Die Umdeutung der Worte

Echter Meinungspluralismus existiert nicht, stattdessen eher eine Einheitsfront. Im Krieg für die Traumwelt der deutschen Gebühren-Journalisten ist natürlich auch Kriegspropaganda vonnöten, die mit ihrer Vernebelungstaktik an die deutsche Propagandahetorik der 1930er und 40er Jahre erinnert. So werden in der ARD/ZDF-Sprache aus Arabern im Nahen Osten plötzlich „Palästinenser“, aus der chaosstiftenden Diktatur Iran wird eine „Insel der Stabilität“, aus kriminellen muslimischen Banden in deutschen Großstädten werden „Clans“, aus randalierenden muslimischen Großfamilien werden diffuse „Menschengruppen“, Linksextremisten nennt man verharmlosend „Aktivisten“, Angriffe auf Sanitäter werden von „Männern“ begangen und in der Verschleierungsrhetorik werden asiatische und afrikanische Asylbewerber, die mehrheitlich über sichere Drittstaaten nach Deutschland einreisen, nicht als illegale Einwanderer bezeichnet, sondern gemäß Regierungslinie als „Flüchtlinge“. Einer dieser Wort-Erfinder und Verharmloser ist Reinhard Baumgarten (siehe JR 6/2018). Obwohl er als ARD-Radiokorrespondent im Nahen Osten und Nordafrika die Gefährlichkeit des Islam, vieler islamischen Staaten und der islamischen Einwanderung nach Europa kennen müsste, klärt er nicht darüber auf

„ **Kein Bürger verlangte jemals TV-Programme wie „tagesschau24“, „ARD-alpha“, „ZDFneo“, „ZDFinfo“ oder „one“.** “

– wie dies beispielsweise sein Ex-Korrespondentkollege Samuel Schirmbeck tut, der dem ARD-Meinungskäfig entkommen ist.

Sebnitz und Hajo Funke

Die Redaktionen der öffentlich-rechtlichen Anstalten haben sich vielerorts zu „linken“ Echokammern entwickelt, in denen linksextreme Strömungen gar nicht mehr auffallen (können). Niemand kritisiert mehr die Anstellung von Nachwuchs aus der Kölner Journalistenschule, die einst von einem DDR-Spion gegründet und geleitet wurde. Auch Absolventen des Kulturjournalismus-Studiengangs der Berliner Universität der Künste, in dem ganz offen Dozenten linksradikaler Zeitungen unterrichten, werden kritiklos eingestellt. Keiner muckt auf, wenn in den Studios von ZDF und MDR Mitarbeiter Antifa-Symbole riesengroß auf ihrer Kleidung tragen. Der als linksradikal bekannte Politikwissenschaftler Hajo Funke, der schon im November 2000 zum Fall „Sebnitz“ aus ideologischen Gründen falsche Verdächtigungen äußerte und sich bis heute nicht dafür entschuldigte, darf weiter als „Experte“ in der ARD-„Tagesschau“ auftreten, die die Sebnitz-Lüge ebenfalls verbreitete.

Zu Beginn des vergangenen Jahres bot man ihm mal wieder ein Podium für Hass und Hetze. In der „Tagesschau“-Ausgabe vom 12.2.2018 prangerte Funke besonders Israel und die USA für die desolante Situation im Gazastreifen an. Beim Deutschlandradio bzw. NDR lässt man bedenkenlos Nachwuchsjournalisten wie Nina Scholz oder Sebastian Friedrich arbeiten, die in ihren Lebensläufen die

Mitarbeit bei linksradikalen bzw. kommunistischen Publikationen angeben. Bei der aus Steuergeldern finanzierten Deutschen Welle wurde sogar Ines Pohl vom Intendanten zur Redaktionsleiterin berufen. Sie war Chefredakteurin der „taz“ und ist für ihren subjektiven, anti-israelischen und aggressiven Journalismus berüchtigt (siehe JR 6/2018). Will der deutsche Auslandsrundfunksender gar keine ausgewogene, wahrheitsnahe Berichterstattung?

Der heutige Parteibuch-Journalismus war nicht das ursprüngliche Ziel

Den Zuschauern fällt es schon lange auf, den kontrollierenden Rundfunkräten von ARD und ZDF aber anscheinend nicht: die öffentlich-rechtlichen Kultursendungen verkommen immer mehr zu Polit-Programmen. Das lässt darauf schließen, dass der Parteibuch-Journalismus in den Kulturredaktionen schon besonders weit fortgeschritten ist. Am 20.8.2018 brachte das „Kulturjournal“ des NDR beispielsweise erst einen Bericht über Sarah Wagenknechts neue „linke“ Sammlungsbewegung „Aufstehen“ und gleich im Anschluss einen Beitrag über Robert Habeck von den Grünen. Verstehen das NDR-Verantwortliche unter „Kultur“? Woanders sieht es nicht besser aus. Das ARD-Magazin „tft“ themen, temperamente“ beklagte am 2.9.2018 lang und breit, dass die „Grenzen des Sagbaren“ verschoben würden. Welche Grenzen? Darf man denn in Deutschland nicht alles sagen? Wurde Art. 5 des Grundgesetzes aufgehoben? Oder will „tft“ darüber bestimmen, was sagbar ist und was

Buhrow vom WDR, der größten ARD-Anstalt, rund 400.000 Euro pro Jahr in die Tasche. ZDF-Nachrichtensprecher Claus Kleber soll sogar deutlich mehr als das erhalten – einige Quellen sprechen von etwa 600.000 Euro. Dafür beklagt er dann im „heute-journal“ die bösen Mauern, mit denen die Israelis angeblich die „Palästinenser“ einsperren, oder er bietet dem iranischen Präsidenten in einem Interview eine willkommene Bühne, auf der dieser seine israelfeindliche Politik bewerben kann.

Rund acht Millionen Euro von unseren sauer verdienten Gebührgeldern werden jährlich für die vom linksradikalen Filmemacher Hans W. Geißendörfer produzierte „Lindenstraße“ ausgegeben, die uns noch bis 2020 an jedem Sonntag eine Portion schlechte Laune und Multikulti-Propaganda ins Haus liefert. Die durch den „Tatort“ allwöchentlich verbreitete depressive Langeweile kostet uns pro Folge mindesten 1,5 Millionen Euro. Für das 2014 neugestaltete „Tagesschau“-Studio, das immer so dunkel wirkt als seien mehrere Scheinwerfer ausgefallen, hat man unglaubliche 24 Millionen Euro verplempert. Über Geldverschwendung im Sportbereich wundert man sich hingegen kaum noch: nach Angaben der ARD sollen in der Saison 2017/2018 allein 19 ihrer Journalisten mit großzügigen Honoraren in einer Gesamthöhe von rund 2,33 Millionen Euro beschenkt worden sein.

Warum ist das alles so teuer? Warum kommt die britische öffentlich-rechtliche BBC mit viel weniger Geld aus als ARD und ZDF? Das sind berechtigte Fragen, die ein Fall für Wirtschaftsprüfer und Staatsanwälte wären. Niemand in Deutschland braucht eine so aufgeblähte öffentlich-rechtliche „Grund“-Versorgung mit rund 20 Fernsehprogrammen, ca. 70 Radiowellen, mehr als 120 Internetangeboten und insgesamt über 26.500 Mitarbeitern. Kein Bürger verlangte jemals TV-Programme wie „tagesschau24“, „ARD-alpha“, „ZDFneo“, „ZDFinfo“ oder „one“. Kaum ein normaler Gebührenzahler weiß, dass seine Abgaben nicht nur für die Produktion von TV-, Radio- und Internetinhalten verwendet werden, sondern außerdem automatisch durch einen festgelegten Verteilschlüssel zu einem großen Teil an die 14 deutschen Landesmedienanstalten fließen, die die Privatsender hierzulande kontrollieren. Diese Landesmedienanstalten haben durch ihre staatlich beschlossenen Gebührenanteile so übermäßig prall gefüllte Kassen (2015: über 150 Millionen Euro), dass sie sich wiederum zig Tochterorganisationen leisten können. Von diesen „Töchtern“ werden beispielsweise politisch einseitige Seminare veranstaltet (in NRW unter anderem in Kooperation mit dem umstrittenen Redaktionsbüro „Correctiv“) oder fragwürdige Stipendien an muslimische Asylbewerber vergeben (so in Berlin geschehen). Schon mehrfach haben Landesrechnungshöfe die Geldverschwendung bei Landesmedienanstalten angeprangert. Geändert hat sich allerdings nichts.

Angesichts dieser Tatsachen müssten die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Anstalten vor Scham im Boden versinken, unzählige Mitarbeiter entlassen, Programme einsparen, dringend Reformen anstoßen und die Rundfunkgebühren drastisch auf unter 10 Euro reduzieren. Was aber machen sie? Sie fordern dreist und unverschämt mehr Geld. Nach ihrer Logik müssen sie das auch tun. Wenn Sie nicht regelmäßig einen höheren Finanzbedarf bei den zuständigen Landesregierungen anmelden, müssten sie nämlich zugeben, dass sie in der Vergangenheit überfinanziert waren.

Geldverschwendung

Sie und ich zahlen für die meist tendenziöse und oft antisemitische Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender viel Geld. Rund acht Milliarden Euro sind es jährlich (Wert aus dem Jahr 2017). Davon stecken sich Intendanten wie Tom

Antisemitismusbeauftragte als Relativierer der islamgetragenen Judenfeindschaft

Mit viel Steuergeld soll der Kampf gegen Judenhass institutionalisiert werden. Doch was leisten die neuen Staatsdiener wirklich?

Von Yehudit Toledo de Gruber

Im Hochsommer vorigen Jahres informierten uns diverse bayerische Tageszeitungen darüber, das Bayern nun seit 100 Tagen einen Antisemitismus-Beauftragten hat: den früheren bayerischen Kulturminister, Herrn Dr. Ludwig Spaenle. Es gäbe viel zu tun, man müsse nun anpacken.

Über diese Nachricht, welche auch ein großes Thema beim Bayerischen Rundfunks war, habe ich mich besonders gefreut. Denn seit Jahren schon beschäftigen und ärgern mich vor allem auch die irreführenden, geschichtsklitternden und sogar manipulatorischen Berichterstattungen seitens unserer Medien. Wenn nun unsere Bevölkerung einerseits sensibilisiert und besser aufgeklärt werden soll bezüglich des immer stärker werdenden Antisemitismus, wenn dafür in großen Städten Ämter eingerichtet und aus Steuergeldern bezahlt werden, so ist das erst einmal ein längst fälliger und positiver Schritt nach vorne.

Doch wenn man andererseits in unserem Land fast ausschließlich Negativberichte, oft sogar in verwirrendem Kontext, über Israel, das Land der Juden, liest oder hört, so muss man sich nicht wundern, dass dieses kleine Land den Deutschen nicht gerade ans Herz wächst. Einerseits beteuern unsere Spitzenpolitiker unentwegt, sie trügen eine besondere Verantwortung für Israel, und im gleichen Atemzug verstecken sich die selben Verantwortlichen unseres Landes hinter verbalen Rettungsankern wie „gelebte Demokratie und Toleranz“ und „das hohe Gut der Meinungsfreiheit“.

Für mich gäbe es da aber Grenzen!

Mein Interview mit dem Bayerischen Rundfunk

Der diesjährige Internationale Frauentag, welcher neuerdings wieder aufgewertet wird, hatte es in sich. Denn anlässlich der hier zelebrierten „Woche der Brüderlichkeit“, verbunden auch mit dem Thema „Antisemitismus in Bayern“, wurde ich gefragt, ob ich bereit sei, mich in einem kleinen Interview für den Bayerischen Rundfunk bezüglich Antisemitismus zu äußern. Das fand ich auch deshalb interessant, weil ich mich vor allem mit dem Rundfunkrat des BR seit Jahren schriftlich auseinandersetze aufgrund ihrer Negativ- und Falschberichte zu Israel.

Das lockere Gespräch mit der BR-Journalistin nahm ich zum Anlass, auch über die Verantwortung unserer Massenmedien zu sprechen, über die Macht der Sprache und über den jüdischen Sprachwissenschaftler Viktor Klemperer, der ausführlichst Tagebuch darüber führte, wie sich während der Nazijahre zuerst die Sprache, dann das Denken und schließlich das Tun veränderte.

Ein Großteil meiner geäußerten Bedenken wurde jedoch gar nicht gesendet, sondern weggekürzt.

Auf dem Nachhauseweg durch das Münchener Zentrum stieß ich kurz vor dem Odeonsplatz auf eine Gruppe von ca. sechs schwarz gekleideten Frauen, den so genannten „Women in black – for justice – against war“. Noch nie hatte ich vorher von ihnen gehört.

Neben sich hatten sie eine große Fahne aufgerollt mit dem fetten Schriftzug „Gerechtigkeit für Palästina“. Dazu hatten sie einige Tische aufgestellt für ihre vielseitigen Flugblätter, die sie den Passanten und Touristen in die Hand drückten. Gleich auf der ersten Seite des Flugblatts steht fett gedruckt:



Dr. Ludwig Spaenle (Bayern)

*„Für gerechten Frieden im Nahen Osten
Schluss mit der Besetzung
Gerechtigkeit für Palästinenser“*

Auf der nächsten Seite dann ihre Erklärung:

„Wofür wir stehen:

Seit seiner Gründung im Jahr 1948 ist Israel ein Staat ohne Verfassung und ohne festgelegte Grenzen, der durch Vertreibung, Enteignung und Ausgrenzung der palästinensischen Bevölkerung das Projekt eines jüdischen Staates verwirklichen will. Mit dem Hinweis auf den Holocaust wird Israel eine Sonderrolle zugestanden, die es ihm erlaubt, die Sicherung seiner Existenz ausschließlich militärisch als ‚Selbstverteidigung‘ zu begreifen und sich über geltende Völker- und Menschenrechte hinwegzusetzen, obgleich es diese unterzeichnet hat, sowie UNO-Resolutionen zu missachten.

Im Umgang mit den seit Jahren andauernden Rechtsverstößen hat die Politik versagt. Die internationale Staatengemeinschaft missachtet durch tatenarmes Zuschauen ihre eigenen Gesetze und Resolutionen. Darum ist die Zivilgesellschaft aufgefordert zu handeln. Jede/r Einzelne ist verantwortlich und kann im eigenen Umfeld aktiv werden durch Weitergabe von Informationen und Teilnahme an Protestaktionen, z.B. an der weltweit stärker werdenden BDS-Bewegung, die aktiv sein will, bis Israel die Besetzung der palästinensischen Gebiete beendet und sich an das Völkerrecht hält.

Damit auch die politischen Vertreter sich bewegen, ist ein Wandel des öffentlichen Bewusstseins notwendig. Dazu reichen Protest, Verurteilung und Aufklärung nicht aus. Es bedarf einer am Völker- und Menschenrecht orientierten politischen Vision: ein Land in dem alle Menschen selbstbestimmt und mit den gleichen Rechten ausgestattet zusammenleben, wie immer sie sich staatlich organisieren.

*Aus dieser Perspektive fordern wir konkret:
Das Ende der Besetzung der palästinensischen Gebiete einschließlich Ostjerusalems;
Die Aufhebung der Blockade Gazas und ein Ende der militärischen Offensiven gegen die Bevölkerung;*

*Das Ende der Landenteignung durch den völkerrechtswidrigen Bau von Siedlungen;
Den Abriss der Trennungswauern;
Die Abschaffung der diskriminierenden Gesetze gegen die palästinensische Bevölkerung in Israel;*

Das grundsätzliche Rückkehrrecht und die



Michael Blume (Baden-Württemberg)

Entschädigung der Flüchtlinge;

*Die Freilassung der politischen Gefangenen;
Die Beachtung der UN-Kinderrechtskonvention, die Israel 1991 unterzeichnet hat, auch für palästinensische Kinder;
Damit bestreiten wir nicht das Existenzrecht Israels.*

Für einen dauerhaften Frieden ist die unabdingbare Voraussetzung der ernsthafte Wille zur Verständigung, die Bereitschaft zur Anerkennung des den Palästinensern angetanen Unrechts, zur Wiedergutmachung, und der Verzicht auf einen exklusiv jüdischen Nationalstaat in „Erez Israel“ (vom Mittelmeer bis zum Jordan). Erst dann können Friedensgespräche stattfinden, die diesen Namen verdienen. Sie müssen alle Beteiligten gleichberechtigt einbeziehen, auch Hamas. Es gibt längst eine ganze Reihe von Initiativen/Gruppen auf beiden Seiten, die sich auf einen Weg der Aussöhnung gemacht haben und eigenständig nach konkreten Lösungen der Probleme auf der Grundlage von gegenseitiger Anerkennung suchen (z.B. www.zochrot.org, www.badil.org, www.adalah.org/eng). Ihre Arbeit muss bekannt gemacht und unterstützt werden.

Wir solidarisieren uns mit der Basisbewegung für gewaltfreien Widerstand, in der palästinensische, israelische und internationale Aktivist:innen der Entrechtung und Demütigung der Palästinenser unter Einsatz ihres Lebens entgegengetreten und vor Ort durch diese Zusammenarbeit beweisen, dass Frieden möglich ist.“

Mich hatten diese Texte, Behauptungen, Lügen und Forderungen dermaßen empört, dass ich eine der Frauen fragte, wer ihnen die Erlaubnis gab, solche Flyer öffentlich unter der Bevölkerung zu verteilen. Die Antwort war: Das Kreisverwaltungsamt der Stadt München.

Für eine Diskussion auf der Straße, allein mit diesen Frauen, sah ich wenig Chancen und hatte dazu auch keine Kraft. Ich fuhr nach Hause und kontaktierte später das entsprechende „Veranstaltungs- und Sammlungsbüro des KVR Münchens. Mir wurde sinngemäß erklärt, dass solche Veranstaltungen („Versammlung Palästina“) a) grundsätzlich geschützt seien,

b) wir in unserer Demokratie mit anderen Meinungen leben müssen, c) dass die Stadt München weder die Gestaltung einer Versammlung noch die Flyer bewertet und

es keine Beschränkung der Versammlungsfreiheit gibt. Und wem dies nicht gefalle, der könne z.B. die Flyer an die Staatsanwaltschaft senden und dagegen klagen.

Da die Texte dieser Flyer viele Lügen beinhalten sowie ein übles Zerrbild des demokratischen Staates Israels zeichnen und obendrein die „Zivil-Bevölkerung“ auffordern, zu „handeln“, informierte ich u.a. unsere Präsidentin, Frau Dr. Charlotte Knobloch, und vor allem das Büro des Antisemitismusbeauftragten, Herrn Dr. Spaenle.

Weil ich aus seinem Büro zunächst keinerlei Reaktion erfuhr, insistierte ich und erfuhr Tage später, dass man a) nicht viel machen könne wegen des hohen Gutes der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, dass b) Dr. Spaenle mit der Stadt München nichts zu tun habe, denn er sei nur an das Kultur-Referat angeschlossen, und man sich c) ebenfalls privat eine Genehmigung verschaffen und sich neben diese „Frauen in schwarz“ zwecks Gegendemonstration stellen könne.

Ich fasse also zusammen:

Die Stadt (oder „bloß die Regierung Bayern“) leistet sich medienwirksam einen Antisemitismusbeauftragten mit dem Ziel „eine engagierte Kultur des Hinschauens“, die nach Ansicht des Antisemitismusbeauftragten auch „die Grundlage für ein konsequentes Handeln“ ist.

Dennoch dürfen öffentlich israelverleumdende Flyer verteilt und Demonstrationen durchgeführt werden, und kein Amt, kein Politiker fühlt sich dafür verantwortlich.

Ganz Deutschland, die Bayerische Regierung und die Stadt München (gehören die beiden nicht irgendwie zusammen?) sind eigentlich gegen Antisemitismus und Judenhass. Die fließenden Grenzen zwischen Antisemitismus und Israel-Hass, lassen es jedoch seit vielen Jahren zu, dass in fast sämtlichen Medien der einzige demokratische Staat im Nahen Osten, Israel – das Land der Juden – öffentlich demontiert und dermaßen lügenhaft dargestellt wird, dass man sich über den hier immer stärker anwachsenden Judenhass nicht mehr wundern muss. Das sind gefährliche Widersprüche, die mich sprachlos machen und mich fragen lassen: hat man denn hier aus der Vergangenheit nichts gelernt?

Ganz ehrlich, aufgrund meiner persönlichen Erlebnisse nach den Attacken gegen mich seitens des somalischen Zuwanderers in unserem Haus, der vielfach genehmigten Aktivitäten dieser „Frauen in Schwarz“, der Gleichgültigkeit seitens des Bayerischen Rundfunkrates oder der öffentlich-rechtlichen TV-Medien nach zahlreichen schriftlichen Hinweisen sowie die offensichtliche Ohnmacht unserer Behörden, sind für mich die hier installierten Antisemitismusbeauftragten zahnlose Tiger, eine Art Feigenblatt, um sagen zu können „Seht her, wir kümmern uns!“.

In Wirklichkeit aber sieht jeder zu, dass er einen Antisemitismus-Vorfall möglichst weiter delegiert und damit dann nichts mehr zu tun haben muss. Wenn alle Stricke reißen, haben wir ja noch immer „gelebte und wehrhafte Demokratie“, „Toleranz“ und das „hohe Gut der Meinungsfreiheit“. Besonders für die Medien, die ansonsten mit einer Armada ihrer Rechtsanwälte klarmachen, wie dehnbar Toleranz und Demokratie ist, und was aus unserer schönen Sprache „herausgeholt“ werden kann. „Wehret den Anfängen“ war gestern!

Im Islam gibt es keine Sozialdemokratie

In der arabischen Welt spielen sozialdemokratische Parteien keine Rolle. Mittelfristig wird sich auch für die SPD die Anbiederung an den Islam nicht auszahlen.

Von Jaklin Chatschadorian

Auch Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit waren einst Leitmotive der europäischen Sozialdemokratie. Inzwischen geht es um mehr als gerechte Arbeitsbedingungen. Die Arbeiterpartei will bei den großen internationalen Fragen mitspielen. So will sie sich, laut Wahlprogramm, in der EU für „mehr Frieden und Sicherheit“ einsetzen. Man liest, dass Russland und die Krim-Annexion Frieden und Sicherheit gefährdeten, China das Völkerrecht missachte und das Handeln der USA unter Präsident Trump egoistisch sei. Cyber-Angriffe und der internationale Terrorismus hätten unsere freie Gesellschaft ins Visier genommen und der Rechtspopulismus spalte die Gesellschaft. Zugegeben, vielleicht kann man sich im Jahre 2019 nicht nur mit dem einfachen Arbeiter am Fließband beschäftigen. Aber muss es gleich der Weltfrieden sein? Und wie friedlich ist das tatsächliche Handeln der heutigen SPD?

Schauen wir uns die SPD mit Blick auf Israel an. Martin Schulz, damals noch Präsident des Europäischen Parlaments, verbreitete in der Knesset die Trinkwasser-Propaganda der „Palästinenser“ und bewertete die antisemitische Rede des Führers Machmud Abbas (Sommer 2016) als anregend. Das im Netz kursierende Bild der heutigen SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles, welches die Dame in jungen Jahren zusammen mit Jassir Arafat zeigt, erinnert an Groupie-Fotos mit Superstars. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verneigte sich am Grab Arafats. Unter „friedlich“ verstehe ich jedenfalls etwas anderes als die öffentliche Solidarität mit Antisemiten. Nichts anderes gilt mit Blick auf den Iran. Seine wirtschaftliche und damit atomare Stärkung dürfte zumindest Israel keinen Frieden bringen.

Der Islam-Ruck der SPD

Schauen wir auf Europa, die Sicherheit und den Frieden. Hier will die Partei sich einsetzen für ein demokratisches Europa, das Frieden schafft und den Rechtsstaat sichert. Obacht! – Es geht um Frieden durch den Ausbau der Befugnisse der EU und die Schaffung eines europäischen Asylrechts. Der Schutz vor organisierter Kriminalität und internationalem Terrorismus wird zwar in weniger als einem Satz erwähnt, aber nicht konkretisiert.

Was ist eigentlich der internationale Terrorismus? Jedenfalls plädierte die SPD erst kürzlich für den Familiennachzug von islamistischen Gefährdern. Die innere Sicherheit in den europäischen Mitgliedstaaten, der Umstand, dass die öffentliche Ordnung in bestimmten Großstädten regelmäßig zusammenbricht, der Umstand, dass Frauen sich zweimal überlegen, ob und wann sie einen bestimmten Parkweg durchlaufen sollen, diese Punkte werden weder unter dem Slogan „Sicherheit und Frieden“ noch in anderem Zusammenhang erwähnt. Mit keinem Wort geht es um die Bedrohung durch islamischen Terrorismus, obgleich dieser sich in Deutschland, Frankreich, England und Spanien mehrfach gezeigt hat. Religion ist nur mit Blick auf Diskriminierung ein Thema. Gleichzeitig erteilt die Partei einem innerparteilichen Zusammenschluss von Atheisten eine Absage. Der Islam-Ruck der SPD ist nicht zu übersehen.



Aydan Özoğuz (links) Sawsan Chebli (oben rechts) und Kenan Kolat (unten rechts), der den Völkermord an den Armeniern aus deutschen Lehrplänen streichen lassen wollte.

Unterwanderung der Gewerkschaften

Die Unterwanderung der Parteien durch islamische Kräfte fing weniger mit einer bewussten Integrationspolitik, als mit dem Wirken von muslimischen Migranten in den Gewerkschaften an. Die größte freie Gewerkschaft (IG Metall) kommt inzwischen auf einen Migrantenanteil von rund 22 Prozent (2017) und schmückt sich mit dem bei vielen Organisationen ersehnten Ziel, die Gesellschaft zu spiegeln. An der Spitze der Herkunftsländer stehen hier Türkischstämmige, welche überwiegend dem Is-

Raum. Die Regierungsparteien haben den einstigen Faden der SPD aufgehoben und stricken seit langem gemeinsam an einem dem Namen nach antirassistischem Projekt.

Dabei ist der vom Islam angebotene Wählerpool alles andere als sozialdemokratisch. Es geht dem Islam nicht um die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller, sondern nur um jene, die sich dem Islam bzw. der islamischen Gemeinschaft unterordnen. Ein universeller Humanismus und die Aufklärung des Menschen sind dem Konzept des Islam zuwider. Bei der Familienpolitik zeigt sich die Absur-

In islamischen Staaten sind sozialdemokratische Parteien weitgehend bedeutungslos

Gibt es nicht wenigstens eine islamische Sozialdemokratie? Auf der Liste der Sozialistischen Internationalen finden sich neben den deutschen Sozialdemokraten auch Parteien aus islamischen Staaten. Doch haben diese, teilweise säkular orientierten Parteien in ihren Heimatstaaten kaum Gewicht. Es fehlt an der Unterstützung durch die jeweilige breite Masse. Am Beispiel der türkischen Sozialdemokratie zeigt sich zudem eine islamische Eigenheit: Die vertretenen Werte und die geforderten Rechte gelten nur für die eigene Gemeinschaft, nicht universell.

So ist in der türkisch-sozialdemokratischen CHP auch der Nicht-Muslim, anders als bei der Regierungspartei AKP, zwar grundsätzlich willkommen. Doch gelten die propagierten Werte nur unter dem Bekenntnis zum sich selbst erhöhenden Türkentum. Die Freiheit der Nichttürken, der ethnischen Minderheiten, hat auch die CHP seit dem ersten Tag ihrer Geschichte bekämpft. Die Türkisierungspolitik Atatürks, die Geschichte der Armenier, Griechen und Kurden zeigt dies sehr deutlich. Im Ergebnis übernimmt der andere Völker abwertende, rassistische Nationalismus die Rolle des andere Religionen abwertenden Islamismus und hat letztlich nichts mit der deutschen Sozialdemokratie zu tun, die für Internationalisierung und Globalisierung steht.

Es stellt sich letztlich die Frage nach dem Warum. Zugegeben, Wahlumfragen und erreichte Ergebnisse lassen die Partei straucheln und verzweifeln. Doch geht es bei der SPD, anders als bei der CDU, weniger um Beliebtheit oder eine Art Themen-Tourismus, als das zielgerichtete Hinarbeiten in die falsche Richtung.

„ Ist die Kumpanei der SPD mit dem Iran und der Fatah förderlich für den Weltfrieden? “

lam zuzuordnen sind. Die (ehemalige) Arbeiterpartei SPD erkannte das hierin liegende Wählerpotential und leistete damit ihren eigenen Beitrag in die Anfänge der deutschen Integrationspolitik. Was fast erfreulich klingt, ernüchert bei näherem Hinsehen. Man hat sich über die Teilhabe, das Interesse und die Deutschkenntnisse gefreut, ohne genau zu prüfen, wem die Einladung in die Politik erteilt wurde. Die SPD hat sich zunächst einen Namen als sog. Migrantenpartei – auch in Anlehnung an das Bild des „kleinen Mannes“ gemacht. Inzwischen aber ist die SPD als Partei von muslimischen Migranten zu qualifizieren – mit all ihren Nebenwirkungen. Dabei sind versäumte Grüße an christlichen und jüdischen Feiertagen noch das geringste Problem der gefühlt ständig fastenbrechenden Partei. Die Integrationspolitik erweist sich inzwischen jeden Tag neu als Vehikel bei der Etablierung des politischen Islam im öffentlichen

Raum. Die Regierungsparteien haben den einstigen Faden der SPD aufgehoben und stricken seit langem gemeinsam an einem dem Namen nach antirassistischem Projekt. Dabei ist der vom Islam angebotene Wählerpool alles andere als sozialdemokratisch. Es geht dem Islam nicht um die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller, sondern nur um jene, die sich dem Islam bzw. der islamischen Gemeinschaft unterordnen. Ein universeller Humanismus und die Aufklärung des Menschen sind dem Konzept des Islam zuwider. Bei der Familienpolitik zeigt sich die Absur-

dität der neuen Ausrichtung der SPD besonders deutlich. Die Veränderung der klassischen Rollenbilder von Männern, Frauen und des Familienbildes wird von der SPD aktiv gestaltet – und vom Islam immer noch eifrig sanktioniert. Die SPD will die Gleichberechtigung zwischen hetero- und homosexuellen Lebensentwürfen, der Islam im Ausland erhängt und steinigt. Die Islamverbände im Inland wollen im Religionsunterricht nicht einmal über Homosexualität reden. In Niedersachsen streitet sich das SPD-geführte Kultusministerium mit der zur Türkei gehörenden DITIB und der Schura Niedersachsen, einem Landesverband mit über 90 Mitgliedsvereinen. Man weigert sich im Religionsunterricht zu vermitteln, dass Lesben und Schwule nicht diskriminiert werden dürfen. Schließlich ist Homosexualität im Islam eine Sünde und der Moslem hat – jedenfalls nach dem Koran – auch den Auftrag, die Sünde Dritter zu bekämpfen.

◀ Fortsetzung von Seite 1

Golan endlich anerkannt

Gerade der letzte Angriff aus Gaza belegt die Richtigkeit und Wichtigkeit der dankenswerterweise von der umsichtigen Politik des amerikanischen Präsidenten und Israel-Freundes Donald Trump – und wie könnte es anders sein, natürlich sehr zum Missfallen des deutschen Außenministers Maas – gerade eben beschlossenen Anerkennung der Zugehörigkeit der 1967 aus syrischer Herrschaft zurückeroberten Golanhöhen zu Israel.

Eine der bekannterwehsten höchsten Autoritäten für Frieden und Demokratie, der türkische Machtusurpator, Ermächtigungsgesetz-Regierer und – verstehe es wer will – immer noch NATO-Mitglied Erdogan hat schon begonnen die israelischen Verteidigungsmaßnahmen als „Massaker“ zu verurteilen. Seine Regierung werde „israelischen Terror“ niemals dulden, wird er auch diesmal wieder vor seinen Anhängern in dem den Griechen geraubten Konstantinopel sagen, dazu unter Applaus unserer hiesigen Israel-Dämonisierer über einen „unmenschlichen Angriff“ der Israelis schwadronieren und wie stets hinzufügen, dass er und das türkische Volk seine „palästinensischen“ Brüder in ihrem „rechtmäßigen“ Anliegen – was immer das auch sein möge – bis zum Ende unterstützen werden.

Schweigen zur Türkei – Belehrungen für Israel

Kein Wort fällt beispielsweise über die noch vor einem Jahr im syrischen Afrin von der Türkei ohne jede Not aus reiner imperialer Großmannssucht massakrierte Bevölkerung. Die reguläre türkische Armee plünderte, mordete, brandschatzte und vergewaltigte in Afrin kaum anders als es ihre Janitscharen in dem vor knapp 600 Jahren gemeuchelten, eroberten und bis heute immer noch besetzten Konstantinopel getan haben. Nichts davon ruft etwa die UNO, die EU oder unsere linke Islamap-peace-ment-Politik auf den Plan. Die UNO bleibt wie bei den meisten islamischen Atrozitäten hochgradig unbesorgt.

Wehe aber, wenn Juden es wagen, die Grenze ihres Landes, ihre Frauen und Kinder vor der von der westlichen Politik erheblichen mitfinanzierten Terrorgewalt aus Gaza zu schützen.

Nun hat der israelische Ministerpräsident trotz des anhaltenden Terrors angeordnet die zum Schutz Israels geschlossene Gaza-Grenze teilweise wieder zu öffnen. Einen derartigen Akt der Humanität könnten Juden von arabischer Seite niemals erwarten. Aber er wird die Aggression aus Gaza nicht lindern. Selbst wenn Israel und wir Juden die Farbe der Wand annehmen würden, um ja nicht durch unsere Existenz zu provozieren, würden uns unsere eingeschworenen hiesigen und weltweiten Hassler unserer Jude-Sein und den Umstand, dass der jüdische Staat Israel und wir immer noch am Leben sind, niemals verzeihen.

Nur sieben Jahrzehnte nach der durch Nazi-Deutschland vor den untätigen Augen der Welt verübten bestialischen Ermordung von Millionen unschuldiger jüdischer Kinder, Frauen und Männer steuert ein durch unsere entseelte Politik seit Jahren bereitwillig in unsere Zivilisation additiv zu dem quer durch alle unsere Gesellschaftsschichten gehenden, ohnehin nie wirklich verloschenen tradierten Antisemitismus jeder politischen Couleur, importierter gewalttätiger islamischer Juden Hass in der westlichen Welt und nicht zuletzt auch in Deutschland neuen Höhepunkten entgegen.

Die in Nazi-Deutschland verordnete Zwangsmarkierung von Juden ist – allen mit viel Krokodiltränen geheuchelten Gedenktagritualen und „Nie-Wieder“-Lügen unserer politischen Vertreter zum Hohn – in der heutigen Zeit längst lauwarmer, von



Der Bischof der Kanzlerin: Heinrich Bedford-Strohm, Chef der Evangelischen Kirche, die unter desaströsem Mitgliederschwund zu leiden hat.

offiziöser Seite erteilten entwürdigenden Empfehlungen an die Juden gewichen, weitgehend auf das Tragen jüdischer Identifikationsmerkmale zu verzichten, um die hiesigen Muslime nur nicht zu provozieren.

Abgründiger, überwiegenden Teilen der Muslime von klein auf anerzogener Mord-Hass auf alles Jüdische hat – uneingestanden von unserer Politik und konsequent umgedeutet und bagatellisiert von unseren Medien – mit wachsendem hiesigen Anteil dieser Bevölkerungsgruppe bereits zu tiefgreifenden destruktiven Veränderungen unserer Gesellschaft und einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen des jüdischen Populationsanteils geführt.

Eine seit Jahren parallel zum Anwachsen muslimischer Präsenz erfolgende exponentielle Zunahme und nahezu tägliche Vorkommnisse hauptsächlich islamischer Gewalt und islamischen Terrors auf unseren Straßen sowie die Islam-korrelierte Veränderung unserer Lebenswelt mit all ihren negativen Auswirkungen gegenüber Frauen, Homosexuellen, Andersgläubigen und vor allem Juden sind trotz Berichts-

terstützung eines Kinder-Kreuzzuges unter der Führung einer neuen Jean d'Arc von Schweden von den wirklichen, mit dem Voranschreiten des islamischen Dominanz-Anspruches vergesellschafteten Gefahren für unser Land und unsere westlichen Zivilisationen abzulenken versucht.

Für jeden denkenden und mit gesundem Verstand ausgestatteten Menschen geradezu unerträglich ist darüber hinaus – besonders angesichts der zunehmenden außen- und innenpolitischen Herausforderungen und Gefahren – die Gesinnungs-selektive Rückgratlosigkeit und die Abkehr von fundamentalen Erfordernissen und geschichtlich begründeten Verpflichtungs-Grundsätzen vor allem der deutschen politischen Führung. So sind die Zerrüttung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses durch die unbeirrt aufrechtgehaltene bis zum deutschen Bundespräsidenten hinaufreichende Dauerbeschimpfung Donald Trumps, die Anbiederung an den Iran und andere blutige islamische Diktaturen und vor allem die kontinuierliche, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Israel massiv verstärkte Schulmeisterung und

besonders auch der deutschen Politik belegen, die selbst noch in ihrer von verfehlem Sendungsbewusstsein getragenen Agonie von einem gemeinsamen europäischen Heer faselt, die von Vernunft getragenen Staaten Osteuropas desavouiert und nicht nur den demokratisch gewählten Präsidenten unseres wichtigsten und dienlichsten westlichen Verbündeten USA, Donald Trump, anfeindet, sondern entgegen allen diplomatischen Usancen die hostile Ausweisung des mit großer Klarsicht ausgestatteten hiesigen US-Botschafters Richard Grenell erzwingen will. Mehr politisches Scheitern geht kaum noch.

Kurzum, unsere Zeit ist beherrscht durch ein rückgratloses Appeasement gegenüber der rassistischen, sich hinter einem schlechten Religionsplagiat tarnenden, gegen unsere westlichen Lebenswerte gerichteten, Demokratie-feindlichen und vor allem massiv antisemitischen Weltbeherrschungsideologie des Islam, mit nahezu allen seiner negativsten Auswirkungen auf unseren Rechtsstaat und uns selbst.

Kaum zu übersehen ist auch die als Folge des Islamimports deutlich zunehmende Radikalisierung und Demokratieverachtung der hier bereits länger ansässigen Muslime, deren zweite und dritte Generation irrsinnigerweise häufig weniger integriert und integrationsbereit ist als die ursprüngliche Einwanderungspopulation ihrer Väter und Großväter.

Linksideologische Islamfreundlichkeit, Israeldämonisierung und antijüdischer Vorbehalt bilden gegenwärtig zunehmend unheilige Allianzen mit dem neu-importierten gewalttätigen Juden Hass der muslimischen Migranten und dem tradierten Antisemitismus eines Teils des reaktiv erstarkten rechten Randes, zu dem der seiner politischen Heimat wegen des Versagens der politischen Mitte verlustig gegangene Wähler ausweislich der Wahlumfragen zunehmend abwandert.

Das zum Teil auch durch einige als jüdisches Alibi gern genutzte willfährige und bestens domestizierte jüdische Funktionsträger übernommene unentwegte Rechtfertigen des Islam und das überaus diffamierende ständige Bashing besorgter Islamisierung-Gegner sowie die ausschließlich der neuen Opposition überlassene Verteidigung unserer Werte gegen deren Verachtung durch den Islam tun ein Übriges.

Und tatsächlich – in unseren schlimmsten Albträumen hätten wir es nicht einmal andeuten können, dass nur 74 Jahre nach

„ Hitlers Traum ist in Gaza verwirklicht worden. In Gaza ist kein jüdisches Leben mehr möglich. Gaza ist zu 100 % judenrein. “

Ausblendung und aller Einzelfall-Verharmlosungsversuche unserer Politik und ihrer Medien ebenso wenig zu übersehen wie zusehends wachsende, von gewalttätigen Muslimen dominierte No-Go-Areas in unseren Städten.

Ablenkungs-Themen

Statt sich entschlossen und beherzt dem durch den fortdauernden unkontrollierten Einlass islamischer Rechts- und Demokratie-Verachtung vernunftwidrig und verantwortungslos in unserem Lande geschaffenen Sicherheits-Desaster entgegenzustellen, kennzeichnen verlogene Einzelfall-Bagatellisierungen und der weitgehende Verzicht auf adäquate Strafsanktionen das Versagen unserer ideologisch gegen unser aller Wohl fehlgeleiteten Bevormundungs-Politik, die uns samt ihrer nachgeschalteten Gesinnungsmedien stattdessen lieber mit themenverfälschter Klima-Hysterie und der nahezu mittelalterlich anmutenden, widerrechtlichen Un-

Diskreditierung der israelischen Regierung und besonders ihres Ministerpräsidenten das falsche politische Signal an ungeeigneter Stelle.

Anti-Trump, Anti-Grenell, Anti-Vernunft

Unsere hiesigen links-ideologisierten, von dem letzten Rest Vernunft verlassenen, antizivilisatorischen politischen Pseudo-Bessermensch Scharlatane und ihren verblendeten Claqueure, sind die die wahren Schuldigen an der Zerstörung des ursprünglichen europäischen Gedankens seiner geistigen Väter, an dem überaus schmerzhaften Ausscheren Großbritanniens und an dem Abrücken einer immer größeren Zahl von Staaten in Ost-, aber auch schon in Westeuropa von der hiesigen Klima-hysterischen Bevormundung und dem suizidalen Open-Border-Irrsinn. Die anstehenden EU-Wahlen werden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Vernunft der Wähler und das Scheitern

dem Zusammenbruch des Nazi-Horrors und nur 76 Jahre nach dem Fanal des Aufstandes im Warschauer Ghetto „Juden-ins-Gas“-Rufe und No-Go-Areas für Juden, körperliche Übergriffe und Beschimpfungen von Juden in deutschen und europäischen Städten nahezu ohne jede Ahndung durch unser Rechtssystem möglich sein könnten. Jüdische Abwanderung und „Entjudung“ ganzer, vornehmlich Islam-dominiertes Bezirke in europäischen Städten sind bereits wieder keine undenkbar Seltenheit.

Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943

Da schmerzt es besonders, dass sich genau an dem diesjährigen Beginn des Pessachfestes vor 76 Jahren – vom 19. April bis zum 16. Mai des Jahres 1943 – die gedemütigten, eingepferchten, entrechteten, von Hunger und Krankheit entkräfteten jüdischen Bewohner des noch über 50.000 jüdische Frauen, Männer und Kinder zählenden Warschauer Ghettos zu einem ebenso heldenhaften wie verzweifelten und aussichtslosen Widerstand gegen ihre übermächtigen deutschen Peiniger und Schlächter erhoben.

Trotz nur geringer und mangelhafter eingeschmuggelter Bewaffnung gegen die mit Panzern und Maschinengewehren bis an die Zähne gerüsteten Nazischergen hielt der jüdische Aufstand im Warschauer Ghetto nahezu 4 Wochen, dauerte somit länger als die 1939 durch die Nazis vollzogene Blitzkrieg-Eroberung ganz Polens. Der jüdische Aufstand forderte eine nicht geringe Zahl an Todesopfern unter den deutschen Besatzern und konnte von den Nazis erst durch ein Niederbrennen und die Zerstörung des gesamten Ghettos und der von der SS als Symbol ihres Sieges vollzogenen Sprengung der Warschauer Synagoge vollständig beendet werden.

Die wenigen jüdischen Überlebenden, die von den Mördern der SS nicht sofort vor Ort durch Erschießung hingerichtet wurden, kamen in das Vernichtungslager Treblinka. Dem Inferno entkommen ist nur eine Handvoll jüdischer Widerstandskämpfer.

Dieser von niemandem, auch nicht von christlicher Seite, etwa aus der gerade zu Ostern wieder gern bemühten Nächstenliebe unterstützte aussichtslose Kampf und Symbol eines Sterbens in Würde wurde von vielen anderen Juden in Ghettos und Konzentrationslagern zum Vorbild genommen: Noch im Jahre 1943 folgten jüdische Aufstände in Lemberg, Tschernostochau, Bialystok, Sobibor und Treblinka, in dem die meisten Warschauer Juden ermordet wurden.

Kirchliche Würdenträger biedern sich kriecherisch an

Leider sagt die gerade absolvierte Reise des gegenwärtigen Papstes und Stellvertreters des jüdischen Gottes der Christen außer sehr problematischem Islam-Appeasement in dem bezüglich seiner ursprünglich dort lebenden Christen und Juden deutlich dezimierten Marokko nur wenig über dieses sich zur Osterzeit wieder jährnde Versagen der Kirchen.

Dafür passen seine Botschaften doch nur allzu gut zu dem von den beiden Chefs der deutschen Kirchen in kriecherischer Anbiederung an die Muslime auf dem den Juden geraubtem Tempelberg noch vor nicht langer Zeit im Gleichklang vorgenommenen beispiellosen Ablegen ihrer christlichen Insignien.

Allzu deutlich waren auch die auf die jüdische Bibel – natürlich wie stets ohne Berücksichtigung des jüdischen Urheberrechts – bezogenen Leviten (Leviticus 3. Buch Mose), die die Kirchenbosse ihren christlichen Schäfflein gelesen haben.

Wer als Christ Gelegenheit hatte an-



Israelische Soldaten (im Vordergrund) verteidigen die Grenze ihres Staates gegen angreifende Araber.

lässlich des herannahenden Osterfestes am letzten Karfreitag die öffentlichen Botschaften des katholischen Kardinals Reinhard Marx und des evangelischen Bischofs Bedford-Strohm zu vernehmen, der konnte den Eindruck gewinnen, dass die Christen, die über viele Jahrhunderte ihrerseits Juden verfolgt haben und sich in beachtlicher Zahl bis heute nur schwer von ihrem antijüdischen Vorbehalt trennen können, gegenwärtig selbst heimgesucht werden – und das auch noch von ihren eigenen, offensichtlich nicht nur vom Heiligen Geist verlassenen kirchlichen Führungen.

So hält Kardinal Marx, der katholische Oberhirte Deutschlands die Angst vor dem Islam und der Islamisierung unserer abendländischen Lebenswelt für überzogen, wenn nicht sogar für blanken Unsinn. Der hiesige Chef der nicht schlecht von der bereits zwei Jahrtausende währenden Popularität des Juden Christus lebenden katholischen Kirche möchte, dass man auf Muslime mit Entgegenkommen zugeht, was zwar mit der wundervollen Armlängen-Empfehlung der Kölner Oberbürgermeisterin kollidiert, aber dafür ja auch die

ben so viele Christen zu leiden wie unter dem intoleranten und gewaltbereiten Islam. Dieser dominiert in 14 der fünfzehn Länder, in denen Christen den meisten und heftigsten Repressionen ausgesetzt sind. Das geht aus dem seit 1993 veröffentlichten Weltverfolgungsindex für das Jahr 2017 hervor, den das internationale, überkonfessionelle, christlich-evangelikale Hilfswerk „Open Doors“ anhand von Daten des jeweils vergangenen Jahres veröffentlicht.

Christen-Verfolgung ist für die Kirchenoberen ein nachrangiges Thema

Diese Liste zielt u.a. auch der bei unserem Bundespräsidenten F.W. Steinmeier, unsere Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und unserer Politik des linken Wahlverlierer-Bündnisses so schrecklich beliebte Iran.

Hier einmal ganz kurz die neueste Hitliste der ersten 15 Christen-Verfolger: Nordkorea, Somalia, Afghanistan, Pakistan, Sudan, Syrien, Irak, Iran, Jemen, Eritrea, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Usbekistan, Kenia. Überall dort werden Christen bis heute (die Statistik stammt aus dem Jahre 2017), vor den Augen der schweigenden

„ Die Botschaften des Papstes passen nur allzu gut zu dem von den beiden Chefs der deutschen Kirchen auf dem Tempelberg im Gleichklang vorgenommenen beispiellosen Ablegen ihrer christlichen Insignien

Juden, die Buddhisten und Anhänger anderer Religionen ausblendet, die wohl vor allem aus Dankbarkeit darüber, dass ihnen die Nähe zu Herrn Marx erspart bleibt, im Gegensatz zum Islam keine Christen verfolgen, demütigen, unterdrücken und/oder sogar töten.

Das bleibt den von Herrn Marx und anderen Kirchenführern innig umworbenen Muslimen vorbehalten.

Hierzu sollte man gerade vor dem großen Osterfest wissen, was die augenscheinlich mehr um das Wohl der muslimischen Täter als der nicht-muslimischen Opfer bemühten Kirchen-Oberen gegenüber ihren Schäfflein nicht verkünden:

Im statistischen Durchschnitt wird weltweit alle fünf Minuten, vielleicht sind es auch sechs, ein Christ getötet. Fast alle Länder, in denen Christen brutal unterdrückt werden, sind muslimisch geprägt. Gegenwärtig werden auf der Welt mehr als 100 Millionen Christen verfolgt.

Unter keiner Religion und Ideologie ha-

„ Kirchen, unserer Politik und unserer großen Staatsmedien brutal verfolgt, entrechtet, schikaniert, nicht selten getötet und vielfach vertrieben.

Das einzige nicht-islamische Land auf dieser Liste ist Nordkorea. Aber das läuft ja ohnehin in vielerlei Hinsicht außer Konkurrenz und auch in diesem Falle ist der dortige Diktator mit dem modischen Haarschnitt bei vielen hiesigen Christen erheblich beliebter als der Präsident der Vereinigten Staaten, von dessen Frisur ganz zu schweigen.

Aber nicht nur Herr Marx, auch der Papst schweigt dazu und ist vollkommen damit ausgelastet, öffentliche Besorgnis darüber zu zeigen, dass Jerusalem, dank Herrn Trump nun doch noch den Juden in die Hand fallen könnte.

Auch der evangelische Oberhirte Herr Bedford-Strohm und die gelegentlich alkoholbeseelte Frau Käbman schweigen in dieser Angelegenheit und falls sie doch etwas sagen, dann, dass man

derartige Petitesse nicht gegen den Islam instrumentalisieren darf, weil der ja bekanntlich eine Religion des Friedens ist und das Hilfswerk „Open Doors“ sich bei der Ermittlung der Zahl von 100 Millionen zumeist durch den Islam verfolgter Christen ganz sicher um 5 oder 6 Personen geirrt haben muss. So schlimm sei das alles gar nicht.

Irritiert ist Herr Bedford-Strohm – wie er am Karfreitag des letzten Jahres gesagt hat – dennoch. Nicht etwa wegen der furchtbaren obigen Tatsachen zur islamischen Christenverfolgung, auch nicht wegen der täglichen islamischen Gewalt und dem Alltag gewordenen Messerkrieg gegen uns und unsere Werte auf unseren Straßen, ebenso wenig über das Sicherheitsdesaster, das die Kanzlerin und ihre Crew in den viel zu vielen Jahren ihrer an den Sicherheits-Anliegen unserer freiheitlichen Lebensweise vorbeigeführten Regierung in diesem Lande angerichtet hat und schon gar nicht über eine weitere von muslimischen Hasstältern ermordete Jüdin.

Nein, die Irritation des Chefs der nicht unverdient unter Schwindsucht leidenden evangelischen Kirche gilt seinen abtrünnigen Schäfflein, die es in wachsender Zahl gewagt haben, wegen des hier von ihm und seiner Glaubensgenossin im Kanzleramt geschaffenen generellen Fürsorge-Vakuums den etablierten Parteien den Rücken zu kehren.

Die christlichen Pilger im Heiligen Land allerdings werden sich von diesem Fürsorge-Defizit ihrer jeweiligen Führungen um das Wohl ihrer Schutzbefohlenen wohl auch in diesem Jahr keinesfalls die Oster-Laune verderben lassen und wandeln gut geschützt von den Ordnungskräften des demokratischen und Religions-toleranten jüdischen Staates auf den Spuren ihres jüdischen Religionsstifters durch das historisch jüdische Jerusalem.

Natürlich werden sie dabei nicht vergessen, sich in großer Zahl mit dem jeder geschichtlichen und politischen Berechtigung entbehrenden Anspruch der arabischen Terrorbosse aus Gaza und Ramallah auf die ewige und heilige Stadt Davids und das historische Kernland des jüdischen Staates Israel zu solidarisieren.

Was würde Jesus zu diesem Papst sagen?

Der an diesem Tage vor etwa 2000 Jahren gekreuzigte Jude Jesus jedenfalls hätte die heute möglichen Pervertierungen der Wahrheit nicht mehr verstanden, in jedem Fall aber seinem heutigen Islam-affinen Bodenpersonal längst gekündigt. Denen, die noch mehr lesen wollen, empfehle ich einen interessanten Artikel der Muslimin Necla Kelek über die groteske Islam-Anbiederung der Kirche.

Allen christlichen Freunden und Lesern wünsche ich dennoch einen besinnlichen und nachdenklichen Karfreitag und ein frohes und gesundes Osterfest.

Dem wundervollen, lebens- und lebenswerten, demokratischen jüdischen Staat Israel und seinen Bürgern wünsche ich auch dieses Mal eine kluge und seine freie und friedvolle Prosperität sichernde Wahlentscheidung.

Dem gesamten jüdischen Volk in und außerhalb Israels wünsche ich einen gelungenen und friedlichen Sederabend im Kreis all ihrer Lieben.

Unseren Lesern, Freunden und uns allen, jüdisch und nichtjüdisch, ein herzliches und frohes Pessachfest.

Chag Pessach kasher w'sameach – L'Shana Haba'ah B'Yerushalayim

Am Israel Chai!
Dr. Rafael Korenzecher

Die dressierten Juden

Bei der „Woche der Brüderlichkeit“ liefern auch jüdische Vertreter wie gewünscht das Märchen von der gleichgearteten Bedrohungslage für Juden und Muslime

Von Chaim Noll

Die falsche Gleichsetzung der Situation der deutschen Juden mit der Lage der in Deutschland lebenden Muslime – leider auch von Repräsentanten des offiziellen Judentums vorgetragen – ist ein schäbiger Propaganda-Trick. Jüdische Vertreter, die sich dafür hergeben, wie vor wenigen Tagen Andreas Nachama bei der Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit“ im Staatstheater Nürnberg, sollten sich schämen, denn sie schaden der ohnehin bröckelnden Stellung der Juden in Deutschland.

In einem hinter Betroffenen-Gerede verborgenen Hohn wird behauptet, die Millionen Muslime oder aus muslimischen Ländern stammenden Einwohner Deutschlands wären ähnlich bedroht wie die schwindende, unter hunderttausend Menschen gesunkene jüdische Minorität.

Wo in Deutschland kontrollieren Juden ganze Stadtviertel? Welche kriminellen jüdischen Großfamilien machen der deutschen Polizei das Leben zur Hölle? Wo – außer an einigen Tag und Nacht von der Polizei bewachten, festungsartigen jüdischen Schulen – gibt es Schulklassen, in denen jüdische Kinder die Mehrheit bilden, und wo gibt es deutsche Schulen, in denen jüdische

Jungsgruppen ihre deutschen Mitschüler verprügeln? Wo hätten Juden mit Messern, Bomben oder auch nur mit aggressiven Sprüchen ihre deutschen Mitbürger angefallen? Wie viele deutsche Mädchen sind von Juden vergewaltigt oder ermordet worden? Welcher deutsche Rabbiner hat bisher zu gewalttätigen Aktionen aufgerufen, wo gibt es jüdische „Schläfer“ oder „Intensivtäter“, in welcher Synagoge treffen sich geheime Terror-Zellen?

Die deutschen Juden sind brav, fleißig und Musterbeispiele der Integration. Sie passen sich sogar soweit an, dass sie bestellte, politisch korrekte Festreden halten, im Auftrag kaltschnäuziger deutscher Politiker, bekannt für ihre Feigheit gegenüber islamischem Terrorismus, für ihre Kranzniederlegungen am Grab bekannter Judenmörder oder ihre Geschäfte mit Wahnsinnigen, die unentwegt zur Eliminierung des jüdischen Staates aufrufen. Nichts könnte so drastisch die jammervolle Lage der deutschen Juden verdeutlichen wie diese von der Angst diktierten, würdelosen Auftritte deutsch-jüdischer Funktionäre.

Und ausgerechnet in Nürnberg. Wo vor einigen Jahrzehnten die Gesetze erlassen wurden, die ihrer Assimilation ein Ende machten.



Andreas Nahama, Direktor der Stiftung „Topographie des Terrors“

Das „Jüdische“ Museum und der Abgesandte der Mullahs

Der Direktor des Berliner Museums, Dr. Peter Schäfer, irritiert durch ein offizielles und harmoniege-
trages Treffen mit einem Vertreter des antisemitischen Regimes zu Teheran.

Von Anastasia Iosseliani

Am 8. März 2018 wurde der Kulturrat des Regimes der Islamischen Republik, Seyed Ali Moujani, zu einer Führung durch das Jüdische Museum zu Berlin eingeladen. Aus diesem Anlass wurde Moujani vom Direktor des Museums, Dr. Peter Schäfer, persönlich empfangen.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Im Deutschland des Jahres 2019, in dem Synagogen und andere jüdische Institutionen wie z.B. Kindergärten wegen mörderischer Antisemiten rund um die Uhr von der Polizei bewacht werden müssen, empfängt eine deutsche staatliche Institution den Repräsentanten eines mörderischen Regimes, in dem Frauen bestenfalls Bürger zweiter Klasse sind und das dem Juden unter den Staaten, Israel, mit der Vernichtung droht. Darüber hinaus greift eben jenes Regime durch terroristische Proxies wie die Hisbollah den jüdischen Staat direkt mit Waffengewalt an.

Aber nicht nur Israel ist das Ziel des schiitischen Islamismus: Attentate wie der AMIA-Anschlag in Buenos Aires, dem größten Anschlag auf jüdische Zivilisten nach dem Zweiten Weltkrieg, zeigen, dass das Regime und seine Proxies auch nicht-israelische Juden ins Visier nehmen, wenn sie keine Israelis meucheln können. In der Not frisst der Teufel eben Fliegen. Vor einem Jahr flog in Berlin ein Netzwerk iranischer Agenten auf, die für den «Tag X» jüdische Einrichtungen ausgespäht haben. Davor wurde bekannt, dass der ehemalige Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Reinhold Robbe, im Auftrag des iranischen Geheimdienstes



Dr. Peter Schäfer (links) mit dem iranischen Vertreter.

von einem pakistanischen Staatsbürger ausspioniert wurde.

Und genau diesem Regime erweist eine Institution, die mit deutschen Steuergeldern finanziert wird, die Ehre, indem sie einen Repräsentanten der Diktatur empfängt und durch das Museum führt. Und Moujani wäre nicht ein Repräsentant der anti-demokratischen Mullahs, wenn er nicht auch diesen Empfang für Propaganda missbrauchen würde:

Moujani ließ verlauten, dass die «Gleichsetzung von Antisemitismus mit Antizionismus» angeblich ein Problem sei, das, man unter «die Lupe nehmen müsse». Ausserdem hatte Moujani die

Unverschämtheit zu fordern, dass man «eine Grenze zieht zwischen dem Zionismus und dem Judentum», wie man «eine Grenze ziehen würde zwischen dem Islamischen Staat und dem Islam». Das bedeutet, dass der Repräsentant des Mullahregimes die Chuzpe hat den Judenstaat mit dem Islamischen Staat gleichzusetzen, und das in einer deutschen Institution (und nicht im Scheinparlament in Teheran) – alles dazu auch noch unwidersprochen von denen, die anwesend waren.

Hier zeigt sich das amtliche Deutschland einmal mehr von seiner erbärmlichsten Seite: All die schönen Worte von Politikern und anderen Persönlichkeiten zum

Gedenken an die Opfer der Schoah sind nichts wert, wenn deutsche Institutionen vor einem antisemitischen, mörderischen Regime, wie dem zu Teheran, kuschen, um auf Teufel komm raus einen siehenden «kritischen Dialog» am Leben zu erhalten, den man schon lange nur noch als «moralische Prostitution» bezeichnen kann. Damit verrät man in Deutschland nicht nur alle Werte der Aufklärung, sondern auch jüdisches Leben an sich und lässt jüdisches Leben in Deutschland nach der Schoah tatsächlich als «unverdiertes Geschenk» erscheinen.

Es sind genau solche Fälle, in Kombination mit dem Abstimmungsverhalten des offiziellen Deutschlands bei den Vereinten Nationen, die daran zweifeln lassen, ob den Deutschen klar ist, was es bedeutet, dass Juden wieder in der Bundesrepublik Deutschland leben und dass die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen zu Israel, dem Judenstaat, haben darf.

Das Jüdische Museum zu Berlin hat sich für das antisemitische Mullahregime moralisch prostituiert. Es reicht eben nicht nur Bilder jüdischer Persönlichkeiten und Judaica auszustellen, um uns Juden gegenüber Respekt zu erweisen. Es braucht ein Bewusstsein dafür, dass man sich nicht bei Antisemiten anbiedert – selbst wenn diese Imperialisten in den Masken von Revolutionären sind. Dieses Bewusstsein hat – nicht nur in diesem Fall – gefehlt. Und gerade dieses fehlende Bewusstsein ermöglicht es Antisemiten aller Couleur in Deutschland Urstände zu feiern, während jüdische Kindergärten weiterhin rund um die Uhr bewacht werden müssen.

Der israelische Wahlkampf bleibt spannend

Der ehemalige Armee-Chef Gantz hat es schwer gegen die Erfolgsbilanz des Amtsinhabers Netanjahu zu punkten



Von Israelnetz

Netanjahus politische Gegner auf einem Wahlplakat von „Blau und weiß“

Klare, einfache, einprägsame Parolen: So funktioniert Wahlkampf, auch in Israel. „Gantz. Links. Schwach“, hämmert die Kampagne des konservativen Likud von Premierminister Benjamin Netanjahu ihren Anhängern seit Beginn des Wahlkampfes am Ende eines jeden Wahlclips immer dieselben Schlagworte ins Ohr. Und es folgt stets: „Netanjahu. Rechts. Stark.“ Die ganze Kampagne des Premiers zielt darauf, die Glaubwürdigkeit seines größten Konkurrenten, des ehemaligen Armeechefs Benny Gantz, in Punkto Sicherheitspolitik zu desavouieren.

Netanjahus Wahlkampf lässt sich bisher am besten unter einem Motto zusammenfassen, mit dem auch Angela Merkel schon erfolgreich Wahlen bestritt: „Sie kennen mich.“ Viele Israelis schätzen die Außenpolitik Netanjahus, seine enge Beziehung zu US-Präsident Donald Trump, seine resoluten, medienwirksamen Auftritte auf internationaler Bühne, die rasante Verbesserung der Beziehungen mit den arabischen Staaten. Der 69-Jährige hat viel erreicht.

Gantz wiederum hatte seinen Wahlkampf von Anfang an darauf ausgerichtet, sich als in sicherheitspolitischen Fragen ebenso versiert zu präsentieren wie der große Sicherheitspolitiker Netanjahu. So holte er mit Mosche Ja'alon und Gabi Aschkenasi zwei weitere frühere Armeechefs ganz oben auf seine Liste. Deshalb trat er auch öffentlichkeitswirksam auf den Golanhöhen und am Gazastreifen, den Achillesfersen des jüdischen Staates, auf.

„Bibi oder Tibi“

Inzwischen ist jedoch klar, dass Gantz an Netanjahus sicherheits- und außenpolitischen Leistungen nicht wird vorbeiziehen können. „Wenn es um Israels Sicherheit geht, passt zwischen Netanjahu und mich kein Blatt Papier“, versucht er sich deshalb wenigstens auf Augenhöhe mit dem Premier zu präsentieren. Er verspricht eine Stärkung der Siedlungen im Westjordanland, bekennt sich zu einem ungeteilten Jerusalem und der Präsenz auf den Golanhöhen. Bloß nicht schwächer als Netanjahu wirken, lautet das Credo.

Der Premier weiß genau, dass er Gantz

den größten Schaden zufügen würde, wenn es ihm gelänge, dessen Glaubwürdigkeit im sicherheitspolitischen Bereich zu unterminieren. So warf er ihm vor, den Iran-Atomdeal ursprünglich befürwortet zu haben, erklärte gar, dass der Iran Gantz unterstütze, und unterstellte ihm, eine Koalition mit den arabischen Parteien anzustreben.

„Bibi oder Tibi“, lautet daher eine weitere einprägsame Parole des Netanjahu-Lagers. Bibi, das ist der weit verbreitete Spitzname von Netanjahu. Und Ahmad Tibi: so heißt der wohl bekannteste Vertreter der arabischen Parteien, die immer wieder durch aggressiv anti-israelisches Verhalten auffallen. Gantz hat inzwischen ausgeschlossen, mit den Arabern eine Regierung zu bilden, weiß aber selbst am besten, dass er ohne sie nach allen Umfragen keine Koalition links der Mitte schmieden können. Das bringt ihn in eine missliche und schwache Ausgangslage für den restlichen Wahlkampf.

Setzt Gantz aufs falsche Pferd?

Nach einer Affäre um einen iranischen Hackerangriff auf das Handy von Gantz erschwert dessen Kampagne. Gantz sei nun durch den größten Feind Israels erpressbar, insinuiert die Likud-Kampagne seitdem. „Wenn Gantz nicht einmal sein eigenes Telefon schützen kann, wie will er dann das Land schützen?“, höhnt Netanjahu. In den Umfragen liefern sich das blau-weiße Parteienbündnis von Gantz und seinem liberalen Mitstreiter Jair Lapid ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Netanjahus Likud.

Doch auch wenn seine Strategie bisher allenfalls bedingt aufging, setzt Gantz weiterhin auf das Thema Sicherheit – und das Thema Korruption. Ende Februar hatte der Generalstaatsanwalt angekündigt, Netanjahu in den sogenannten Fällen 1000, 2000 und 4000 anklagen zu wollen. Im Fall 3000 galt Netanjahu bisher jedoch als unbelastet. Nach einem kürzlichen TV-Bericht über eine mögliche Involvierung Netanjahus auch in diesen Fall, setzt das blau-weiße Lager nun alles daran, die Korruptionsfrage wieder auf die Agenda zu heben: Während Gantz-Mitstreiter Ja'alon

von möglichem „Landesverrat“ spricht, sieht Gantz „den größten sicherheitsrelevanten Korruptionsfall in der Geschichte des Staates Israel“.

Alles spricht dafür, dass Gantz damit auf das falsche Pferd setzt. Im Zusammenhang mit der Anklageankündigung im Februar hatten zahlreiche Beobachter gemutmaßt, Netanjahu würde das nicht überleben und in den Umfragen massiv an Boden verlieren. Nichts dergleichen geschah: Der Likud hielt sich stabil bei rund 30 Sitzen. Für Netanjahu hätte es besser nicht laufen können. Dabei kommt Netanjahu zugute, dass er erst nach den Wahlen angehört wird. Bis dahin gilt er offiziell nicht als angeklagt.

Schlachten auf Nebenkriegsschauplätzen

Sachpolitische Themen spielen bisher im gesamten Wahlkampf eine untergeordnete Rolle. Lieber verzetteln sich die Parteien in zahlreichen Nebenkriegsschauplätzen. Der Streit um die Zulassung rechts- und linksextremer Kandidaten sorgte für einen regelrechten Politikrieg zwischen rechtem und linkem Lager. Belästigungsvorwürfe gegen Gantz, wohl auch vom Likud geschürt, beschäftigten die Gazetten. Und schon Wochen vor der Wahl diskutierten die Parteien darüber, wer welches Ministerium übernimmt.

Vor allem Fragen der Innenpolitik – etwa die hohen Lebenshaltungskosten oder der Umgang mit den Ultra-Orthodoxen – stehen dahinter zurück. Obwohl sich das blau-weiße Programm von Gantz gerade hier von den Vorstellungen Netanjahus unterscheidet, hebt auch er diese Differenzen kaum hervor. Gantz kämpft etwa für eine Besserstellung Homosexueller und eine Liberalisierung der Leihmutterchaft. Er setzt sich für eine Ausweitung des gemischten Gebetsbereichs an der Klagemauer ein und will sich sogar an den Status quo des Schabbats heranwagen und etwa den Betrieb öffentlicher Verkehrsmittel an Samstagen vorantreiben.

Und er will das umstrittene Nationalstaatsgesetz ergänzen, indem er in der Quasi-Verfassung Israels auch die Gleichberechtigung der Minderheiten festzuschreiben

gedenkt. Die Chance, dies stärker in den Vordergrund zu rücken, ließ Gantz jedoch verstreichen: Als Netanjahu sich wegen seiner Aussage, Israel sei nicht der Nationalstaat aller seiner Bürger, sogar eine Rüge von Staatspräsident Reuven Rivlin einfiel, hielt sich Gantz mit Reaktionen auffällig zurück.

Videoclips erobern Wahlkampf

Und die kleinen Parteien? Sie werden einmal mehr die Königsmacher sein, müssen aber dennoch darum kämpfen, nicht im allgemeinen Netanjahu-Gantz-Getöse unterzugehen. Ein Schicksal, das vor allem der Kulanu-Partei von Finanzminister Mosche Kahlon droht, die mit ihrem wirtschafts- und sozialpolitischen Programm in dem von Sicherheitsfragen dominierten Wahlkampf bisher kaum durchdringt und damit rechnen muss, aus der Knesset zu fliegen. Dagegen gelang es der Sehut-Partei um Mosche Feiglin, mit der Forderung nach einer Cannabis-Legalisierung eines der wenigen innenpolitischen Wahlkampf-Themen zu setzen.

Unterdessen erhaschte auch die bisher kaum präsente „Neue Rechte“ von Bildungsminister Naftali Bennett und Justizministerin Ajelet Schaked in dieser Woche einige Schlagzeilen. Sie veröffentlichte einen Wahlkampfspot im Stil einer edel anmutenden Fernsehwerbung, in dem sich Schaked mit einem Parfum namens „Faschismus“ besprüht und hinzufügt: „Für mich riecht es nach Demokratie.“ Eine zynische Replik auf ihre Gegner, die der rechtskonservativen Politikerin aufgrund ihrer Justizpolitik eine Aushöhlung der Gewaltenteilung vorwerfen.

Es ist nicht der erste Videoclip, der in diesem Wahlkampf für Aufregung sorgt. Der Likud, der schon fast im Staccato ein Video nach dem anderen veröffentlicht, musste sich Kritik für einen Clip anhören, der für den Fall einer Wahl von Gantz „mehr und mehr Gewalt, mehr und mehr Tote“ prophezeite und dabei die Gräber gefallener Soldaten zeigte. Und Gantz prahlte in einem Spot damit, dass er Teile Gazas während des Krieges „zurück in die Steinzeit“ gebombt habe. Ein rauer Wahlkampf in der rauen Umgebung des Nahen Ostens.

Keine Zukunft für unsere Kinder

Eine französische Jüdin erzählt vom schleichenden Verlust ihrer Heimat und ihrer Flucht nach Netanja

Von Redaktion Audiatur

Im Herbst 2015 reisten die beiden Filmemacher Joachim Schroeder und Sophie Hafner nach Israel und in den Gazastreifen, um dort Interviews für ihren Dokumentarfilm „Auserwählt und ausgegrenzt: Der Hass auf Juden in Europa“ zu führen. Sehr bedauerten sie später, dass sie eines der Interviews, das sie am meisten bewegte, aus Platzgründen nicht in den Film aufnehmen konnten. Ein Gespräch mit Anaëlle Guedj, einer jungen Mutter von vier Kindern, die drei Monate zuvor mit ihrer Familie Frankreich verlassen hatte, als eine von 7.000 französischen Juden, die 2015 angesichts des in Frankreich grassierenden Antisemitismus nach Israel auswanderten.

Das Filmteam traf sie in einer Sprachschule in der Küstenstadt Netanja, die wegen der vielen dort lebenden Franzosen auch die „israelische Riviera“ genannt wird. In dieser Sprachschule hatte Guedj etliche Wochen zuvor angefangen, Hebräisch zu lernen. Das Gespräch vor laufender Kamera fand am 2. Dezember 2015 statt, knapp drei Wochen nach den Terroranschlägen in Paris vom 13. November und rund zehn Monate nach den Morden in den Büros von „Charlie Hebdo“ und in einem koscheren Supermarkt in Paris. Audiatur-Online dokumentiert im Folgenden erstmals dieses Interview, das nichts von seiner Aktualität verloren hat.

Audiatur: Von wo aus Frankreich kommen Sie, und seit wann sind Sie hier?

Anaëlle Guedj: Ich komme aus Toulouse, habe aber mit meiner Familie seit fünf Jahren in Paris gelebt. Wir sind Anfang August hier angekommen. Wir sind nun also seit vier Monaten hier.

Bitte schildern Sie, warum Sie und Ihre Familie nach Israel ausgewandert sind.

Ich bin mit meinem Ehemann und unseren vier Kindern hierhergezogen. Mein Mann hatte immer schon hierherkommen wollen, schon vor zehn Jahren. Ich aber hatte Angst vor dem Leben in Israel. Dann kamen die furchtbaren Ereignisse in Frankreich der letzten Jahre, angefangen mit Toulouse. Dazu kam ein konkreter Anlass: An einem Tag im letzten Jahr, als ich meinen Sohn von der Schule abholte, hatte er Angst, seine Kippa aufzubehalten und hat sie abgelegt. Da habe ich zu meinem Mann gesagt: Es gibt für unsere Kinder in Frankreich keine Zukunft – also können wir unseren Traum verwirklichen und nach Israel gehen.

Wie alt ist Ihr Sohn, und wovor genau hatte er Angst?

Mein Sohn ist jetzt acht Jahre alt, damals war er also sieben. Er ging auf eine jüdische Schule. Als er das Schulgebäude verließ, sah er sich nach allen Seiten um. Er sah, dass dort viele Leute waren und hatte Angst. Er hat mir gesagt: „Ich kann die Kippa auf der Straße nicht aufbewahren. Ich muss sie abnehmen.“ Ich sah, dass er ständig und überall Angst hatte. Da wurde mir klar, dass sich Frankreich geändert hat und wir die richtige Entscheidung für die Zukunft unserer Kinder treffen müssen.

Sie sagen, Frankreich habe sich verändert...

Ja.
...Ihr Mann wollte Frankreich schon vor zehn Jahren verlassen. Was hat sich in der Zwischenzeit Ihrer Meinung nach geändert?

Als ich noch zur Schule ging, vor 14 Jahren, hatte ich keine Angst davor, die Metro zu nehmen oder 15 Minuten zu Fuß zu



Französisch-jüdische Kinder nach einem Anschlag auf ihre Schule (2012)

gehen, auch, wenn es schon spät am Abend war. Während meines Studiums hatte ich keine Angst davor, mit Freunden zusammen auszugehen. Obwohl ich Jüdin bin und jeder das aufgrund meines Namens hätte wissen können. Jetzt aber hatte ich Angst davor, auszugehen. Mir fiel auf, dass die Leute jüdische Menschen auf andere Weise ansahen als früher. Ich denke, es gibt ein Problem mit Muslimen in Frankreich – nicht mit allen Muslimen, ich stecke nicht alle Muslime in dieselbe Schublade. Ich habe mit Muslimen zusammengearbeitet; während meines Studiums der Politikwissenschaft habe ich zum Thema Religionen geforscht. Aber ich glaube, die Regierungen in Frankreich haben nicht genug getan, um die Juden zu schützen. Jetzt tun sie das. Jetzt, wo es sie selbst getroffen hat, begreifen sie, was wir Juden seit vier Jahren jeden Tag durchmachen. Die Anschläge in Tou-

[die Behörden] kapiert, wie sie die jüdische Gemeinschaft beschützen müssen, weil sie sich nun selbst schützen müssen. Aber das reicht nicht aus. In den letzten Jahren sah ich Soldaten vor jeder jüdischen Schule, jeden Tag. Wir mussten mit ihnen zusammenarbeiten, damit sie unsere Schüler, unsere Kinder beschützen. Das ist kein angenehmes Leben in Frankreich, nicht für uns und nicht für unsere Kinder. Ich denke, es hat eine große Veränderung stattgefunden. Selbst wenn sie sagen, dass die französischen Juden ihren Platz in Frankreich hätten, so glauben sie doch nicht selbst daran. Und sie unternehmen nichts, um uns in Frankreich zu halten – so sehe ich das.

Wie würden Sie die Haltung der französischen Mehrheitsgesellschaft beschreiben, der gewöhnlichen Bürger, die keine Muslime, sondern Christen oder Atheisten sind?

Ich denke, sie haben Angst. Sie begreifen,

eindringen, selbst in die Kirche. Es ist, wie wenn jemand in der Wildnis ist und bei jedem Schritt, den er macht, ängstlich überlegt, wohin er wohl tritt – genauso ist es jetzt in Frankreich, meiner Meinung nach.

Gibt es Ihrer Wahrnehmung nach einen spezifisch muslimischen Antisemitismus?

Ja, selbstverständlich. Ich habe sehr gute muslimische Freunde, die Teil der französischen Gesellschaft sind. Sie können tun, was sie wollen, so, wie ich tue, was ich will, und alle zusammen sind wir Franzosen mit gemeinsamen Werten. Doch jetzt gibt es in Frankreich Muslime, die denken, dass sie über alle bestimmen könnten. Sie nehmen ein religiöses Buch, den Koran, und nehmen es als Legitimation für alles, was sie tun, im Namen Gottes. Aber so ist Gott nicht. Er will nicht, dass Menschen getötet werden. In Frankreich teilen wir Werte, aber diese Leute meinen, dass wir ihre Werte teilen müssten. Das ist, denke ich, ein sehr tiefes Problem. Sie kommen nach Frankreich oder sind oft sogar dort geboren, aber sie betrachten sich allein als Muslime – vielleicht als französische Muslime, doch in erster Linie als Muslime. Ich bin Jüdin, aber ich bin auch Französin. Ich habe in Frankreich studiert, in Frankreich Steuern bezahlt, mit anderen Franzosen gearbeitet, egal, ob sie Muslime, Christen, Atheisten oder Juden sind. Ich denke, da gibt es ein Problem.

Können Sie als französische jüdische Frau diese Dinge in Frankreich offen ansprechen oder haben Sie das Gefühl, sehr vorsichtig sein zu müssen?

Nein, in Frankreich kann man sich nicht frei ausdrücken. Vor allem, weil man nicht weiß, mit wem man redet. Es gibt Leute, bei denen man denkt, sie denken so wie du, aber wenn du mit ihnen redest, merkst du, dass sie gegen Israel sind oder linksextrem oder rechtsextrem. Ich denke, dass es in Frankreich ein großes Problem mit politischen Meinungen gibt. In den Vereinigten Staaten kann jeder sagen: Ich bin für dieses und jenes oder ich bin dagegen. In Frankreich kann man das nicht. Man darf dort nicht zu laut sagen, was man wirklich denkt. Es gibt Leute, die offen sind und mit

„ Sie wissen, dass die Terroristen an jedem Ort angreifen können: Im Bataclan wie vor zwei Wochen, im Stadion, überall. Nirgendwo ist man geschützt. Selbst in dein Haus können sie eindringen, selbst in die Kirche.“

louse haben mich persönlich sehr bewegt, auch weil ich der Familie [der Familie von Rabbi Yaacov Monsonégo, dem Schulleiter der Ozar-HaTorah-Schule in Toulouse, dessen achtjährige Tochter Miriam am 19. März 2012 in eben jener Schule von Mohamed Merah mit mehreren Kopfschüssen gezielt ermordet wurde; Anm. d. Red.] sehr nahestehe. Als ich in der Zeitung ein Foto des Terroristen sah, wie er fröhlich lachte, war ich verstört: Warum haben sie gegen jemanden, der bereits so viel Schreckliches getan hatte, nichts unternommen?

Bevor ich nach Israel kam, habe ich in Paris in einer Schule gearbeitet. Durch den Anschlag auf „Charlie Hebdo“ haben sie

dass Frankreich nicht ihnen gehört. Als ich vor einem Monat noch einmal in Frankreich war, da sagte mir ein Arzt: „Sie haben einen Ort, wohin Sie gehen können.“ Ich hatte in Frankreich gute jüdische Freunde, ich hatte muslimische Freunde. Auch die Muslime identifizieren sich nicht mit den Terroristen, doch es wird nichts unternommen. Worte, aber keine Taten. Niemand in Frankreich, so scheint es mir, weiß, was man tun soll. Sie haben Angst um sich, um ihre Kinder, und sie wissen, dass [die Terroristen] an jedem Ort angreifen können: Im Bataclan wie vor zwei Wochen, im Stadion, überall. Nirgendwo ist man geschützt. Selbst in dein Haus können sie

denen man reden kann, aber das ist nicht immer der Fall. In meinem früheren Job habe ich mit vielen politischen Menschen zusammengearbeitet, die sehr intelligent waren und mit denen ich reden konnte wie mit Ihnen. Aber im Alltag kannst du das nicht, weil du Angst um dich und deine Kinder hast.

Just eine Woche bevor wir nach Israel zogen, war mein Sohn in der Bücherei und spielte mit Freunden, die ich nicht kannte. Vier Muslime kamen und sagten: „Wir wissen, dass du Jude bist. Sag uns, dass du ein Jude bist. Was unsere Brüder getan haben, werden wir auch mit dir und deiner Familie machen.“ Mein Sohn fing an zu weinen. Ich habe ihn gefragt, warum er weint und ihm gesagt, dass er mir erzählen soll, was sie zu ihm gesagt haben. Ich wusste nicht, was ich tun oder sagen sollte. Er sagte: „Mein Name ist Joseph, jeder kann wissen, dass ich Jude bin.“ Ich habe zu ihm gesagt: In einer Woche wirst du das Problem nicht mehr haben, denn wir gehen nach Israel und du kannst deine Religion dort so leben, wie es dir gefällt. Das war einer der Gründe, warum wir Frankreich verlassen haben: Wir konnten dort nicht leben, wie wir wollten. Dabei ist Frankreich eigentlich das Symbol des Zusammenlebens, jeder mit allen zusammen. In den Vereinigten Staaten gibt es Ghettos. Aber in Frankreich haben wir immer alle zusammengelebt. Ich erinnere mich, wie ich als Kind mit meinen Großeltern auf der Straße war und wir alle zusammen gespielt haben, zusammen mit Muslimen und Christen, kein Problem. Heute geht das nicht mehr. Es gibt mehr und mehr Ghettos, und jeder lebt mit Leuten zusammen, die so aussehen wie er selbst. Das, was wir früher *laïcité* [Laizismus] nannten, war nicht das, was Frankreich heutzutage ist.

Aber woran liegt das? An der Zahl der muslimischen Zuwanderer? An der Schwäche der Mehrheitsgesellschaft oder an der

Radikalisierung?

Ich denke, schuld ist vor allem die Radikalisierung. Die ersten Einwanderer kamen in den 1960er Jahren. Sie kamen, um zu arbeiten. Mit diesen Leuten gab es keine Probleme. Aber mit ihren Kindern gibt es Probleme. Sie leben in Gegenden, die nicht unbedingt hübsch sind, wissen manchmal nichts mit sich anzufangen, ihre Eltern hatten immer sehr viel zu tun, haben hart gearbeitet und waren oft nicht zu Hause, um ihren Kindern zu helfen. Ich denke, salafis-



„In Frankreich teilen wir Werte, aber diese Leute meinen, dass wir ihre Werte teilen müssten.“



tische Imame geben diesen jungen Leuten das Gefühl, für sie da zu sein und ihnen Liebe zu geben. So werden sie Schritt für Schritt radikalisiert. Die heutigen Einwanderer sind nicht das Problem – sie werden es in der Zukunft. Wir wissen nicht, wer da kommt und ob Terroristen darunter sind. Doch die Ursachen der Probleme von heute liegen in der Vergangenheit.

Wie fühlen Sie sich persönlich hier? Ist es ein Gefühl der Erleichterung oder des Glücks? Welchen Unterschied gibt es zwischen dem letzten Juli, August und jetzt?

Es ist ein anderes Leben. Es ist ein anderes Leben, und ich danke Gott jeden Tag dafür, dass ich hier bin. Mindestens einmal in der Woche weine ich vor Glück, weil ich hier sicher bin; ich kann spätabends aus dem Haus gehen, meine Kinder können frei leben, wir können ohne Probleme jüdisch sein, wir können überall koscher essen. Wir fühlen, dass wir Teil eines Landes sind, Teil eines Volkes. Jeder denkt an die anderen und ist für sie da, und ich bin sehr glücklich, das zu fühlen. Als wir ein kleines Problem in unserer Wohnung hatten und

einen Nachbarn fragten, kamen fünf, um uns zu helfen. Das jüdische Volk ist ein sehr besonderes Volk. Ich habe nicht einmal ein Wort, um zu erklären, wie glücklich ich bin, hier zu sein.

Was für Leuten begegnen Sie hier in der Sprachschule?

Ich treffe Franzosen, sehr nette; in unserer Klasse gibt es eine Dänin, die auch sehr nett ist. Da sind Russen. In dem Gebäude, wo wir wohnen, ist auf jeder Etage eine andere Nationalität. Mein Nachbar ist Ame-

rikaner, wir unterhalten uns auf Englisch. Ein anderer kommt aus Mexiko, wir reden Spanisch miteinander. Es sind also Juden von überall, aber wir alle sind jüdisch. Ob religiös oder nicht religiös – das ist nicht wichtig. Wir sind jüdisch, wir teilen einige Werte und wir lieben einander. In meiner Klasse sind 95 Prozent Franzosen. Am Anfang haben wir die anderen nicht verstanden, wenn sie Hebräisch mit einem anderen Akzent gesprochen haben. Mittlerweile können wir hören, wer aus Russland und wer aus der Ukraine kommt. Es ist ein Glück, mit Menschen aus so vielen Ländern gemeinsam zu lernen. Es ist eine wunderbare Erfahrung. So etwas passiert einem nur einmal im ganzen Leben.

Kommen die meisten Sprachschüler aus Europa?

Die meisten an dieser Schule sind aus Frankreich, denn Netanya ist eine französische Stadt. Anderswo kommen sie aus vielen Ländern. Wir haben Freunde aus Venezuela. Hier sind es vor allem Europäer, doch in ganz Israel gibt es Juden von überall.

Was prognostizieren Sie, wie es den Juden in Frankreich in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren ergehen wird?

Ich habe große Angst. Von Natur aus bin ich eine Optimistin. Doch jeden Tag sage ich meiner Schwester, die noch in Frankreich lebt, dass ich Angst um ihre Tochter habe. Jetzt ist ihre Tochter erst vier Monate alt, doch in zwei oder drei Jahren wird meine Schwester das spüren, was ich gefühlt habe. Ich mache mir Sorgen um die Schulen. Es ist schmerzlich, sich Frankreich und Frankreichs Juden in 20 Jahren vorzustellen. Die Synagogen werden leer sein, Schulen werden schließen müssen. In einigen Städten wird es keine Juden mehr geben. Die Juden sind ein Teil der Geschichte Frankreichs. Es ist, als würde ein Teil der französischen Geschichte ausgelöscht, und das ist schmerzhaft. Es ist ja auch nicht leicht, alles zurückzulassen und nach Israel zu kommen. Wir haben das zehn Jahre lang nicht gemacht, weil ich Angst davor hatte, die Familie und alles zurückzulassen. Doch wir mussten das tun. Die Leute haben Angst davor, zu kommen, denn jeder weiß, dass das Leben in Israel nicht einfach ist, in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch ich denke, in 20 Jahren werden die Juden Frankreich genauso verlassen müssen, wie unsere Großeltern einst Algerien, Marokko und Tunesien verlassen mussten, mit nichts. Wenn es so weitergeht, werden sie es müssen. Es ist schmerzlich, das zu begreifen. Es gibt in Frankreich auch historische Monumente der jüdischen Geschichte. Was wird aus ihnen werden, was wird aus den Synagogen und den jüdischen Friedhöfen? Ich habe Angst. Es ist ein richtiger Schmerz, sich vorzustellen, dass das Land, wo ich gelebt habe und glücklich gewesen bin, sich in ein Land verwandelt, das wir nicht einmal während der Feiertage besuchen können.

Zuerst erschienen auf www.audiatour-online.ch

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Der Golan bleibt israelisch

Die USA erkennen nach 52 Jahren die Souveränität des Staates Israel über die strategisch wichtigen Golanhöhen an – Heiko Maas widerspricht.



Von Thomas Eppinger

Trump unterzeichnet die Erklärung zur Anerkennung der israelischen Souveränität

Auf eines ist so gut wie immer Verlass: Wenn sich die Welt um den Nahen Osten sorgt und sich über das dortige Geschehen empört, dann gilt die Sorge nicht der Sicherheit Israels und die Empörung nicht den Angriffen auf seine Bürger. Vielmehr empört man sich, wenn Israel politisch gestärkt wird, und sorgt sich, wenn der jüdische Staat sich wehrt. So war es, als der ehemalige österreichische Bundespräsident Heinz Fischer so „traurig und zornig“ über die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem war, dass er wutentbrannt in die Tasten griff, und so ist es heute, wenn sich die Welt empört, weil Donald Trump Israels Souveränität über die Golan-Höhen anerkennt. Dass gestern Nacht im Sekundentakt Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel niedergingen, besorgt oder gar empört außerhalb Israels niemanden. Exemplarisch dazu der Bericht auf ORF Online, der mit diesem Absatz beginnt:

„Streit um Golan. Sorge und Empörung nach Trump-Dekret

US-Präsident Donald Trump hat am Montag wie angekündigt formell Israels Souveränität über die Golanhöhen anerkannt. Die Unterzeichnung des Dekrets erfolgte während eines Besuchs von Israels Premier Benjamin Netanyahu im Weißen Haus. Netanyahu befindet sich mitten im Wahlkampf – und einer militärischen Eskalation: Israel flog am Montag Luftangriffe im Gazastreifen.“

Man beachte den Doppelpunkt: Für den ORF beginnt die militärische Eskalation mit israelischen Luftangriffen, nicht mit Raketen aus dem Gazastreifen. Wo so viel Objektivität und Sachverstand zuhause sind, kann es schon mal passieren,

dass ein unterbezahlter Online-Redakteur ganz Israel für eine „Siedlung“ hält:

„Angriffe auf den Gazastreifen
Israel flog am Montag Vergeltungsschläge im Gazastreifen. Zuvor hatte eine Rakete ein Siedlungshaus in Israel getroffen.“

Zur Erinnerung: Das „Siedlungshaus“ steht in Mishmeret, einer kleinen Ortschaft nördlich von Tel Aviv, mitten in Israel. Es wurde von einer Rakete getroffen, die aus 120 Kilometern Entfernung in Rafah abgefeuert worden war. Sieben Menschen wurden verletzt, darunter ein Baby, ein drei Jahre alter Junge und ein 12-jähriges Mädchen. Das bei dem Angriff schwer beschädigte Haus gehört britisch-israelischen Doppelstaatsbürgern aus London, der Familie Wolf. Robert Wolf sagte, dass er mit seiner Frau Susan, seinem Sohn, seiner Schwiegertochter und seinen Enkelkindern zu Hause gewesen sei, als die Rakete einschlug: „Ich habe beinahe meine Familie verloren. Wenn wir nicht rechtzeitig zum Luftschutzbunker gekommen wären, würde ich jetzt meine ganze Familie begraben.“

Inzwischen hat der ORF den Eintrag korrigiert und aus dem „Siedlungshaus“ ein „Haus“ gemacht. Unverändert blieb die Formulierung, Netanyahu habe nach dem Treffer „Vergeltung angekündigt“. In Wirklichkeit sagte er, „we will respond with force“. Nun kann man „to respond“ mit allen möglichen Varianten von „antworten“ übersetzen, „Vergeltung üben“ gehört freilich nicht dazu. Und obwohl der ORF den Satz Netanjahus in einem anderen Beitrag korrekt übersetzt – „Es gab hier einen böartigen Angriff auf den Staat Israel, und wir werden mit Nachdruck reagieren“ – darf die Formulierung „Vergeltung üben“ in keinem Beitrag fehlen. Ohne das Bild vom

rachsüchtigen Juden geht es einfach nicht, ob man es nun mit „Vergeltung“ malt oder mit „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ – ein Wunder, dass die „Gewaltspirale“ nicht vorkommt. Vielleicht habe ich die aber auch nur übersehen.

Ausgerechnet Russland und die Türkei sorgen sich um Recht und Frieden

Immerhin erfährt der geneigte Leser auch, wer sich alles über Donald Trumps Dekret empört. Syrien zum Beispiel habe die Entscheidung einen „abscheulichen Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität Syriens“ genannt, der Beschluss des US-Präsidenten sei der höchste Grad an Missachtung und ein Schlag gegen die internationale Gemeinschaft. Nun, nach Giftgas und Fassbomben auf die eigene Bevölkerung, einer halben Million Toten und sechs Millionen Flüchtlingen hat Assad zweifellos eine gewisse Expertise darin, was ein „Schlag gegen die gegen die internationale Gemeinschaft“ ist. Bleibt nur die Frage, was er mit „territorialer Integrität Syriens“ gemeint haben könnte.

Rührend auch die Sorge Russlands, „dass diese Entscheidung ... die Lage in der Region insgesamt verschärft“. Der russische Außenminister Sergej Lawrow habe seinen US-Kollegen Mike Pompeo am Telefon vor einer „schweren Verletzung des internationalen Rechts“ gewarnt. Also ich wäre als amerikanischer Außenminister nach dieser Warnung sicher total geknickt gewesen, um nicht zu sagen moralisch tief getroffen. Schließlich zeigt Russland in der Ukraine vorbildlich, wie man internationales Recht umsetzt, da hätte man sich doch ein Beispiel nehmen und am Golan wenigstens ein Referendum abhalten können.

Erdogans Sprecher Ibrahim Kalin schließlich twitterte, dass diese Entscheidung und die Tatsache, dass Israel zugleich den Gazastreifen bombardiere, Ausdruck einer „friedensfeindlichen“ Gesinnung sei. „Von wem auch immer das unterstützt wird, die Besetzungs- und Kriegspolitik ist nicht legitim und unmenschlich.“ Gute Beweisführung, zugegeben. Kaum schickt man als kleine Geste der Völkerverständigung eine Rakete, zeigt der Adressat seine friedensfeindliche Gesinnung. Ich finde das auch empörend und google zur Beruhigung „türkei+kurden+syrien“, um mich mit der türkischen Friedenspolitik zu trösten.

Wenn Israel an der Gewaltspirale dreht und Donald Trump den Nahostfrieden gefährdet, ist es gut, wenn wenigstens Einer kühlen Kopf bewahrt. Wer, wenn nicht er: Heiko Maas, der deutsche Außenminister, der wegen Auschwitz in die Politik gegangen ist. Wer könnte mehr um die Sicherheit Israels besorgt sein, die ja bekanntlich deutsche Staatsräson ist. Und tatsächlich: „Heiko Maas erkennt die Sicherheitsinteressen Israels auf den annektierten Golanhöhen an“. Da haben die Israelis noch mal Glück gehabt. Und ebenso konsequent wie folgerichtig lehnt Maas die völkerrechtliche Anerkennung der Annexion ab, weil einseitige Schritte eine Konfliktlösung erschweren.

Wer jetzt verwirrt ist, kennt die Prinzipien der europäischen Nahostpolitik nicht: Wenn die USA Israel politisch den Rücken stärken, erschwert das die Konfliktlösung, wenn iranische Raketen an der Grenze zu Syrien auf Israel zielen, macht das nichts. Muss man nicht verstehen, ist einfach so. Nicht nur in Deutschland.

Zuerst erschienen auf
www.schlaglichter.at

Die zynische Empathielosigkeit der „taz“ und die Raketen auf Israel

Die Sorgen und Nöte der Kibbuz-Bewohner nahe der Gaza-Grenze bezeichnet das Hausblatt der Grünen als eine Sache, mit der man sich „arrangieren“ könne.

Von Alexandra Margalith

Gestern kamen sie wieder zu Hauf, die Liebesgrüße aus Gaza. Ganze 60 Raketen an der Zahl sorgten dafür, dass die Einwohner im Süden von Israel eine weitere Nacht in ihren Bunkern verbringen mussten. Ein Haus in Sderot erlitt einen direkten Treffer. Verletzt wurde dabei zum Glück niemand. Wären die Bewohner um einige Sekunden langsamer gewesen und nicht rechtzeitig in den Bunker gekommen, hätte man heute im ganzen Land um sie trauern müssen.

Nur einen Tag zuvor traf eine iranische Fajr-Rakete ein Haus bei Tel Aviv. Dabei wurden sieben Menschen verletzt, darunter zwei Kinder.

Dieses Ereignis nimmt Frau Susanne Knaul zum Anlass, in der „taz“ einen Artikel zu veröffentlichen, in welchem sie klar und deutlich darauf hinweist, dass der Raketenbeschuss auf Tel Aviv keine Reaktion auf Israel sei, sondern „ein durchsichtiger Versuch der Hamas, von ihren innenpolitischen Problemen abzulenken“, nämlich den massiven Demonstrationen der Bevölkerung von Gaza gegen die Hamas und den steigenden Unmut, der sich nicht gegen Israel sondern die eigene Regierung richtet. Ein guter Ansatz von Frau Knaul.

Beschämend, man will fast sagen widerlich, ist allerdings folgender Textteil:

Mit den Raketen auf die grenznahen israelischen Ortschaften kann man sich arrangieren. Öffentliche Gebäude sind sicher konstruiert, die Bevölkerung ist geschützt, erhält Steuervergünstigungen und ist die seit Jahren aufheulenden Sirenen gewohnt. Die palästinensischen Attacken auf Tel Aviv treffen dagegen das Nervenzentrum des Landes, und sie treffen ahnungslos schlafende Familien.“

Es mag ja sein, dass Frau Knaul sich mit den Raketen auf den Süden Israels arrangieren kann, aber was sagen die Menschen, die es betrifft? Ich habe mit einem davon gesprochen und nachgefragt.

Genauer gesagt, mit Aya, meiner Cousine, gerade im siebten Monat schwanger. Sie ist 38 Jahre alt und lebt mit ihrem Mann und ihren Kindern, zehn und sieben Jahre alt, im Kibbuz Nir Yitzhak, einige Kilometer entfernt von der Grenze zum Gazastreifen. Aya stammt aus Rishon LeZion, ihr Mann Erez aus Haifa im Norden. Vor ihrem Umzug in den Kibbuz lebten sie in Rechovot, etwa 30 Kilometer südlich von Tel Aviv, in einer großen und hellen Wohnung, finanziell gut gesichert.

Warum also der Umzug in die Nähe von Gaza?

Aya erzählt, dass sie das Stadtleben für sich und ihre Kinder nicht wollten. Sie wollten ein gutes Umfeld für die Kinder, eine Gemeinschaft, in der man die guten wie auch die schlechten Zeiten zusammen erlebt und durchsteht. Eine Gemeinschaft, die die Kinder in das Leben der Erwachsenen integriert.

Sie berichtet von einem Unfall, den ihr Mann hatte, und noch ehe sie überhaupt davon erfahren hatte, standen die Nachbarn schon vor ihrer Tür, die ihr die Kinder abnahmen, schon mit dem Krankenhaus gesprochen und ihr alles abgenommen hatten, damit sie zu Erez ins Krankenhaus fahren konnte.

Kibbuz Nir Itzhak hat ein ausgezeichnetes Lehr- und Erziehungsprogramm, das über die Stunden in den Unterrichtsräumen hinausgeht. Das Leben dort ist auf die



Helfer im israelischen Sderot besichtigen Schäden, die eine Hamas-Rakete angerichtet hat.

Liebe zu Mensch und Natur ausgerichtet. Kinder werden angehalten, in der Früh aufzustehen, um noch vor der Schule bei jedem Wetter zunächst die Tiere im Kibbuz zu versorgen. Dadurch werden den Kindern Werte vermittelt wie Pflichtbewusstsein und Empathie für Mensch und Tier.

Die Kinder lernen auf natürliche Weise über den Kreislauf des Lebens, von Verantwortung für sich und andere, darüber, der Gesellschaft etwas zurückzugeben und mehr. Sie werden angeregt, Fragen zu stellen und die Antworten, die sie erhalten, sind niemals abschließend, sondern lassen Raum für Interpretation und weitere Fragen.

Während sie erzählt, kann ich am anderen Ende der Leitung beinahe das breite Lächeln auf ihrem Gesicht sehen. Und so erklärt sie mir weiter, dass die Kinder im Kibbuz dazu erzogen werden, gute Menschen zu sein, solche, die verstehen, dass es auch auf der anderen Seite des Zauns Kinder gibt, und dass diese sich, wenn es draußen knallt und kracht, ebenso fürchten wie sie selbst. Damit sie das bei all ihrer Angst nicht vergessen.

Die Kinder im Kibbuz werden dazu erzogen, den Frieden zu suchen und so wird es ihnen zu Hause wie auch im gesamten Kibbuz vorgelebt.

„Du beschreibst das Leben fast wie ein Paradies“, sage ich zu ihr. Sie lacht. Aber dann wird sie nachdenklich. Laut Aya sind 90 % des Lebens dort tatsächlich paradiesisch. Aber es gibt diese verdammten 10 % der Hölle. Diese Hölle bricht innerhalb von Sekunden los und kann dann innerhalb weniger Minuten wieder vergehen.

Oder es dauert Stunden. Oder Tage. Man weiß es vorher nicht.

Trotz dieser immerzu drohenden Hölle lieben die Kinder das Leben im Kibbuz. Bislang hatten sie immer verweigert, in Zeiten von dauerhaftem Beschuss zu den Großeltern zu fahren. Wenn draußen die Sirenen heulen und sie zusammen im Bunker sitzen, erklären die Eltern den Kindern, dass sie wenigstens alle zusammen sind und sie den Kindern immer geben wer-

den, was sie brauchen. Dass sie zusammen auf bessere Zeiten hoffen. Alle Eltern dort sprechen so zu ihren Kindern.

Ayas Kinder wissen, dass die Familie den Kibbuz auch wieder verlassen kann, wenn sie dieses Leben nicht mehr möchten. Aber die Kinder wollen bleiben. Sie wollen bei ihren Freunden bleiben, bei den Tieren, bei ihrem Schwimmbad. Sie wollen den Zusammenhalt der Gemeinschaft, die gemeinsamen Feiertage, die Natur und die gute Luft, die Schule, die sie lieben und ja, auch die Momente der Stille. Dann, wenn die Sirenen nicht mehr heulen. Dann, wenn sie wieder raus dürfen, um zu nachzusehen, wie es den Pferden geht.

Der Kibbuz hat einen Stall mit Therapiepferden

Für die Kinder gehören sie einfach nur zum Kibbuz. Aber er ist ein integraler Bestandteil des dortigen Lehrprogramms. Alle Kinder, die dort leben, sind mehrfach in der Woche dort. Jede Jahrgangsstufe übernimmt an einem Tag in der Woche Aufgaben. Je nach Alter werden die Tiere versorgt, die Boxen gemistet, die Pferde gefüttert und getränkt, geduscht und gestriegelt. Die Älteren unter ihnen bekommen Reitunterricht und weisen die Jüngeren in ihre Aufgaben ein. So entsteht ein enger Zusammenhalt.

Ohne dass die Kinder es merken, tragen diese Pferde einen immensen therapeutischen Beitrag zu ihrem Leben bei. Ayas Sohn hat Schlafstörungen. Die kleine Tochter Konzentrationsschwierigkeiten. Viele Kinder im Kibbuz leiden unter diversen Störungen. Bei aller Liebe zum Leben im Kibbuz, die ständige Bedrohung hinterlässt Spuren.

Gerade der Stall macht Aya und dem Kibbuz dieser Tage große Sorgen. Weil die Menschen aus der Umgebung seit der Bedrohung durch Feuer nicht mehr so tief in den Süden fahren, sind etliche der Reitstunden ausgefallen. Die Kosten für Wasser steigen, Heu für die Pferde ist verbrannt und muss neu beschafft und bezahlt werden.

Der Stall steht vor dem finanziellen Aus und somit vor seiner Schließung. Der Kibbuzvorstand bemüht sich so gut er kann, die Mittel für den Unterhalt der Pferde aufzutreiben. Aber inzwischen ist er dafür auf dringende Spenden angewiesen.

Mit 30.000 Euro wäre die Existenz für ein weiteres Jahr gesichert. Dieses Geld fehlt leider an allen Ecken und Enden.

Nachdem ich mich von Aya verabschiedet habe, die wieder in den Bunker musste, muss ich leider sagen, nein, Frau Knaul, man kann sich mit Dauerbedrohungen nicht arrangieren.

Man gewöhnt sich weder an plötzlich aufheulende Sirenen noch an das Getöse der Kampfflugzeuge. Man gewöhnt sich auch nicht daran, wenn man wieder aus dem Haus geht, zuerst alles nach Schäden abzusuchen oder Raketenteile zu sichern, damit sich niemand daran verletzt. Man gewöhnt sich nicht an die Rauchschwaden und man gewöhnt sich nicht daran, sich immer zu vergewissern, innerhalb von 15 Sekunden einen Bunker erreichen zu können, egal, ob man draußen spielt, Blumen pflückt, duscht oder beim Abendessen sitzt.

Und nein, Frau Knaul, man ist auch nicht wegen Steuervergünstigungen dort. Die Menschen, deren Felder und Existenz das gesamte letzte Jahr von Feuerdrachen abgefackelt wurden, haben wesentlich mehr verloren als durch eine Steuerersparnis gewonnen.

Diese Menschen haben andere Gründe, in der Nähe von Gaza zu leben und Raketenbeschuss ist nichts, woran man gewöhnt ist, sein will oder sich gewöhnen müssen sollte.

Vielleicht fahren Sie mal für ein paar Tage nach Nir Yitzhak, Frau Knaul, um zu verstehen, dass das einfach der Preis ist, den diese Menschen zu zahlen gezwungen sind, damit sie ihren Kindern eine gute Erziehung und eine Vorbereitung auf ein besseres Leben angedeihen lassen können, für welches sie bereit sind, gewisse Opfer zu erbringen. Oder vielleicht spenden Sie einfach für den Unterhalt der Pferde.

Mein bewegtes Jahr in Israel

Eine Abiturientin aus einer bayerischen Bauernfamilie berichtet von ihren positiven Erlebnissen während und ihrer Motivation für den Freiwilligendienst im jüdischen Staat

Von Daniela Stemmer

Meine Geschichte mit Israel begann mit einem Austauschprojekt an meiner Schule: Daran nahmen die Bigbands meines Gymnasiums in Augsburg und die Highschool des Kibbutz Ma'agan Micha'el teil.

Dort habe ich zum ersten Mal junge Israelis in meinem Alter getroffen. Im Juli 2015 kamen sie für eine Woche nach Augsburg. Wir sprachen damals alle kein besonders gutes Englisch, aber die Musik hat uns sofort verbunden. Wir haben uns alle gegenseitig sehr schnell ins Herz geschlossen und eine wunderschöne Zeit zusammen verbracht. Nach sehr langem Warten durften wir im März 2016 dann endlich nach Israel fliegen. Wir wohnten eine Woche lang bei Gastfamilien und gingen im Kibbutz zur Schule. Ich sage spaßeshalber immer, dass ich mich zuerst in die Israelis und dann in das Land Israel verliebt habe. Die Freundschaften halten bis heute.

Meine israelischen Freunde haben mir gezeigt, dass Antisemitismus und Judenhass leider nicht der Vergangenheit angehören, sondern vor allem jetzt gerade in Europa wieder stärker werden. Früher war ich dafür blind. Auch in unserer „Friedensstadt“ Augsburg sind Hakenkreuz-Schmierereien an Hauswänden zu finden. Man sieht sie allerdings nur dann, wenn man darauf achtet. Wenn man es nicht sehen möchte, dann sieht man es auch nicht.

Ich war nach diesem Austausch fest entschlossen, dass wenn ich eine Auszeit nach der Schule nehme, dies nur in Israel machen werden und mit Überlebenden des Holocausts zusammenarbeiten möchte.

Ich habe bald darauf angefangen zu recherchieren und bin im Internet schließlich auf die Organisation „Aktion Sühnezeichen Friedendienste“ gestoßen. Da ASF die einzige deutsche Organisation ist, die auf diesem Gebiet tätig ist, habe ich mich dort beworben.

Nun wundern sich viele, warum ein 18-jähriges Mädchen aus Deutschland so sehr für den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg interessiert. Ich wurde auch schon gefragt, ob ich einen Schuldkomplex habe, da ich bei einer Organisation, die das Wort „Sühnezeichen“ im Namen trägt, einen Freiwilligendienst leiste.

„Das ist doch ein alter Hut, mehr als 70 Jahre sind schon vergangen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, es muss doch mal Schluss sein!“, denken viele, „und überhaupt – fahren junge Leute heutzutage doch sowieso nach Australien oder Afrika.“ Was also habe ich in Israel verloren?

Fünf tote Wehrmachtssoldaten

Alle Freiwilligen von ASF gehen mit unterschiedlichen Motivationen an einen Freiwilligendienst, bei manchen ist es der Wunsch etwas Neues kennenzulernen und mal ein Jahr von Zuhause weg zu sein, bei anderen – wie in meinem Fall – ist es eine persönliche Geschichte.

In meiner Familie ist der Zweite Weltkrieg immer noch ein sehr präsent Thema.

Meine Eltern sind Landwirte, wie auch schon meine Großeltern und Ur-



Die Autorin steht in der Mitte rechts von Präsident Rivlin.

großeltern. Ich bin auf dem Hof aufgewachsen, auf dem meine Familie schon seit Generationen lebt, in dem Haus, das mein Großvater gebaut hat. Meine Großeltern mütterlicherseits

schwister meines Großvaters lernte ich noch kennen, sie waren für mich eine Art Ersatzgroßeltern. Alle fünf Brüder meines Großvaters wurden im Zweiten Weltkrieg zur Wehrmacht eingezogen,

ein Unteroffizier, wurde am 29. Januar 1945 in Polen noch von der SS wegen „Fahnenflucht“ erschossen. Meine Mutter hat meinen ältesten Bruder nach ihm benannt.

Niemand in meiner Familie war Mitglied der NSDAP, wir hatten jüdische Freunde, von denen die meisten im Konzentrationslager Dachau ermordet wurden. Ich weiß, dass der letzte Holocaustüberlebende meine Familie besuchte, als ich noch ein Baby war. Auch meine Großmutter väterlicherseits erzählte mir oft vom Krieg. Mein Großonkel konnte nicht darüber sprechen, denn er hat sein Kriegstrauma nie überwunden – er ist inzwischen auch schon verstorben. Dafür aber halte ich Kontakt mit seinem besten Freund und damaligen Kameraden Martin Ochs. Sein Vater war damals der einzige Landwirt auf dem Dorf, der sich geweigert hat die Nazi-Flagge zu hissen. Für ihn ist es sehr wichtig zu berichten, was damals war, seine Erlebnisse aus dem Krieg hat er in einem Buch niedergeschrieben und mir gegeben. Als ich ihm von „Aktion Sühnezeichen“ erzählte, war er sehr berührt und sagte „Oh wie soll man denn das nur wiedergutmachen, was wir damals angerichtet haben.“

Es ist mir ein großes Anliegen die Geschichten weiterzutragen und das Geschehene nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Verwandte wurden Opfer der Mudschaheddin in Afghanistan

Und dann gibt es noch Ruth und Rolf Truxa, ein Lehrerehepaar aus der Verwandtschaft meiner Mutter, das in der deutschen Schule in Kabul unterrichtete. Im September 1979, vor dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan, wurden sie von Mudschaheddin erschossen, da man sie für sowjetische Spione hielt.

Wegen dieser Ereignisse und der Geschichte meiner Familie fühle ich mich oft den jungen Israelis viel näher als gleichaltrigen Deutschen.



Ein Ausflug in den trockenen Süden des Landes darf nicht fehlen.

habe ich selbst aber nie kennengelernt, da sie schon lange vor meiner Geburt verstorben sind. Nur die jüngsten Ge-

doch nur der Jüngste, mein Großonkel Christoph, überlebte als schwer Kriegsversehrt. Einer seiner Brüder, Martin,

Jetzt lebe ich in Jerusalem und arbeite dort in einem Kombiprojekt. Mein Hauptprojekt ist das Beit Ben-Yehuda und ansonsten bin ich bei Irgun Jozej Merkas Europa Jerusalem, einer Organisation für aus Mitteleuropa stammende Israelis.

Das Beit Ben-Yehuda ist die Landeszentrale von ASF in Israel, dort bin ich hauptsächlich im Büro beschäftigt, mache Öffentlichkeitsarbeit und helfe bei der Organisation von Veranstaltungen.

Der Alltag bei der ASF

Im Rahmen von Irgun besuche ich jede Woche vier Senioren, drei Frauen und einen Mann. Sie alle sind deutschsprachige Jeckes im Alter von 85 bis fast 98 Jahren mit sehr besonderen Lebensläufen. Bei ihnen zu Hause sitzen wir dann meistens bei Kaffee und Tee und unterhalten uns. Es gibt keine Tabuthemen, doch es geht nicht immer nur um den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust. Wir reden über alles Mögliche, von alten Filmen, Musik, Politik, über vergangene Liebesgeschichten und das Wetter. Keiner der Menschen, die ich besuche, war in einem Konzentrationslager inhaftiert. Jedoch mussten sie fliehen und manche haben ihre gesamte Familie und viele Freunde in der Schoah verloren.

Dr. Uri Lovental ist mit 85 Jahren der Jüngste, sein Großvater war der angesehenste Arzt Braunschweigs und floh bereits mit der ganzen Familie 1935 ins britische Mandatsgebiet Palästina. Uri wuchs in einem deutschen Kibbutz auf und war Pilot in der israelischen Armee. Ein Absturz, den er schwerstverletzt überlebte, machte ihn berühmt in ganz Israel. Ein christlicher Araber rettete ihm das Leben, da er ihn als Erster fand und Erste Hilfe leistete. Sie blieben ein Leben lang Freunde. Später arbeitete er als Arzt und Psychoanalytiker in der Psychatrie.

Marianne Karmon wurde in Berlin geboren und ist mit fast 98 Jahren die älteste Frau, die ich je kennengelernt habe. Sie reiste viel in ihrem Leben und setzte sich schon in den 1960er Jahren für den Austausch zwischen Deutschen und Israelis ein, wofür sie zweimal das Bundesverdienstkreuz verliehen bekam.

Eine andere Frau, Heddy, kam aus Czernowitz in der heutigen Ukraine. Sie überlebte den Holocaust in Rumänien. Bevor sie mit ihrem Mann 1949 nach Israel einreisen konnte, musste sie zwei Jahre lang in einem Flüchtlingslager auf Zypern ausharren.

Judith wurde in Frankfurt geboren und floh 1939 mit der zionistischen Jugend nach Britisch-Palästina und lebte dort in einem Kibbutz. Sie war in der britischen Armee und später Soldatin in der IDF.

Wegen dieser unterschiedlichen Lebensgeschichten geht der Gesprächsstoff natürlich nie aus.

Ich habe immer das Gefühl aus ihren Geschichten lernen zu können. Selbstverständlich spreche ich mit allen ausschließlich deutsch.

Ich wurde in Israel bis jetzt immer und überall äußerst herzlich empfangen, nie bin ich als Deutsche auf Ablehnung gestoßen. Im Gegenteil – die Menschen freuen sich sehr über das Engagement von uns Freiwilligen.

Für mich selbst ist Israel inzwischen zu einer zweiten Heimat geworden. Der Staat Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten und das Existenzrecht Israels ist für mich indiskutabel. Ich bin Zionistin und auch vor einem Jahr der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Augsburg beigetreten, um mich stärker



Eine Bayerin im Amtssitz des israelischen Präsidenten.

zu engagieren. Hinzu kommt, dass fast alle meine israelischen Freunde und ehemaligen Austauschpartner mittlerweile in der IDF dienen. Das alles macht mir klar, wie vielschichtig und kompliziert der Konflikt zwischen Israel und den Arabern ist. Doch es geht auch friedlich – in meinem Hauptprojekt z.B., dem Beit Ben-Yehuda arbeiten wir alle – Juden, Araber und wir Freiwillige – als Team hervorragend zusammen.

Bei einem Länderseminar der ASF-Freiwilligen gab es einen Musikworkshop mit dem populären israelischen Sänger Hanan Yuvel, der unter anderem auch ein Bekannter des israelischen Präsidenten Rivlin ist.

Dort präsentierte er den Freiwilligen die unterschiedlichen Einflüsse der Musik in der israelischen Gesellschaft. Er war außerordentlich überrascht davon, dass er von der Arbeit, die „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ im Land leistet, noch nichts mitbekommen hatte. Er meinte, dass solch eine Arbeit doch unbedingt gehrt werden müsse.

Hanan Yuvel war dann derjenige, der die Initiative ergriff, zusammen mit unserem Landesbeauftragten von ASF einen Brief an den Präsidenten zu schreiben.

Brief an Präsident Rivlin

Als wir schließlich nach einem Termin für eine Begegnung suchten, erschien uns der internationale Holocaustgedenktag am 27. Januar passend.

„Wir Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere

unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet; Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns Überlebenden das nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern (...).

Des zum Zeichen bitten wir die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, dass sie uns

erlauben, mit unseren Händen und mit unseren Mitteln in ihrem Land etwas Gutes zu tun.“

Dieses Zitat ist von Lothar Kreyssig und stammt aus dem Gründungsauftrag von der ASF.

Auch heute, 70 Jahre später, fasst dieses Zitat die Motivation von ASF noch sehr gut zusammen.

Mit diesem Satz begann unsere Eröffnungsrede am Internationalen Holocaustgedenktag bei Präsident Rivlin, die ich zusammen mit meiner Mitfreiwilligen Annika Finken im Namen von ASF halten durfte.

Wir erzählten von der Gründung von ASF und unserer Motivation, den Friedensdienst zu leisten und von besonderen Erlebnissen in unserem Alltag mit den Holocaustüberlebenden.

Wir stehen auch heute noch für Verantwortung ein und wollen mit unseren Aktionen ein Zeichen setzen.

Wir Jungen sind eine neue Generation. Wir haben keine Schuld daran, was vor über 70 Jahren geschehen ist. Es ist jedoch unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass es nicht in Vergessenheit gerät und nie wieder geschieht.

Die merkwürdige Renaissance sowjetischer Filme in Hollywood

Die ehemalige Traumfabrik hat heute einen riesigen Anteil daran sozialistische Ideen im Westen salonfähig zu machen.

Von Julia Latynina

Anfang März wurde im US-amerikanischen Maryland die 47. Jahreskonferenz der konservativen politischen Aktivisten (CPAC) durchgeführt, an der traditionell Hunderte von Politikern, konservativen Aktivisten, Journalisten und Bloggern teilnahmen. In diesem Jahr war das Hauptthema der CPAC die Konfrontation mit dem Sozialismus im globalen Sinne des Wortes. Die meisten Redner sprachen von hochkarätigen sozialistischen Initiativen, wie Medicare for All und dem New Green Deal. Die Verlegerin Candace Owens betonte, dass die Politik der Demokratischen Partei die Vereinigten Staaten zu einem Abbild von Venezuela machen würde. Interessanterweise waren unter den Referenten viele junge, konservative Geschäftsleute aus den Minderheiten der Afro- und Hispanoamerikaner.

Vizepräsident Mike Pence betonte in seiner Rede: „Amerika basierte auf einer einfachen Idee – der Idee der Freiheit. Die Freiheit funktioniert. Wir besitzen den Mut, unsere Freiheit zu verteidigen. Amerika wird immer frei sein, und wird nie sozialistisch werden.“ Pences Worte wurden mit Beifall aufgenommen.

Radikale Ideen der Demokraten machen Trumps Wiederwahl wahrscheinlicher

Am letzten Tag des Forums nahm auch Donald Trump teil. Er kommentierte mit Ironie die jüngsten Initiativen der Demokraten und riet ihnen, solche radikalen Ideen weiterhin noch aktiver zu fördern, denn sie werden es ihm nur erleichtern, für eine zweite Amtszeit wiedergewählt zu werden.

Einige Tage vor dem CPAC fand ein anderes Ereignis statt, welches den Grad der Gefahr deutlich widerspiegelt, worüber auch die Teilnehmer in Maryland gesprochen haben.

Am 25. Mai 1936 fand in der UdSSR die Premiere des Films „Zirkus“ mit Ljubov Orlova in der Hauptrolle statt. Ihre Heldin, die amerikanische Künstlerin Marion Dixon, hatte ein schreckliches Geheimnis – ein schwarzes Kind, gespielt vom Sohn eines amerikanischen Kommunisten, der in die UdSSR floh. Und in diesem Film, der 1936 gedreht wurde, ging es unter anderem auch um den schrecklichen amerikanischen Rassismus.

The Green Book

So erhielt dieses Streifen kürzlich einen „Oscar“. Allerdings mit einer etwas anderen Geschichte: Es reisen ein schwarzer Musiker und sein Leibwächter in den 1960er Jahren durch den schrecklichen, segregierten Süden der USA. Der Film heißt „The Green Book“.

Vor der Verleihung des Oscars musste der Drehbuchautor Nick Wallelonga vor der „Partei und Regierung“ aufrichtig Buße tun. Tatsache ist, dass man festgestellt hat, dass er gesündigt hatte: Er sagte 2015, dass er gesehen hat, wie sich Muslime über das, was am 11. September 2001 geschah, gefreut hätten... Und jetzt, in den besten Traditionen des Mao-Lagers in Yan'an, wo die Menschen ihre Sünden vor dem Kollektiv bekennen mussten, entschuldigte er sich bei den Vertretern des muslimischen Glaubens, insbesondere bei Mahershal Ali, der im Film mitspielte.



Szenenbild aus dem Film „Shape of Water“

The Shape of Water

Erinnern Sie sich an einen anderen sowjetischen Film von 1961 – „Amphibienmensch“? Über den talentierten Wissenschaftler Salvatore, den jungen Mann Ichthyander und die herzlosen Kapitalisten? Du wirst lachen – aber auch er hat einen Oscar erhalten. Allerdings im letzten Jahr und trägt den Titel „The Shape of Water“. Er war politisch noch „fortschrittlicher“, weil es dort ein Seemonster gab, das, wie der arme Ichthyander, vor den Kapitalisten gerettet werden musste. Es gab auch einen Retter, oder besser gesagt, eine Retterin. Aber sie war keine Wissenschaftlerin, sondern eine taubstumme Putzfrau. Doch die Wissenschaftler waren die bösen Kapitalisten. Das ist verständlich, denn der Ideologie der Linken zufolge, sind Wissenschaftler genau die Fieslinge, denen wir viele der Probleme unserer wunderbaren Welt verdanken.

Leider scheiterte ein anderer Film und bekam keinen Oscar. Es gab, wenn Sie sich erinnern, eine sowjetische Anekdote, wie ein amerikanischer Spion Russisch gelernt hat und per Fallschirm in Strohshuhen und mit einem Akkordeon irgendwo in Sibirien abgesprungen ist. Er kommt zu einer alten Dame und sagt: „Nun, lassen Sie uns die Banja aufheizen!“ Sie schaut ihn an und sagt: „Verschwinde, du amerikanischer Spion!“ Er ist verwirrt: „Oma, woher wusstest du, dass ich ein amerikanischer Spion bin?“ Sie antwortet: „In unserer Nachbarschaft hatten wir noch nie Schwarze.“ Genau nach diesem Motiv handelt der Film über einen tapferen schwarzen Polizisten, der in das Herz des Ku-Klux-Klan gelangt.

Der vor kurzem verstorbene Igor Malaschenko, einer der klügsten Menschen Russlands, sagte einmal ganz hervorragend, dass es ein Wertesystem gibt, welches für einen weiten Bereich tolerant ist, und eine Ideologie, die völlig unduldsam ist. Und das ist sehr logisch, denn zum Beispiel verlangt das Wertesystem, dass Frauen nicht wie Vieh behandelt werden. Und wenn Sie ein solches Wertesystem haben, wird das erste Objekt Ihrer Überraschung das Gesetz der Scharia sein, wo die Frau als ein nicht vollwertiges Geschöpf gilt. Und in der Tat, im 19. Jahrhundert, als es im Westen noch keinen Feminismus nach heutiger Lesart und noch einen patriarchalischen Hausbau gab, waren die britischen und amerikanischen Herren sehr überrascht von den neuen Gesetzen. Nun wird der „Marsch der Frauen“ in den USA

gegen Trump von Islamisten angeführt. Und es erscheint niemandem befremdlich, dass der Frauenzug von einer Frau namens Linda Sarsour angeführt wird, die das Kopftuch trägt. Denn wenn man eine solche Frage stellt, erhält man die Antwort: „Wenn du solche Fragen stellst, bist du ein Rassist und ein Nazi.“

Prawda: Die Menschen in der Sowjetunion lebten im freiesten Land der Welt

Ideologie ist deswegen so unerträglich, weil sie analogisch ist. Und in diesem Sinne ist der Triumph einer Art von Remakes sowjetischer Kinofilme auf der amerikanischen Leinwand das Spiegelbild eines ernststen Problems, das jetzt dem Westen droht.

Einwohner der Sowjetunion erfuhren aus der Zeitung „Prawda“ (Anmerkung: Prawda bedeutet Wahrheit) Neuigkeiten über sich und die Welt. Die Nachrichten über sich selbst waren immer gut. Die Menschen in der UdSSR lebten in der Besten aller Welten. Sie lebten im freiesten Land der Welt, dessen Besitzer die Arbeiter und Bauern waren. In ihrem Land wurde die Klassenungleichheit beseitigt, die Wirtschaft wuchs, die Nationen waren gleichwertig und alle Menschen waren glücklich. Und jeder wusste, wie gut es war, in der UdSSR zu leben. In Amerika, „dem Königreich des gelben Teufels und der Welt der Reinzucht“, war genau das Gegenteil der Fall. Dort wurden Neger gelyncht. Dort nahmen weiße Kolonialherren den Indianern das Land weg und trieben sie in Reservate. Dort herrschte Klassenungleichheit: Einige lebten in Palästen, andere unter Brücken. Und deshalb träumten die blutigen amerikanischen Imperialisten nur davon, das friedliche sozialistische System zu zerstören.

Wie den Lesern der Zeitung „Prawda“ bekannt war, gab es in der restlichen Welt einen großen Kampf. Die Entwicklungsländer wurden vom kolonialen Joch befreit. Die Kämpfer für die Freiheit vom Kolonialismus versuchten sofort vom primitiven zum kommunistischen System überzugehen – aber die Kolonialherren hinderten sie daran. Die amerikanischen Imperialisten unterstützten eine blutige Diktatur, die versuchte den Vietnamesen die Freiheit zu nehmen. Das blutige israelische Militär vernichtete friedliche „palästinensische“ Zivilisten. Und all das wurde von der Zeitung „Prawda“ beschrieben und von der Fernsehsendung „Internationales Panorama“ gezeigt.

Planwirtschaft geht immer pleite

Leider war all das eine Lüge. Die sowjetische Planwirtschaft war nicht erfolgreich. Im Land gab es in allem Defizite – vom Fleisch bis zum Toilettenpapier. Auch Ungleichheiten gab es in der UdSSR. Anstatt sich in Geld auszudrücken, wurde diese anhand der Hierarchie deutlich:

Die Mitglieder der Partei-spitze führen in staatseigenen „Wolga“-Autos herum und wurden in Spezialvergabeinheiten entlohnt, während sich normale Menschen in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln fortbewegten und in Warteschlangen standen. Die Wahlen im Land waren eine Farce. Die Wachen des Systems waren interne Truppen, KGB und GULAG.

Alles, was die sowjetische Propaganda über Amerika

sagte, war ebenfalls eine Lüge. Ja, es gab Millionäre und Arme in Amerika, aber potenziell jeder konnte Millionär werden, und es war nicht notwendig die Eltern zu verschmähen und die Partei zu verherrlichen. Deshalb war der Lebensstandard in Amerika im Vergleich zur UdSSR so hoch, dass das Schicksal einiger Auserwählter in der UdSSR – das gleiche separate Haus, Auto oder sogar die gleiche Waschmaschine – der Standard der absoluten Mehrheit in Amerika war. Ja, schwarze Menschen wurden manchmal diskriminiert, aber der am meisten diskriminierte Schwarze in den USA lebte viel besser als ein sowjetischer Arbeiter in einem fünfstöckigen Plattenhaus irgendwo in Severodvinsk. Ja, die Aborigines haben ihr Land verloren. Aber seien wir ehrlich: Amerikanische Indianer, wenn sie auf ihrem Land geblieben wären, hätten es nicht geschafft das moderne Amerika von heute zu erschaffen. Einwanderer aus Tunesien, Algerien, der Elfenbeinküste, China und Russland wären kaum in der Lage, ein modernes Amerika aufzubauen – auch die spanischsprachigen Einwanderer nicht, die es versäumt haben, ihre eigenen USA in Südamerika aufzubauen. Die USA wurden von den Angelsachsen gegründet, die auch die Gründerväter sind. Und Rassismus hatte damit nichts zu tun. Hintergrund sind das nationale Kulturerbe und die Ideen der Aufklärung.

„Antikolonialistischer Kampf“

Ebenso vergaß die Zeitung Prawda zu sagen, dass die überwiegende Mehrheit der afrikanischen Länder, nachdem sie das koloniale Joch losgeworden war, sich zu einer Hölle entwickelt hat. Und es war kein Zufall, dass sie vergessen hat, dies zu erwähnen – denn der Kampf gegen den Kolonialismus war weitgehend eine Erfindung der sowjetischen Propaganda. Und der erste antikoloniale Kongress, auf dem die Antiimperialistische Liga gegründet wurde, wurde 1927 vom sowjetischen Goebbels – dem deutschen Kommunisten Willie Münzenberg – mit dem Geld der Komintern in Belgien einberufen. Kämpfer gegen den Imperialismus wurden aus der ganzen Welt zusammengebracht – von Gomindan bis Jawaharlal Nehru. Und Willie Münzenberg hat alle Kräfte dafür eingesetzt, um sicherzustellen, dass die Operation unter ausländischer Flagge durchgeführt wurde, und die Beteiligung der UdSSR verborgen blieb.

Baku 1920: Eine islamisch-kommunistische Allianz

Dieser Brüsseler Kongress war ein treuer Nachfolger der Ideen, die erstmals 1920 auf dem Ersten Kongress der Völker des Ostens in Baku geäußert wurden. Damals wurde eine monströse Allianz zwischen der linken Idee und dem militanten Islamismus geschlossen, in der die Bolschewiki einen geeigneten Eisbrecher sahen, um die bürgerliche Zivilisation zu zerstören. Und dieses Bündnis zwischen der Linken und den Islamisten besteht nach wie vor. Damals waren die Organisatoren des armenischen Völkermords unter der Leitung von Enver Pascha, dem Vorgänger Hitlers, die Ehrengäste des Kongresses gewesen. Und der Kongress selbst verabschiedete ein wunderbares Dokument, welches die Ähnlichkeit der Bestimmungen der Scharia und der kommunistischen Lehre erklärte.

„Kolonialismus“ ist es nur, wenn Europäer es tun

Infolgedessen wurde das Wort „Kolonialismus“ zu einer mächtigen ideologischen Waffe der Bolschewiki in ihrem Kampf gegen die bürgerliche Zivilisation. Im Kolonialismus gab es nur eines, was als selbstverständlich angesehen werden konnte: das Interveniieren der westlichen Zivilisation in Länder, die in Rückständigkeit, Unwissenheit und religiösem Aberglauben gefangen waren. So wurde beispielsweise die Eroberung Chinas durch die Mandschuren in den 1640er Jahren nicht als Kolonisierung angesehen, obwohl die Mandschuren einfach die chinesische Staatlichkeit und teilweise die chinesische Kultur zerstörten. Die Eroberung Indiens durch Babur und die anschließende Islamisierung samt der Ausrottung der alten indischen Kultur galt nicht als Kolonisierung. Völkermord, Schlachtung, Mfecane (das ist es, was einige afrikanische Völker in ihren besetzten Gebieten praktizierten: das totale Massaker an Männern und die Versklavung von Frauen und Kindern) – all das, womit die Seiten der Geschichtsbücher überfüllt sind, wurde nicht als Kolonisierung angesehen.

Die alte sowjetische Wortwahl schleicht sich in den USA ein

„Kolonisation“ war der Begriff der Linken für die Bezeichnung des „schrecklichen“ Prozesses, wenn die Weißen kommen und den Kannibalismus verbieten. Und als die Prawda-Zeitung von der „blutigen israelischen Militärraktion zur Vernichtung der palästinensischen Zivilbevölkerung“ erzählte, vergaß sie irgendwie zu erwähnen, dass das wichtigste Credo der von der Sowjetunion finanzierten terroristischen Organisation für die Befreiung Palästinas die völlige Vernichtung Israels und aller Juden war, die dort lebten. Und die Prawda-Zeitung nannte die Weigerung Israels, diese Forderung zu akzeptieren „eine Unfähigkeit zu Kompromissen“. Dementsprechend erlaubte das Fehlen eines Staates der Palästinensischen Befreiungsorganisation, wie es die Hamas jetzt tut, keine Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung einzugehen. Es verhinderte die Schaffung einer Wirtschaft, die es der armen Bevölkerung ermöglichen würde, Geld für etwas anderes zu erhalten, als das sie zu Schahiden werden.

Wozu schreibe ich das alles? Das Sowjetregime ist mit einem Knistern zusammengebrochen, die Prawda-Zeitung schlief auf ewig ein, aber das Erstaunliche ist, dass all das, was man zuvor in der sowjetischen Zeitung Prawda hat lesen können, man nun in der „Washington Post“ lesen, und all das, was wir in den 1970er Jahren in der Fernsehsendung „Zeit“

(Anm. d. Red.: russ. „Wremja“, analog zur „Tagesschau“) gesehen haben, können wir jetzt bei CNN sehen. Privilegien der Weißen? Ich kann sie alle aufpassen! Die Unterdrückung der Schwarzen, die Verletzung der ursprünglichen Rechte der amerikanischen Ureinwohner, die schmutzigen Kolonisatoren, die Putsche organisieren? Einfach nur Eimer voller derartigen Details. Ein blutiges israelisches Regime, das „palästinensische“ Zivilisten unterdrückt? Schalten Sie ein – bewundern Sie es!

Wie kommt es, dass die sowjetische Propaganda – die anstatt unrühmlich mit dem System, das sie hervorgebracht hat, zu sterben – dieses System nicht nur überlebt hat, sondern einfach zu einem Standpunkt für die sogenannten Mainstream-Medien in Amerika geworden ist, und alle möglichen Einwände gegen dieses – genau wie bei Mützenberg und dem KPdSU-Zentralausschuss – nun zum benannten „Faschismus“ und „Rassismus“ werden? Wie konnte es passieren, dass die sowjetischen Lügen in politische Korrektheit umgesetzt wurden?

Leider habe ich eine traurige Antwort auf diese Frage. Es wird „allgemeines Wahlrecht“ genannt. Schließlich wird der Sozialismus nicht immer durch einen Putsch eingeleitet, wie es 1917 in Russland geschah. Sozialisten gewinnen – wie wir sehen können – mit Leichtigkeit Wahlen in verschiedenen Ländern: von Labour in Großbritannien bis Hugo Chavez in Venezuela. Der Sozialismus ist eben keine Geschichte von der Hilfe für die Armen. Es ist eine Geschichte, wie die politische Elite das Verteilungsrecht erlangen kann, wie man denen, die tatsächlich die Wirtschaft am Leben halten – den Steuerzahlern – das Recht auf Regulierung des Wirtschaftslebens entzogen wird. Sozialismus ist, wenn der Steuerzahler als Wähler durch den Status des Empfängers von Subventionen ersetzt wird. Und per Definition ist jeder linke Politiker, jeder linke Ideologe daran interessiert, dass es so viele Unterhaltsempfänger wie möglich gibt.

Im Sozialismus gibt es keinen American Dream

Ursprünglich basierte der Sozialismus auf dem Proletariat. Es wurde vermittelt, die Kapitalisten hätten ihm den Mehrwert gestohlen. Das klassische Proletariat gibt es in der modernen Gesellschaft immer weniger, und die Arbeiter, die zur Mittelschicht gehören, sind die Steuerzahler. Sie sind Steuerzahler, keine Empfänger von Unterhaltszahlungen, und als solche sind sie ein kein besonders geeignetes Substrat für die linke Propaganda. Deshalb wandten sich die Linken an Empfänger staatlicher Unterstützung und an alle theoretisch unterdrückten Minderheiten. Und wenn es keine solchen unterdrückten Minderheiten gab, mussten sie geschaffen werden.

Es gibt einen traditionellen amerikanischen Traum, der darin besteht, dass du das Individuum bist, und alles, was du erreichst, hängt von dir selbst ab. Aber schaut, was die Linke im Westen jetzt suggeriert. Sie sagen:

„Du bist Teil der Gruppe. Deine Gruppe ist unterdrückt, und all dein Unglück besteht darin, dass du zu dieser Gruppe dazu gehörst. Deshalb verdienst du es, entschädigt zu werden. Und du wirst diese Entschädigung bekommen, wenn du für die Linke stimmst. Wenn du ein Flüchtling bist, wirst du unterdrückt, der Weltimperialismus ist dafür verantwortlich. Die blutrünstigen Kolonisatoren haben dein Land in die Hölle verwandelt, jetzt sind sie dir etwas schuldig. Du sollst weder arbeiten noch dich integrieren, du musst deine einzigartige Kultur be-

wahren, und die blutigen Kolonisatoren schulden dir Geld.“

Es ist klar, dass dies eine verrückte Position ist, denn der Flüchtling ist ein Flüchtling, weil er aus einer Kultur flieht, die sein Land in den Abgrund führte. Es ist notwendig ihm zu helfen, sich von dieser Kultur abzuwenden. Und die große Anzahl an Menschen, die aus dieser Kultur nach Europa geflohen ist, träumt genau davon. Aber der Flüchtling trifft auf ein System, das alles tut, um seine Integration und Ablehnung seiner früheren Kultur unmöglich zu machen.

Der selbständige Asylant macht einen Bürokraten arbeitslos

Es ist ein verrücktes System, das die Grundlagen der europäischen Zivilisation zerstört, aber sie versorgt genau die Art von Bürokratie mit Arbeit, die sich um Flüchtlinge kümmert, denn wenn ein Flüchtling sich um sich selbst kümmert, werden viele Bürokraten arbeitslos werden. Und natürlich liefert dieses System zukünftige Wähler an die linken Parteien. Das System ist auf die Multiplikation von Menschen, die für die Linke stimmen werden, fokussiert. Bist du ein Muslim? Wunderbar! Also solltest du die Religion deiner Vorfahren nicht vergessen. Und uns wird gesagt: „Es gibt 1,6 Milliarden Muslime auf der Welt. Wie kannst du gegen sie sein?“

Das ist deswegen seltsam, weil das moderne Europa mit der Aufklärung begann. Das moderne Europa begann damit, dass auch dieser Erdteil eine totalitäre Kirche hatte, und Voltaire sich ihr widersetzte, die damals alle Gedankenbereiche kontrollierte. Können Sie sich vorstellen, wo Europa jetzt stehen würde, wenn Voltaire gesagt hätte: „Wie kannst du es wagen, etwas dagegen einzuwenden, wenn 99 % der Bevölkerung glauben?“ Voltaire verhielt sich nach heutigem Maßstab in Bezug auf den Katholizismus ziemlich unkorrekt – zu einem Glauben, der von allen geteilt wurde.

Es stellt sich die Frage: Wie kann man nach der Befreiung vom eigenen religiösen Totalitarismus vor einem fremden kapitulieren? Die Antwort: genau aus demselben Grund der linken Ideologie.

Weißer Männer und Frauen in Kopftüchern

Ein weiteres Beispiel. Sie sind eine Frau? Dann werden Sie von „weißen Männern“ unterdrückt. Ich möchte den Leser insbesondere darauf hinweisen, dass dieser neue Feminismus nichts mit dem wirklichen Kampf um die Rechte der Frauen zu tun hat. Andernfalls würde er für die Rechte jener Frauen kämpfen, die als nicht vollwertige Bürgerinnen in bestimmten Gesellschaften gelten, er würde gegen die Hijabs und die weibliche Beschneidung ankämpfen. Stattdessen sehen wir Frauen in Hijabs in der Rolle von Organisatorinnen des Frauenmarsches.

Die Vereinigung von Islamismus und Feminismus erscheint einigen im Hinblick auf den gesunden Menschenverstand unnatürlich. Im Hinblick auf die Vermehrung der Opfer ist er absolut rational: „Zum ersten beleidigen diese weißen Männer die Frauen; zweitens kränken diese weißen Männer die unterdrückten Völker des Ostens. Unterdrückte, stimmt für uns!“ Was wird mit den Rechten der Frauen geschehen, wenn nicht radikale Islamisten an die Macht kommen, sondern Vertreter des friedlichen Islams? Wird dann die Scharia in Europa eingeführt? Davon wird den „unterdrückten“ Frauen nichts erzählt.

„Sind Sie schwul? Sie sind unterdrückt! – Sind Sie Afroamerikaner? Sie sind unterdrückt! – Sind Sie Mexikaner? Sind Sie ein illegaler Einwanderer? Sind Sie eine Frau? Sie sollten wissen, dass Sie unterdrückt sind, und wir werden Ihnen helfen!“

Und jede dieser Kategorien mag eine Minderheit sein, aber gemeinsam bilden sie eine Mehrheit. Und die weißen heterosexuellen Männer können früher oder später zur Minderheit werden, denn alle diese Arten von „unterdrückten Minderheiten“ (manchmal real, manchmal übertrieben, manchmal sogar erfunden) können zusammen früher oder später die Mehrheit bilden, die die Linke braucht, um in allgemeiner Wahl an die Macht zu kommen.

Negative statt positiver Auswahl

Leider basiert all dies auf der einfachen Tatsache, dass die Struktur der Gesellschaft immer die Form einer Pyramide hat: Es wird immer mehr Menschen an dessen Basis geben als an der Spitze. Und die einzige Frage ist, was genau die Gründe dafür sind, dass Menschen nach oben kommen. Im Westen gab es eine lange Zeit eine positive Selektion. Mit allen Vorbehalten kamen die intelligentesten, die unternehmungslustigsten, und die innovativsten Menschen an die Spitze. Tatsächlich hat dies eine offene westliche Wirtschaft geschaffen. In der Sowjetunion gelangten Schurken an die Spitze der Pyramide – diejenigen, die nichts erschaffen konnten, sondern nur im Teilen fähig waren. Die linke Idee besteht darin, dass an der Spitze der Pyramide nicht diejenigen stehen sollten, die produzieren, sondern diejenigen, die die produzierten Waren teilen. Und diejenigen, die das produzieren, was geteilt werden kann, sollten als „Kriminelle“ benannt werden: Sie nehmen einem den Mehrwert, verursachen die globale Erwärmung, ernähren uns mit schrecklichen GVO, leben in Palästen, während die Armen in Hütten leben.

Ich vermute, dass in dem Falle, dass im Westen nur diejenigen wählen dürften, die mindestens einen Cent mehr Steuern zahlen als sie Subventionen empfangen (selbstverständlich unabhängig von Hautfarbe, Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung), 90 % der weit hergeholten Probleme, die wir in Europa und in geringerem Maße in Amerika sehen, von allein verschwinden.

Die alte Kultur hat viele Probleme erst geschaffen

Einwanderer aus benachteiligten Ländern? Wunderbar! Lasst sie einfach arbeiten, nicht von Unterhaltszahlungen leben. Sie sollen sich integrieren und nicht die Kultur, die ihre Länder dysfunktional gemacht hat, bewahren.

Grenzen? Natürlich, der Staat hat das Recht zu kontrollieren, wer auf sein Territorium einreist. Wenn der Staat reich ist und armen Menschen Unterhalt zahlt, kann er die anderen 6 Milliarden Einwohner des Planeten, die nicht so gut leben, nicht auch noch beherbergen.

Schon in den 90er Jahren begannen übrigens einige Politikwissenschaftler vorsichtig zu äußern, dass das allgemeine Wahlrecht in armen Gesellschaften nicht überleben wird. Und tatsächlich wurden in armen Gesellschaften, insbesondere in Afrika, nach der Dekolonisierung einmal echte Wahlen durchgeführt und seitdem nie mehr.

Übersetzung aus dem Russischen von Sofia Ahatyeva

„Was aus uns geworden ist“

Rezension des neuen Buches des jüdischstämmigen DDR-Rockers André Herzberg

Von Dr. Nikoline Hansen

Jüdisches Leben in Deutschland nach 1945 war kompliziert, denn nach der Schoah war nichts mehr wie es vorher war. Auch die zweite Generation hat mit den Nachwirkungen zu kämpfen, in beiden Teilen der Republik, im Osten wie im Westen. Dabei waren die Voraussetzungen nach dem Krieg sehr unterschiedlich, denn die damalige DDR verstand sich nicht als Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches, sondern betrachtete sich als antifaschistischer Staat, der den kommunistischen Idealen verbunden war.

Eine Handvoll Juden kehrten aus dem Ausland zurück und ging bewusst in die DDR, denn sie wollten diesen neuen Staat mit aufbauen. Aus heutiger Sicht wissen wir, dass dieser Versuch gescheitert ist und mit der Revolution von 1989 eine weitere Existenzkrise heraufbeschwor, die zugleich die Chance bot, eine neue Identität zu finden. Eine Identität, die direkt nach dem Krieg nicht möglich schien. So beginnt der Roman, ganz realistisch:

„Sprich das Wort nicht aus. Vor allen Dingen sage niemals, du wärest so einer. Es gibt Filme, es gibt Reden im Radio über sie, es gibt Fachleute, Politiker, die über sie reden, es gibt das Volk, es gibt jede Menge Witze, es gibt Theorien. Es gibt Geistliche, Philosophen, ja, inzwischen gibt es ihr Land, aber du sage niemals, dass du einer von ihnen bist, niemals.“

In seinem Roman „Was aus uns geworden ist“ verknüpft André Herzberg die Erzählstränge von sechs Personen, die offensichtlich das Schicksal eint, dieser zweiten Generation anzugehören, Kinder von Eltern zu sein, die überlebt haben, aber mit dem Trauma der ermordeten Eltern und Verwandten leben müssen und dies nicht immer bis zum Ende schaffen. Die ihre Kinder – ohne es zu wollen – tyrannisieren und emotional erpressen, und die selbst nicht in der Lage sind, ein normales Familienleben zu führen – oder hierzu erst spät über Umwege kommen.

Keine Beschneidung in der DDR

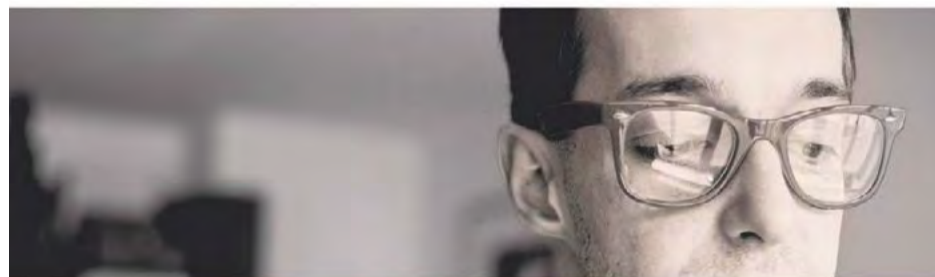
Jede einzelne dieser Personen ist mit dem Schicksal der Eltern beladen, Richard, Eike, Anton, Peter, Michaela, die wiederum ihren Sohn lieber in der geschlossenen Anstalt als beim Drogenkonsum



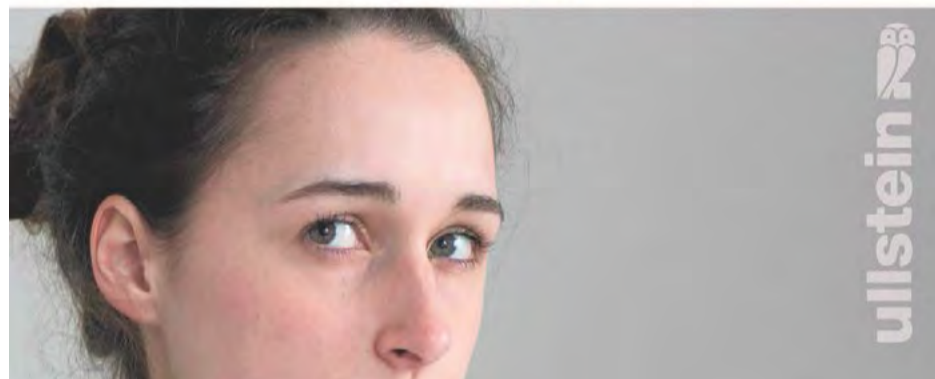
ANDRÉ HERZBERG



Was aus uns geworden ist



ROMAN



sieht, und Jakob, der mehr oder weniger die zentrale Figur ist, mit dessen neuem Lebensentwurf der Roman endet. Jakob ist zu seinen Wurzeln zurückgekehrt – er, dem die Mitgliedschaft in der jüdischen

Gemeinde zu DDR-Zeiten verwehrt worden war, da seine Eltern ihn nicht hatten beschneiden lassen. Er hat sein Leben mit einer neuen Familie neu strukturiert, die Woche beginnt Sonnabend abends nach

dem Schabbat und endet Freitagabend mit dem gemeinsamen Abendessen. Und das Buch endet wie das Kapitel mit ihrer Reise nach Israel und dem Besuch der Klagemauer: „Er ist am Ziel. Er ist einer unter vielen. Er ist Jude unter Juden. Er ist fromm oder nicht.“ Es ist ein Wunsch und eine Hoffnung, mit der der Roman endet, mehr nicht: „Nur ein guter Mensch will Jakob sein, einer, der Verantwortung übernimmt, für das, was er tut, einer, der nicht andern antut, was er sich nicht selbst antut. Nur Mensch unter Menschen. Hinten wartet seine restliche Familie auf ihn, und sie nehmen sich alle in die Arme.“

Aber Jakob ist der einzige unter den Protagonisten, der es tatsächlich geschafft hat, einen Weg für sich zu finden, der Frieden mit der Welt schließt. Und auch das ist ihm erst gelungen, nachdem er die Last besonders der dominanten Mutter mit ihrem Tod abschütteln konnte. Das ist keine Erfindung, sondern realistisch, so wie viele Episoden des Romans realistisch wirken und ganz sicher aus dem Leben geschöpft sind – so sehr ähneln und unterscheiden sich die Lebensentwürfe und Identitätskrisen. So schildern sie sachlich nicht nur den Untergang der DDR, sondern auch das Leben in der Diktatur, in dem der Mensch sich der Norm unterzuordnen hatte, in der Abweichungen schwer bestraft wurden – mit Zuchthaus, Degradierung oder Sippenhaft.

Ein überaus lesenswerter und starker Roman, der vielleicht etwas leichter verständlich ist, wenn man zuvor den bereits 2015 erschienenen Roman „Alle Nähe fern“, der das Leben einer jüdischen Familie in Deutschland über drei Generationen schildert, gelesen hat, da man dann mit einem Teil der Protagonisten vertraut ist, die dort im Rahmen eines Familienromans auftauchen. Trotz – oder vielleicht gerade wegen des Ineinandergreifens der Erzählstränge wirkt der Roman lebendig und die Erzählung wird zu einem wertvollen Dokument deutscher Zeitgeschichte.

André Herzberg
Was aus uns geworden ist
Roman,
Ullstein Verlag
ISBN 978-3-8437-1769-4

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

● Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

● VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)

● MADEIRA ab 699€ (7 Tage)

● GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)

● ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)

● ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Mythos Cable Street

Vom Auftrumpfen der britischen Faschisten und der Zerstrittenheit ihrer Gegner

Von Karl Pfeifer

1936 betrieben die britischen Faschisten (BU) ihre antijüdische Hetze insbesondere in den Arbeiterbezirken des East End von London. BU-Anführer Mosley wollte den Juden die Bürgerrechte entziehen. Der Inlandsgeheimdienst MI5 berichtete, dass im East End antisemitische Gefühle verbreitet waren, setzte jedoch hinzu „Es gibt keinen Grund zu glauben, dass die öffentliche Meinung im East End wirklich profaschistisch wird.“ Während einer Parlamentsdebatte am 10. Juli verurteilten Abgeordnete die antisemitische Kampagne der BU als „Bedrohung der traditionellen politischen Werte, die nicht toleriert werden darf“. Und der Innenminister Sir John Simon bestand darauf, dass die Polizei die Gesetze vollstrecken, dass die Reden bei den BU-Versammlungen von Stenographen notiert werden und diejenigen bestraft werden, die das Gesetz verletzen.

Die Polizei aber hat nicht nur antisemitische Schmähungen toleriert, sondern auch nicht notwendige Gewalt gegen Antifaschisten ausgeübt. Sie benutzte Schlagstöcke und Fäuste, und oft genug wurden unbeteiligte Zuschauer in Mitleidenschaft gezogen.

Am 19. Juli 1936 gründete der „Board of Deputies of British Jews“ ein Koordinationskomitee, „um die Aktivitäten zur Verteidigung der jüdischen Gemeinden zu koordinieren“ – unter der Führung des Labour-Politikers Harold Laski.

Der Metropolitan Police Commissioner Sir Philip Game erließ am 3. August ein Memorandum über „Antijüdische Aktivitäten“, welches der Polizei befahl, die Anweisungen des Innenministers genau zu beachten.

Mosley befürchtete Schaden für seine Bewegung

Daraufhin gab Mosley seinen Unterführern die Anweisung, aufzuhören in öffentlichen Versammlungen Juden anzugreifen, weil dies „der faschistischen Bewegung mehr schadet als nützt“. Dagegen stellten sich die Unterführer Joyce und Beckett, die lieber die Verhaftung und Verurteilung von Faschisten in Kauf nehmen wollten, „um den Antagonismus gegen die Juden zu intensivieren“. Es kam zu Schlägereien mit Antifaschisten in Manchester, Hull und Bristol, doch öfter noch zwischen den Antifaschisten und der Polizei. Allerdings wurden am 27. September 1936 in Leeds 40 Faschisten verletzt, die in einen antifaschistischen Hinterhalt gerieten.

Die BU erklärte den vierten Jahrestag ihrer Gründung am Sonntag, dem 4. Oktober 1936 im East End feiern zu wollen. Die dort starke kommunistische Partei, die Angst haben musste vor einer Rebellion ihrer Basis, rief die Arbeiter auf sich gegen Mosley zu stellen. Der „Rat des jüdischen Volkes gegen Faschismus und Antisemitismus“ sammelte 77.000 Unterschriften für eine Petition, um den Marsch zu verhindern. An den Wänden konnte man mit Kreide geschriebene Parolen lesen, wie „versperrt die Straße für Faschisten“ und „Sie werden nicht durchkommen“ – womit an den spanischen Bürgerkrieg und den Spruch der Republikaner „no pasaran“ erinnert wurde.



Ein modernes Wandgemälde zur „Battle of Cable Street“

Die Faschisten wiederum plakatierten die Aufforderung „Tötet die Juden“.

Gegendemo mit 100.000 Menschen

Am Nachmittag des 4. Oktober um 14.30 Uhr versammelten sich 3.000 Schwarzhemden, darunter 400 Frauen in Stepney. Die gesamte berittene Polizei und 6.000 Polizisten standen in Bereitschaft. Um 15.25 kam Mosley in einem gepanzerten Auto und von Motorradfahrern begleitet. Er hatte eine neue SS-ähnliche Uniform an und inspierte seine „Sturmtruppen“. Die Faschisten wurden von 1.000 Polizisten beschützt, die sie von den 100.000 Gegendemonstranten separierten. Es war die größte antifaschistische Demonstration in London, die entschlossen war Mosley nicht nach Stepney zu lassen. Noch bevor der Marsch begann, griff die Polizei mit Stöcken die Demonstranten an.

Der Kommunist Phil Piratin, der nach 1945 Parlamentsabgeordneter wurde, erinnerte sich, „es war die Polizei, die versuchte in die Cable Street zu gelangen und sie wurde geschlagen und ihre Stöcke wurden ihnen weggenommen“. Nachdem der Polizeichef Game einsah, dass es unmöglich sein würde, die Antifaschisten zu bezwingen, rief er das Ministerium an und bat Minister Sir John Simon um Erlaubnis, den Marsch zu verbieten. Der wollte aus Mosley keinen Märtyrer machen. Deshalb gab er Game den guten Rat, den Marsch ins West End zu verlegen. „Wie Sie selbst sehen können“, sagte Game zu Mosley, „wenn Ihre Leute losmarschieren, wird es einen Scherbenhaufen geben“. Angesichts der Un-

ruhen in der Cable Street gab Mosley nach und der Marsch wurde zum Embankment in den Westen abgeleitet. Ungefähr 150 Antifaschisten wurden verletzt und die Antifaschisten siegten ohne mit den Faschisten in Berührung gekommen zu sein.

Niederlage oder Sieg der Faschisten?

Es entstand der Mythos Cable Street, dass mit dieser Demonstration die Ausbreitung der BU-Kampagne im East End beschränkt wurde. Doch die Polizei sah das anders. In einigen Stadtteilen des East Ends „konnte man eine eindeutige faschistische Stimmung wahrnehmen und die angebliche faschistische Niederlage war in Wirklichkeit ein faschistischer Sieg.“ Mosley konnte in der folgenden Woche im East End ungehindert Reden halten vor „ausgesprochen profaschistischen“ Zuhörern aus der Arbeiterklasse. Laut Polizeiinformationen hatte die BU allein in London 2.000 neue Mitglieder gewonnen.

Tatsächlich gab es noch mehr Angriffe gegen Juden. Das Zerschlagen von Geschäftsauslagen, die Schändung von jüdischen Friedhöfen und Synagogen nahm zu.

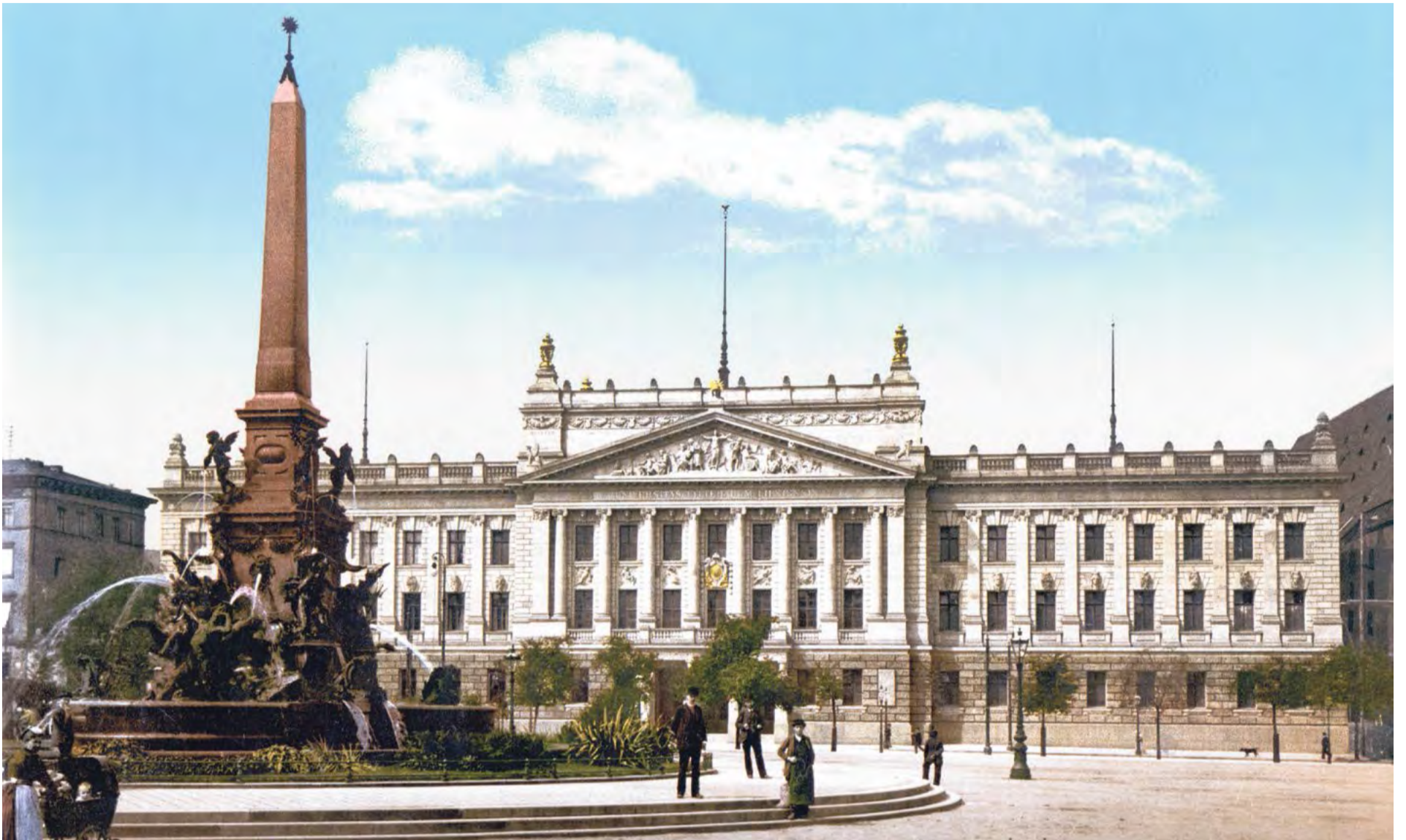
Eine Woche nach Cable Street marschierten die Faschisten durch das East End. Am 11. Oktober sprach dort Mosley vor 12.000 begeisterten Zuhörern. Es kam zum „Mile End Road Pogrom“, als eine Gruppe von 200 Faschisten jeden, der jüdisch aussah, attackierte, Autos in Brand setzte und jüdische Geschäfte plünderte. Ein jüdischer Friseur und ein vierjähriges Mädchen wurden durch ein gläsernes Fenster geschmissen.

Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten können sich nicht einigen

Am 13. Oktober traf Neville Laski, der Vorsitzende des Board of Deputies of British Jews, den Labour-Führer Herbert Morrison, den er bat seine Leute von faschistischen Demonstrationen fernzuhalten. Dann kam es noch zu einem Dreiertreffen mit dem Generalsekretär der kommunistischen Partei, Harry Pollitt. Alle drei stimmten überein, dass die Juden selbst den Antisemitismus herbeigeführt haben, durch schlechte Wohnbedingungen, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsplätze. Jüdische Unternehmer könnten helfen bei der Lösung der Probleme, wenn sie mit der schonungslosen Ausbeutung ihrer Arbeiter aufhören und wenn die Hausbesitzer ihre Häuser in Ordnung halten würden. Morrison sagte: „Juden sollten ‚super-correct‘ sein in der Wirtschaft“. Er beanstandete auch, dass „die Juden in der Lokalpolitik eine prominente Rolle spielen. Sie sollten im Hintergrund bleiben und den Nichtjuden überlassen, für sie zu kämpfen“. Anwesend während dieses Treffens war auch Felix Frankfurter, der drei Jahre später Richter des obersten amerikanischen Gerichts wurde. Er schrieb „Es ist herzzerreißend, dass die drei Sprecher sich nicht auf eine gemeinsame Kampagne ihrer Organisationen einigen konnten, um gegen das gut organisierte Gangstertum aufzutreten und gegen das Schlagen von Juden, was eines Tages noch zu kleineren Pogromen führen kann. Morrison fürchtete sich vor einer gemeinsamen Aktion mit Pollitt, und Laski hatte Angst sich an die Kommunisten zu richten und wie das auf reiche Juden wirken würde.“

Lehrstuhl ohne Frauenquote

Die jüdische Literaturwissenschaftlerin Edith Braemer war die erste Frau, die an der Leipziger Universität einen eigenen Lehrstuhl erhielt.



Von Martin Stolzenau

Leipziger Universität um 1900

Seit Anfang 2019 beschäftigen sich die Medien im Zusammenhang mit der Einführung des aktiven wie passiven Frauenwahlrechts und der Einberufung der Nationalversammlung in Weimar vor 100 Jahren verstärkt mit dem erreichten Stand der Frauenemanzipation. Vor 50 Jahren starb in Leipzig eine herausragende Wissenschaftlerin, die es in der DDR auch ohne Frauenquote in eine Führungsposition gebracht hatte: Edith Braemer.

Braemer entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie, erlebte als Jugendliche den Naziterror hautnah und wurde als „Mitglied einer kommunistischen Straßenzelle“ zu einer mehrjährigen Zuchthaus-Haft verurteilt. Die jüdische Antifaschistin entschied sich nach 1945 für die SBZ und machte als Literaturwissenschaftlerin nacheinander unter DDR-Bedingungen in Weimar, Jena, Rostock und Leipzig Karriere. Sie war an der Leipziger Universität die erste Frau, die als Professorin mit Lehrstuhl tätig wurde. In ihrer

wissenschaftlichen Arbeit widmete sie sich seit ihrer Tätigkeit am Goethe-Schiller-Archiv in Weimar vorrangig der deutschen Klassik. Hier galt sie als Koryphäe. Das belegt auch ein Nachruf von 1969 in den bekannten „Weimarer Beiträgen“.

Die Literaturwissenschaftlerin wurde am 16. Juli 1909 als Edith Abel in Hamburg geboren. Ihr Vater wirkte als Kaufmann. Ihre Mutter entstammte der jüdischen Kaufmannsfamilie Rosenthal. Tochter Edith hatte noch eine jüngere Schwester, besuchte nacheinander eine Mädchenoberrealschule sowie die Hamburger Lichtwark-Schule und heiratete nach vorzeitigem Schulabgang ohne Abitur mit 17 Jahren den Kaufmann Rudolf Weiss. Sie war zunächst Ehefrau und Mutter von zwei Kindern, betätigte sich mit ihrem Mann angesichts der antijüdischen Nazipropaganda in einem bürgerlich geprägten antifaschistischen Arbeitskreis und trat nach dem überraschenden Tod ihres Mannes und der Eskalation der politischen Gegensätze noch vor 1933 in

die KPD ein, weil sie hier als Jüdin das größte Engagement gegen die Nazibedrohung erlebte.

Die erste Verhaftung 1933

Die junge jüdische Witwe wurde im Sommer 1933 erstmals verhaftet, 1935 ein zweites Mal und dann wegen „Hochverrats“ zu 30 Monaten Zuchthaus verurteilt. Parallel gelang es ihren Eltern, ihre beiden Kinder mit einem jüdischen Kindertransport nach England zu schicken, wo sie anschließend aufwuchsen. Edith Weiss, die spätere Edith Braemer, wurde nach KZ-Aufenthalt noch vor Kriegsbeginn 1939 entlassen und emigrierte sofort in den Fernen Osten. In Schanghai überlebte sie in den Folgejahren als Haushaltshilfe, Bibliotheksmitarbeiterin und Krankenpflegerin, ehe sie 1946 mit einem Besuchvisum nach England zu ihren Kindern gelangte. Dort lernte sie den kommunistischen Zimmermann Gerhard Braemer kennen, der während des Krieges dort interniert war und sich in London um sie kümmerte. Beide wurden ein Paar, heirateten und übersiedelten im September 1947 nach Berlin, wo beide in die SED eintraten und trotzdem unterschiedliche Entwicklungen nahmen.

Ankunft in der SBZ

Die nunmehrige Frau Braemer fand Aufnahme in die „wissenschaftliche Nachwuchsgruppe der Humboldt-Universität“, absolvierte ein Germanistikstudium, bekam mit dem Literaturhistoriker Gerhard Scholz einen Förderer und folgte ihm als wissenschaftliche Assistentin nach Weimar, wo sie mit einer Aspirantur ihre akademische Laufbahn

begann. Sie promovierte mit der Arbeit „Geniezüge an Goethes Erwin von Steinbach und Götze von Berlichingen“ zum Dr. phil., arbeitete anschließend als Dozentin und Habilitationsaspirantin an der Universität in Jena und wurde 1958 mit einer Schrift über Goethes „Prometheus“ habilitiert. Ab 1959 fungierte sie dann als literaturwissenschaftliche Professorin an der Universität in Rostock. Mehr noch. Frau Prof. Dr. Braemer erhielt einen Lehrstuhl und die Leitung über das Germanistische Institut der Universität.

Sie war als Frau in die erste Reihe der Literaturwissenschaftler der DDR aufgestiegen, betrieb vor allem mit Ursula Wertheim weiterführende Studien zur deutschen Klassik und veröffentlichte ihre Erkenntnisse. Doch ihre Ehe war über ihre akademische Laufbahn mit dem wachsenden intellektuellen Abstand zu ihrem Mann über die Jahre zerbrochen. Nach ihrer Scheidung 1964 vermittelte ihr das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen der DDR eine Berufung an die Karl-Marx-Universität in Leipzig, wo sie als „Professorin mit Lehrstuhl für Neuere und Neueste Literaturgeschichte“ die Leitung der neuen Philologischen Fakultät mit dem Schwerpunkt der Lehrerbildung übernahm und die letzten Jahre in der Schönbachstraße 34 wohnte.

Doch Prof. Dr. Braemer war gesundheitlich angeschlagen. Ein verschlepptes Leber- und Gallenleiden machte ihr zu schaffen. Da half auch eine späte Operation nicht mehr. An deren Folgen starb die Literaturwissenschaftlerin am 13. April 1969. Sie fand ihre letzte Ruhe auf dem Leipziger Südfriedhof.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

11, 300 =

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)*
Vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin M. —,90.
b) nach auswärts M. 1,—
c) für das Ausland M. 1,30.
2. im Postabonnement M. 1,25
3. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,60.

Inserate
die vierspaltige Petitzeile 25 Pf.
Inseratenbeilagen
15 M.



Organ 

der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau.
E. O. m. b. H.
Berlin N 54, Auguststrasse Nr. 49a.
Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags
Redaktion:
Dr. Heinrich Loewe, Berlin NW. 40,
Lehrterstrasse 14 13.
Unverlangte Manuskripte werden nur bei Beilegung genügender Rückporto's zurückgesandt.

No. 17. Berlin, 29. April 1904. 14. Ijjar 5664. IX. Jahrgang.

Inhalt.

<p>Der Delegiertentag der Deutschen Zionisten.</p> <p>Vertrauen. Von Adolf Friedemann.</p> <p>Hamburger Brief. Von Dr. Max Besser.</p> <p>Die Juden und die produktive Arbeit. Von Dr. Ph. Frankl.</p> <p>Posener Brief.</p> <p>Aus der Bewegung. Der Hamburger Delegiertentag.</p> <p>Rundschau.</p>	<p>Sprechsaal. Die Waisen von Kischinew in Palästina.</p> <p>Kleine Chronik.</p> <p>Nationalfond. Goldenes Buch. Oelbaumspende. Für die Waisen von Kischinew. Briefkasten der Nationalfondverwaltung.</p> <p>Briefkasten der Redaktion.</p> <p>Litteraturbericht. Zur Jahrezelt der Opfer von Kischinew. Von Lisbeth Feitelberg.</p> <p>Kunst und Wissenschaft.</p>
--	---

Singer & Halberstädter, Juweliere

BERLIN W., Leipzigerstrasse 131

Israelitische Kultusgegenstände

Gewürzbecher, Chanukahlampen etc. Magen-David, echt Silber und vergoldet à 1,50, als Shlipsnadel und Berloque.

— Grosse Auswahl in Bestecken, Theelöffeln, Jardinièren, Pokalen. —

Der Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943

Gerade in jiddischer Sprache hielten viele Teilnehmer des verzweifelten Kampfes ihre Erinnerungen fest.

Von Oliver Vrankovic

Yizhak Katzenelson war ein hochangesehener Lehrer in Lodz und einer der größten jüdischen Dichter seiner Zeit. Er schrieb in jiddischer und hebräischer Sprache leichte Verse über Jugend und Lebensfreude, verfasste aber auch traurige, ironische und sentimentale Gedichte über die tragischen Aspekte des Lebens. Der 1886 geborene Poet war ein leidenschaftlicher Zionist, der die jüdische Gemeinde in Palästina mehrmals bereiste und im Kibbutz Borochov in Lodz aktiv war, wo junge Juden für die Auswanderung nach Palästina vorbereitet wurden.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen floh Yizhak Katzenelson mit seiner Familie nach Warschau und hörte auf zu schreiben.

Ende 1939 baute die Pionierbewegung Dror (hebräisch für „Freiheit“) in der Dzielna 34 in Warschau ein Kibbutz auf, gründete eine Untergrundpresse, betrieb eine Suppenküche und organisierte verbotene sechswöchige Seminare. Katzenelson war vom Geist des Widerstands der jungen Zionisten inspiriert und begann wieder zu schreiben. Er schrieb Tag und Nacht, veröffentlichte in der Untergrundzeitung von Dror, unterrichtete Thora und etablierte eine Theatergruppe im Ghetto.

Um der Hoffnungslosigkeit der jüdischen Jugend etwas entgegenzusetzen, gründeten die Zionisten von Dror ein Gymnasium im Untergrund. Durch geistige Erbauung sollte die Jugend im Ghetto trotz unmenschlicher Bedingungen ihre Würde behalten. Die Kurse fanden in den Privaträumen von Schülern und Lehrern statt. In „Tage der Zerstörung und Revolution“ ist beschrieben, wie die hungernden Schüler in einem Zimmereck in klirrender Kälte von hungernden Lehrern mit geschwollenen Füßen unterrichtet wurden. Lernen bedeutete Widerstand und auf dem Lehrplan stand auch die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Erez Israel. Wichtiger als das formale Wissen war die Weitergabe eines mutmachenden Idealismus. Studenten wurden zu Lehrern für die Jugendlichen, die das Gymnasium nicht besuchen konnten, und ersetzten die Lehrer, die im Sommer 1942 deportiert wurden. Das spirituelle Haupt des Dror-Gymnasiums war Yizhak Katzenelson, der in seinen Thorastunden die Liebe zum jüdischen Volk und seinem Erbe und die Bedeutung des nationalen Unabhängigkeit lehrte. Die Thorastunden bei Katzenelson beschreibt Havka Folman in ihrem Buch „Sie sind noch bei mir“ als „unvergessliche Erfahrung“.

Yizhak Katzenelson führte die Schabbat-Zeremonien in der Dzielna 34 durch, trug dort Gedichte vor und sang Lieder. Als besonders beeindruckend beschreibt Chavka Folman in ihrer Biografie die Abende, an denen Katzenelson ein neues Gedicht vorstellte.

Als am 22. Juli die Vernichtung der Juden in Warschau begann, blieb Katzenelson dank gefälschter Arbeitspapiere am Leben. Am 14. August aber wurden seine Ehefrau und ihre beiden jüngsten Kinder ins Vernichtungslager Treblinka deportiert und dort ermordet.

Mitte Januar 1943 tauchte Katzenelson im Dror-Stützpunkt in der Zamenhof-Straße auf und erlebte dort den ersten ge-



Yitzhak Katzenelson

waltsamen jüdischen Widerstand gegen die Massendeportationen.

Juden als Tauschobjekte für Templer-Deutsche

Zu Beginn des Aufstands im April hatten ihn die Warschauer Ghetto-Kämpfer auf die „arische“ Seite der Stadt geschleust und ihm honduranische Papiere verschafft. Sie wollten unbedingt, dass er am Leben bleibt, um den Untergang des jüdischen Volkes zu bezeugen. Katzenelson und sein ältester Sohn wurden von den Deutschen aufgegriffen und ins Internierungslager Vittel deportiert, wo Tauschobjekte gegen deutsche Gefangene gehalten wurden.

In Vittel schrieb Yizhak Katzenelson „Dos lied vunem ojsgehargetn jidischn volk“ („Das Lied vom ermordeten jüdischen Volk“). Das Werk gehört zu den bedeutendsten literarischen Beschreibungen des Holocaust. Der Poet beschreibt in fünfzehn Gesängen das Martyrium und die Trauer und den Protest und die Hilflosigkeit.

Im März 1944 schaffte es Katzenelson das Manuskript unter den Wurzeln eines alten Baumes zu vergraben. Eine Kopie des Gedichtes auf dünnem Papier wurde in den Ledergriff eines Reisekoffers eingenäht, mit dem die junge Jüdin Ruth Adler das Lager verließ. Sie durfte mit ihrem britischen Palästina-Pass im Austausch gegen Templer-Deutsche nach Palästina ausreisen. Miriam Novich gelang es die vergrabenen Gedichte aus dem Lager schmuggeln zu lassen.

Yitzhak Katzenelson überlebte den Krieg nicht. Er und sein ältester Sohn wur-

den nach Auschwitz deportiert und dort am Tag ihrer Ankunft, am 1. Mai 1944, ermordet.

Beide Fassungen von „Dos lied vunem ojsgehargetn jidischn volk“ befinden sich im nach ihm benannten „Yizhak Katzenelson Holocaust und Jüdischer Widerstand Museum“ im Kibbutz der Ghetto-Kämpfer (Lochamei Hagettaot).

Eine der Schülerinnen von Katzenelson war Zivia Lubetkin, eine der späteren Anführerinnen des Aufstands im Warschauer Ghetto. Die 1914 geborene Zivia Lubetkin, die laut der Historikerin Bella Guttermann von Weggefährten als schüchtern und starrsinnig beschrieben wurde, war 1939 Hachshara-Koordinatorin für den Pionier-Weltverband HeChalutz in Warschau.

Nach der deutschen und sowjetischen Besetzung Polens trat sie den Marsch nach Osten an, bei dem sie zahllose Ortschaften aufsuchte, um die versprengten Mitglieder der Bewegung aufzusuchen. Sie half beim illegalen Aufbau der Pioniersbewegung Dror in der sowjetischen Zone und kehrte im Auftrag von Dror im Januar 1940 in das von Deutschen besetzte Warschau zurück. Sie verhandelte mit dem Joint Distribution Committee und dem Judenrat über Zuteilungen für die Dror-Kommune in der Dzielna 34 und war für die Kommunikation mit der Außenwelt verantwortlich. Innerhalb der Bewegung entwickelte sie sich zunehmend zur Entscheidungsträgerin. Die Historikerin Bella Guttermann strich in einem Vortrag über Lubetkin an der Uni Tel Aviv (im Rahmen der Vorlesungsreihe über Frauen in der Schoah) he-

raus, dass sie „einfach und direkt war und das Maximum von anderen und von sich selbst forderte. Für sie waren Denken und Handeln eins.“

Im März 1942 erreichten Berichte von der Judenvernichtung in Chelmo das Ghetto. Zivia Lubetkin bezeugte dazu 1961 im Prozess gegen Adolf Eichmann: „Wir haben unsere kulturellen Aktivitäten eingestellt ... und unsere ganze Arbeit war nun der aktiven Verteidigung gewidmet.“

Zivia Lubetkin war im Juli 1942 Mitgründerin der Zydowska Organizacja Bojowa (ŻOB), die im Januar 1943 unter der Leitung von Mordechaj Anielewicz den bewaffneten Widerstand gegen die Massendeportationen wagte. Stellvertretender Kommandeur war Zivias späterer Ehemann Yizhak „Antek“ Zuckermann.

Der Verlauf des Januar-Aufstandes gab den Widerstandskämpfern Mut. Ihr System der verbundenen Dachböden funktionierte und sie blieben entgegen ihrer Erwartungen am Leben.

Am 19. April 1943 brach der legendäre Aufstand im Warschauer Ghetto aus. Das Kommando über die Aufständischen hatte Mordechaj Anielewicz. Sein Stellvertreter Antek Zuckermann befand sich als Verbindungsmann zum polnischen Widerstand auf der „arischen“ Seite.

Mit Pistolen gegen Kanonen

1961 wurde sie im Eichmann-Prozess gehört und war die einzige Zeugin, die bei ihrer Aussage sitzen geblieben ist. Über den Ausbruch des Aufstandes sagte sie aus:

„Und natürlich mussten wir keine Befehle erteilen, denn diese Jugendlichen, diese Jungen und Mädchen, hatten monatelang auf den Moment gewartet, in dem sie auf Deutsche schießen können.“

Und tatsächlich war der Moment gekommen. Als der Tag anbrach, stand ich im oberen Teil dieses Gebäudes, in der Nalewski-Straße 23, und sah die Tausende von Deutschen, die das Ghetto umzingelten – mit Maschinengewehren, mit Kanonen. Und dann begannen sie das Ghetto zu betreten, mit ihren Waffen, als würden sie zur russischen Front gehen. Und da standen wir ihnen gegenüber – etwa zwanzig junge Männer und Frauen. Was waren die Waffen in unseren Händen? Jeder hatte einen Revolver, jeder hatte eine Handgranate; Die ganze Einheit hatte zwei Gewehre, und außerdem hatten wir selbstgebastelte Bomben, die wir auf primitive Art hergestellt haben, die mit einem Streichholz gezündet werden mussten, und Molotow-Cocktails.

Es war merkwürdig die etwas mehr als 20 jüdischen Jungen und Mädchen zu sehen, die diesem bewaffneten und mächtigen Feind gegenüberstanden und freudig und fröhlich waren. Warum waren sie freudig und fröhlich? Wir wussten, dass unser Ende gekommen war. Wir wussten vorher, dass sie uns besiegen würden, aber wir wussten auch, dass sie einen hohen Preis für unser Leben zahlen würden.“

Der Straßenkampf dauerte 5 Tage. In dieser Zeit hatten die Juden in der Nacht die Macht im Ghetto und das Gefühl des Muts sich zu wehren. Der Aufstand übertraf die kühnsten Vorstellungen der Widerstandskämpfer. Die Deutschen zogen sich zweimal zurück. Im hintersten Loch der Hölle fanden die Juden die Kraft zurückzuschlagen.

Dann aber begannen die Deutschen

das Ghetto abzubrennen. Es gab keine direkten Konfrontationen mehr und die Widerstandskämpfer und verbliebenen Bewohner des Ghettos mussten sich in den stickigen und sengend heißen Bunkern verstecken. Am Tag vor ihrer Entdeckung durch die Deutschen beschloss das ZOB-Kommando im Bunker in der Mila 18, dass sich Lubetkin aufmachen solle, um eine Verbindung durch die Abwasserkanäle zur „arischen“ Seite zu finden. Als sie zurückkehrte, waren Anielewicz und seine Kameraden tot. Am 10. Mai 1943 führte Zivia Lubetkin die letzten Kämpfer durch die Kanalisation. Die Flucht dauerte 48 Stunden.

Im August 1944 nahmen die wenigen Überlebenden des Aufstandes im Warschauer Ghetto am Warschauer Aufstand der Polen gegen die deutsche Besatzung teil.

Ab Oktober 1945 engagierten sich Antek Zukermann und Zivia Lubetkin im Dror-Zentrum in Lodz für die Bricha. Sie machten Überlebende ausfindig, sammelten Zeugnisse und halfen bei der illegalen Ausschleusung. Zivia Lubetkin sagte dazu:

„Wir sahen Zehntausende von Juden vor uns und wussten, dass die einzige Lösung für sie darin bestand, sie sofort nach Erez Israel zu bringen.“

Um ihren eigenen Auswanderungswunsch umzusetzen, verließ sie Polen im Mai 1946. Antek folgte 1947.

Im Juni 1946 hielt die Widerstandskämpferin eine Rede auf der Konferenz der Vereinten Kibbutz-Bewegung in Yagur. Einen ganzen Tag lang stand sie in einem riesigen Zelt und berichtete von „den Tagen der Zerstörung und der Revolte“ (wie sie später ihr Buch zu diesem Thema nannte). Unter den Zuhörern waren Yitzhak Sadeh und viele Palmach-Kämpfer. Manche hörten zum ersten Mal vom jüdischen Widerstand gegen die Nazis, der für die Kibbutzbewegung zum wichtigen Anknüpfungspunkt für den Kampf um den Staat Israel wurde. Zivia sagte einleitend zu ihren Ausführungen, dass sie während der Zeit, als sie von Zerstörung und Tod umgeben waren, nur wegen dem Gedanken an die ferne Heimat und die Arbeiterbewegung in Erez Israel am Leben blieben.

Ein Kibbutz der Warschauer Widerständler

Auf Lubetkins Initiative bildete sich in Yagur eine Kerngruppe aus überlebenden Widerstandskämpfern und Partisanen für die Gründung des Kibbutz Lohamei HaGettaot. Am sechsten Jahrestag des Warschauer Ghetto-Aufstandes erfolgte der Spatenstich für die Kollektivsiedlung und das daran angeschlossene Haus des Ghetto-Kämpfers (Beit Lochamei HaGettaot), welches das erste Museum überhaupt war, das der Opfer des Holocaust und des jüdischen Widerstandes gedachte. Lochamei HaGettaot steht für das Anliegen von Überlebenden ihr Leben im Land ihrer Träume zu leben – dem Staat Israel. Antek Zukerman sagte bei der ersten Zusammenkunft zum Gedenken an den Holocaust und die Helden (deren jährliche Fortsetzung zum Gedenktag an die Schoah und das Heldentum wurde): „Wir sind hierher gekommen, um mit Leben gefüllte Häuser zu bauen.“

Sara Shner, Mitbegründerin des Kibbutz erklärt in einer im Museum ausgestellten Videoinstallation das Gedenken an die Toten als Pflicht der Überlebenden.

Die jüngst erneuerte Dauerausstellung im „Yizchak Katzenelson Holocaust und Jüdischer Widerstand Museum“ führt Warschau als beispielhaft für den Holocaust an. Am Mikrokosmos Warschau wird das vielseitige jüdische Leben aufgezeigt, das dem zunehmenden Terror des Nazi-Regimes ausgesetzt war. Die Ausstel-



Das Ghetto-Kämpfer-Museum nördlich von Haifa

lung thematisiert die repressiven Verordnungen, das Leben im Ghetto, die Deportationen und die Vernichtung. Besondere Betonung liegt auf den Bildungsaktivitäten der zionistischen Jugendbewegungen im Untergrund.

Im Beit Lochamei HaGettaot finden sich Original-Gegenstände sowie sehr viele moderne Audio- und Videoinstallationen. In vier Büchern sind die Zeugenberichte von 96 Gründern des Kibbutz aufgezeichnet. Die Berichte sind digitalisiert und, thematisch geordnet, zugänglich gemacht.

Schon 1944 erschienen Berichte

Zu den Ausstellungsstücken gehören der Koffer, in dem Ruth Adler das Gedicht von Katzenelson aus Vittel herausgeschmuggelt hat, die Miriam-Novich-Sammlung mit künstlerischen Zeugnissen des jüdischen Lebens, die Miriam Novich in den zwei Jahren nach ihrer Befreiung aus Vittel überall in der Welt gesammelt hat, die Glaszelle, in der Eichmann bei seinem Prozess saß, und neben noch sehr vielen weiteren Gegenständen und Artefakten ein großes Modell des Vernichtungslagers Treblinka, das von Yaakov Wiernik angefertigt wurde.

Der 1889 geborene Yaakov Wiernik war in Treblinka beim Sonderkommando und dann als Schreiner für den Bau von Wachtürmen und Gaskammern eingesetzt. Ihm gelang bei der Revolte in Treblinka die Flucht. Im Mai 1944 wurden seine Erinnerungen, die aufzuschreiben er gedrängt wurde, von einem Verlag im Warschauer Untergrund auf Polnisch veröffentlicht. Es war der erste verfasste Zeugenbericht über den Massenmord in den Gaskammern. Im November 1944 erschien der Zeugenbericht in der jiddischen „Forverts“ in New York. Wiernik litt sein Leben lang daran an Treblinka mitgebaut zu haben. Für das Haus des Ghetto-Kämpfers hat Yaakov Wiernik das Vernichtungslager, in dem fast eine Million Menschen ermordet wurden, aus seiner Erinnerung als Modell in wochenlanger Arbeit nachgebaut.

1995 wurde in Lochamei HaGettaou das Kinder-Gedenkmuseum Yad HaYeled gegründet, um an die jüdischen Kinder zu erinnern, die während des Holocaust ums Leben kamen. Ziel von Yad HaYeled ist es, junge Besucher mit dem Schicksal der Kinder während des Holocaust altersgerecht vertraut zu machen.

„Yad Layeled“ ist das erste und einzige Museum seiner Art weltweit und macht Kinder von heute mit der Welt der Kin-

der, die während des Holocaust lebten, vertraut. Die Ausstellung basieren auf authentischen Geschichten aus Tagebüchern und Zeugnissen von Kindern, die während des Holocaust lebten. Ein größerer Raum, durch den der schmale Gang führt, ist Janusz Korczak gewidmet.

Gedenkstätte für die Kinder

Zur Geschichte dieses einzigartigen Museums erzählt Raya Kalisman, dass im Warschauer Ghetto ein Junge zu Antek Zukermann kam, und ihn bat ihm einen Violinlehrer zu finden. Zukermann traf den Lehrer Jahre später wieder und lies sich erklären, dass der Junge jeden Tag geübt habe und außerordentlich begabt gewesen sei und dass er deportiert und ermordet wurde. Die Frage, was aus dem Jungen hätte werden können und was aus so vielen anderen hätte werden können, beschäftigte Antek und er forderte die Errichtung einer Gedenkstätte für Kinder.

Raya Kalisman erklärt, dass zum ambitionierten Anspruch der Vermittlung des Holocaust für Fünftklässler ein Kreativraum für künstlerische Aktivitäten gehört, in dem die Kinder nach dem Besuch von Yad HaYeled ihre Eindrücke verarbeiten können, um gestärkt aus der Ausstellung zu kommen.

Raya Kalisman ist Gründerin des Zentrums für humanistische Bildung in Lochamei HaGettaot, dessen Ziel es ist, durch Dialog und gemeinsames Lernen ein Verständnis der im Museum dargestellten Ereignisse zu vermitteln.

Die Demokratieerziehung in Lochamei HaGettaot ist eng mit Chavka Folman verknüpft.

Chavka Folman war 15 Jahre alt, als die Deutschen 1939 Warschau eroberten.

Im Juni/Juli 1940 nahm sie am ersten illegalen Seminar von Dror teil. Während der Besatzung lebte sie in der Dror-Kommune in der Dzielna Straße 34 wo sie Yitzhak „Antek“ Zukerman und Zivia Lubetkin kennenlernte, die sie während des Krieges und danach stark beeinflussen würden. In einem Interview mit der polnischen Zeitung „Wysokie Obcasy“ sagte Chavka Folman 2000, dass sie im Ghetto alles getan haben, was verboten war – weil es verboten war. Dazu gehörten Studien und Gebete und Zusammenkünfte. Der bewaffnete Kampf, so erklärte sie der Zeitung, baute auf dem vorangegangenen Ungehorsam auf.

Mit ihrem jugendlichen Mut und ihrer polnischen Erscheinung wurde Chavka

mit siebzehn Jahren unter der polnischen Identität „Emma Marczynek“ Verbindungsbotin für die ZOB. Im Frühjahr 1942 wurde sie in die Nähe von Treblinka geschickt, um die Gerüchte der Massenvernichtung zu bestätigen. Später würde sie erfahren, dass ihr Vater dort ermordet wurde.

Am 22. Dezember 1942 wurde Chavka in Krakau verhaftet und nach Auschwitz-Birkenau, deportiert. Sie überlebte das Lager und den Todesmarsch und die Nazis und kam 1947 nach Palästina. 1987 trat Chavka der pädagogischen Abteilung des Haus des Ghetto-Kämpfers bei, wo sie Besucher traf und ihnen ihre Geschichte erzählte und ihre Weltsicht vermittelte.

Havka Folman begleitete viele Gruppen junger Israelis auf Holocaust-Studienreise nach Polen. Bei ihrem letzten Besuch in Auschwitz entdeckte sie zufällig ein Erkennungsfoto, von dessen Existenz sie nichts wusste.

In Israel wurde bereits in den 80er Jahren die Frage gestellt, wie der Holocaust ohne Zeitzeugen zu vermitteln sei, erklärt der Direktor des Humanistischen Zentrums, Yariv Lapid, und führt aus, dass in Israel Hunderte Wissenschaftler dafür Konzepte entwickeln, während das Thema in Deutschland zum Beispiel völlig vernachlässigt wird.

Die Waage der Verhungerten

Der Ansatz, der in Israel herausgearbeitet wurde, und im „Yizchak Katzenelson Holocaust und Jüdischer Widerstand Museum“ zu konsequenter Anwendung kommt, ist die stärkere Gewichtung von persönlichen Geschichten gegenüber Zahlen und Statistiken. Die Erfahrung des Holocaust wird durch Erfahrungsberichte vermittelt oder anhand von Geschichten, die zu bestimmten Gegenständen gehören.

Das für die moralische Schulung sinnbildliche Ausstellungsstück im „Haus des Ghetto-Kämpfers“ ist eine Brotwaage oder vielmehr eine Brotkrümel Waage. Sie wurde im Frauenlager von Auschwitz gefunden. Mit der Waage wurde das Nichts von Brot, das die Gefangenen bekamen in gleiche Teile geteilt. Der Mensch, so Raya Kalisman, hat überall die Möglichkeit sich menschlich oder unmenschlich zu verhalten. Während der Eine eine Gaskammer zur Massenvernichtung konzipiert, baut der Andere eine Waage, um Brotkrümel unter Verhungerten gerecht zu teilen.

Das kurze Heldenleben des Mordecai Anielewicz

Der Anführer des Warschauer Ghetto-Aufstandes von 1943 im Porträt

Von Tina Adcock

Der große Aufstand im Warschauer Ghetto begann am 19. April 1943, als die Nationalsozialisten eine Massendeportation in das Vernichtungslager Treblinka durchführen wollten. Ein Mann führte die Widerstandsbewegung im Ghetto, sowie den Aufstand an — Mordecai Anielewicz.

Der im Jahr 1919 geborene Mordecai trat bereits in seiner Jugend der zionistisch-sozialistischen Jugendbewegung HaShomer HaTzair bei und übernahm schnell leitende Aufgaben.



Mordechaj Anielewicz

Eine Woche nach Kriegsausbruch, am 7. September 1939, floh er mit seinen Freunden aus der Bewegung von Warschau aus in die östlichen Regionen von Polen, da er annahm, dass die polnische Armee die Nationalsozialisten aufhalten werde. Nachdem die sowjetische Armee die Ostgebiete Polens besetzte, versuchte Mordecai die Grenze zu Rumänien zu überqueren, wurde dabei jedoch gefangen genommen und in einem sowjetischen Gefängnis festgehalten.

Nach seiner kurzen Rückkehr nach Warschau, wo er sich insbesondere um die Bildungs- und Kulturvermittlung bemühte, reiste er nach Wilna, wo sich viele Jugendbewegungen, Widerstandgruppen und Flüchtlinge, die aus dem Westen kamen, aufhielten. Mordecai organisierte eine Gruppe von Freiwilligen, die sich wieder zurück, in die besetzten polnischen Gebiete, begaben, um ein Widerstandsnetzwerk aufzubauen. Ab Januar 1940 war er als professioneller Untergrundaktivist in Warschau tätig, wo er zahlreiche Aufgaben übernahm. So leitete er zum Beispiel die Jugendbewegung, organisierte Jugendgruppen, unterrichtete die Mitglieder, arbeitete an der Veröffentlichung von Untergrundpubli-



Denkmal für Mordechaj Anielewicz auf dem Warschauer-Ghetto-Platz in Yad Vashem, Kopie des Warschauer Ghetto-Ehrenmals.

kationen mit und organisierte Meetings und Seminare.

Die polnisch-jüdische Zusammenarbeit funktionierte nur bedingt

Nachdem die Nachricht von den Morden an Juden im Warschauer Ghetto Verbreitung fanden, begann Mordecai mit der Organisation von Selbstverteidigungsgruppen. Einige seiner Versuche scheiterten jedoch, wie die Bemühung um eine Verbindung zu polnischen Gruppierungen außerhalb des Ghettos.

Während die Massendeportationen im

Jahr 1942 aus dem Warschauer Ghetto begannen, reiste Mordecai durch die von Deutschland annektierten südwestlichen Gebiete Polens, um eine organisierte und vor allem bewaffnete Widerstandsgruppe aufzubauen. Auch diese Suche sollte sich zu Anfang als äußerst schwierig herausstellen. Die Unternehmung gelang jedoch nach einiger Zeit, da alle Untergrundorganisation die Bekämpfung der von den Nationalsozialisten organisierten Deportationen als einen der wichtigsten Punkte ansahen. Mordecai wurde im November 1942 zum Kommandanten der Jüdischen Kampforganisation (ZOB) ernannt, die ein Zusammenschluss aus den verschiedenen Widerstandsbewegungen war. Im Januar 1943 befanden sich bereits einige Widerstandskämpfer im Warschauer Ghetto. Er stellte eine Verbindung zur polnische Armee her, die zu dieser Zeit von London aus operierte. Dadurch gelang es ihm, Waffen für die Widerstandsbewegung zu bekommen, die von polnischer Seite aus in das Ghetto geschmuggelt wurden.

Die nächste große Deportationswelle aus dem Warschauer Ghetto sollte am 18. Januar 1943 erfolgen. Es blieb kaum Zeit über das Vorgehen und die Art, sowie die Durchführung des Widerstandes zu dis-

kutieren und die bewaffneten Truppen drängten darauf so schnell wie möglich zu reagieren. Die Gruppierung um Mordecai konzentrierte sich auf die Kämpfe in den Hauptstraßen. Sie schlossen sich dem Zug derjenigen an, die deportiert werden sollten. Anschließend griffen sie, nach einem Signalzeichen, die Wachen des Zuges an. Die zur Deportation bestimmten Juden flohen und die meisten ZOB-Kämpfer starben bei dem Aufstand. Trotzdem war das Aufbegehren gegen die Unmenschlichkeit und Grausamkeit der Nationalsozialisten ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des Warschauer Ghettos, da vier Tage nach der Revolte die Deportationen vorerst stoppten.

Mit dem Rücken zur Wand

Die drei Monate zwischen Januar und April 1943 beschrieben eine Phase der intensiven Vorbereitung für die ZOB unter Mordecais Führung. Am Pessachabend des 19. April 1943 begann die letzte Deportationswelle und somit auch der Kampf der ZOB. Zunächst konnten sich die Widerstandskämpfer gegen die Nazis behaupten, da diese die jüdischen Kämpfer unterschätzt hatten. Dadurch hatten die Nationalsozialisten einige Verluste zu verzeichnen. Doch der drei Tage andauernde Kampf zeigte schnell seine Folgen. Die Nationalsozialisten waren nicht nur zahlenmäßig weit überlegen, sie verfügten auch über ein größeres Arsenal an Waffen. Einige Hunderte ZOB-Kämpfer waren lediglich mit Handrevolvern bewaffnet und hatten somit keine Chance. Trotz allem ergaben sich die Widerstandskämpfer nicht – der Zorn, das Leid und die Ohnmacht darüber, was passieren würde, wenn sie aufgeben würden, trieb jeden einzelnen von ihnen an. Die Nationalsozialisten reagierten darauf, indem sie Häuser anzündeten und jedes Versteck im Ghetto durchsuchten. Der Kampf sollte insgesamt vier Wochen lang andauern, bis zum 16. Mai 1943. General Jürgen Strop verkündete anschließend, dass es keine jüdische Widerstandsgruppe im Warschauer Ghetto mehr gebe. Mordecai selbst kommandierte in den ersten Tagen des Aufstandes die kämpfenden Widerstandsgruppen, bis er sich, nach dem Ende der Auseinandersetzung, in das Hauptquartier der ZOB zurückzog. Am 8. Mai 1943 wurde Mordecai Anielewicz, neben anderen Widerstandskämpfern, in dem Hauptquartier der Bewegung von den Nationalsozialisten ermordet.

Als Erinnerung an seinen lebenslangen Kampf und seine Bemühungen, die Juden im Warschauer Ghetto von der Tyrannei der Nationalsozialisten zu befreien, wurde ein Kibbutz in Israel nach ihm benannt – „Yad Mordecai“. Des weiteren befindet sich im Warschauer Ghetto heute ein Denkmal, das an die Widerstandskämpfer des Warschauer Ghetto Aufstandes erinnern soll.

In einem letzten Brief an einen Freund ist die Zufriedenheit Mordecais ob seines Einsatzes für den jüdischen Widerstand herauszulesen: „Friede sei mit dir, mein lieber Freund. Wer weiß schon, ob wir uns wiedersehen werden? Mein Lebenstraum ist jetzt verwirklicht worden: Die jüdische Selbstverteidigung im Ghetto ist jetzt eine Tatsache ... Ich bin Zeuge des großartigen, heroischen Kampfes der jüdischen Kämpfer.“

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Leserbrief

Sehr geehrter Herr Dr. Korenzecher,

warum habe ich die JÜDISCHE RUNDSCHAU abonniert? Ich bin weder Jude noch ansonsten religionsaffin. Meine Haltung zu Religion wird am besten durch den Satz Marcel Reich-Ranickis beschrieben: „Beim Knien kann ich so schlecht denken.“

Durch einen Artikel von Chaim Noll auf der von Henryk M. Broder herausgegebenen „Achse des Guten“ bin ich auf die JÜDISCHE RUNDSCHAU aufmerksam geworden. Nach der Lektüre einer Ausgabe war ich hoch erfreut, dass es in „diesem unserem Lande“ (Helmut Kohl) auch Stimmen gibt, die sich dem um sich greifenden Irresein mit gebotener Deutlichkeit entgegenstellen. Das leider zunehmende Israel-Bashing widert mich an. Israel ist in seiner Region der einzige Staat, der westlichen Demokratie-Maßstäben genügt. Dieses Land, vielfach von Feinden umgeben, die seine Vernichtung wollen, verzeichnet in vielen relevanten Bereichen eine äußerst positive Entwicklung, obwohl es exorbitant hohe Investitionen in seine Existenzsicherung tätigen muss.

Da empfinde ich es als erbärmlich, wenn Leute unter dem Deckmantel „Israel-Kritik“ ihren wohl latenten Antisemitismus verbergen, und zwar bis in die CDU hinein.

Man mag das grobmotorische Auftreten des US-Präsidenten gelegentlich als gewöhnungsbedürftig empfinden, aber er trifft im Gegensatz zur deutschen Appeasement-Regierung auch mal Entscheidungen, die ausgeprägten Realitätssinn beweisen: „The Donald“ lässt sich von den Mullahs in Teheran nicht hinter die Fichte führen und setzt auch mit der Anerkennung Jerusalems als israelischer Hauptstadt klare und überfällige Akzente.

Zurück zur JÜDISCHEN RUNDSCHAU: Natürlich lese ich – und da unterscheide ich mich wohl wenig von anderen Menschen – etwas lieber, das meiner eigenen Meinung entspricht. Aber die JÜDISCHE RUNDSCHAU bietet für mich mehr. Sie bringt Informationen, die die Mainstream-Medien unterschlagen. Die Lektüre der JÜDISCHEN RUNDSCHAU trägt da nur zu einem gesteigerten Erkenntnisgewinn bei.

Eine Anregung: Kann die JÜDISCHE RUNDSCHAU

die Vereinbarkeit des Islam mit unserem Grundgesetz (Art. 20: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus) näher beleuchten? Der Islam – vor allem in der Interpretation des stärksten Islam-Verbandes DITIB – geht von einem Primat der Religion gegenüber dem Staat aus. Die von unserer Rautenfrau betriebene Islamisierung und der damit massenhaft importierte Judenhass könnten uns zu einem Land machen, in dem wir nicht mehr „gut und gerne“ leben. Die täglichen Messerstecher rufen bei ihren Attacken auch nicht „Gelobet sei Jesus Christus“ oder „Schalom“! Dauern hört man „Allahu Akbar“.

Mit freundlichem Gruß
Horst Kruse
Polizeipräsident a.D.

PS: Es spricht übrigens auch Bände, dass Sie den Bezug der JÜDISCHEN RUNDSCHAU auch „in einem Umschlag“ anbieten. Ich beziehe die Zeitung offen, und das soll auch so bleiben.

Pessach für Anfänger

Ein Rabbinatsschüler fasst alles Wichtige zum Familienfest kurz und kompakt zusammen

Von Igor Mendel Itkin

Wann?

Pessach beginnt am 15. Nissan und dauert sieben Tage in Israel und acht Tage außerhalb Israels. Die ersten zwei Tage (15. u. 16. Nissan) und die letzten zwei Tage (21. und 22. Nissan) sind ein Jom Tow, d.h. jegliche Arbeit ist verboten. Die Tage dazwischen (17. und 20. Nissan) heißen Hol Hamoed, d.h. Zwischenfeiertage; an diesen Tagen ist die Arbeit erlaubt. Der Seder findet an den ersten zwei Abenden statt. Während der ganzen Pessach-Woche ist sowohl das Essen als auch der Besitz von gesäuertem Getreide verboten (Brot, Kuchen, Bier, Wodka, Whiskey usw.).

Warum?

Pessach wird gefeiert zur Erinnerung an die Befreiung Israels aus Ägypten. Die Juden waren den Ägyptern 210 Jahre lang Sklaven und mussten unter schweren Bedingungen Städte bauen. 600.000 Juden zogen aus Ägypten in die Freiheit. Somit ist Pessach ein Fest der Freiheit.

Name?

Pessach bedeutet auf Hebräisch „vorrübergehen“. Der Pharao wollte die Juden nicht aus Ägypten ziehen lassen. Gott brachte 10 Plagen über Ägypten, doch erst mit der letzten Plage ließ Pharao die Juden ziehen. Die letzte Plage war das Erschlagen aller Erstgeborenen. Gott befahl den Juden die Türpfosten mit Blut eines Schafs zu bestreichen. Jedes jüdische Haus, das Blut an den Türpfosten hatte, wurde beim Erschlagen der Erstgeborenen von Gott ausgelassen, sodass die Plage nur die Ägypter traf. Dieses Überspringen oder Vorrübergehen heißt auf Hebräisch Pessach (Ex. 12:23).

Was sind die 10 Plagen?

1. Blut, 2. Frösche, 3. Ungeziefer, 4. Wilde Tiere, 5. Viehpest, 6. Geschwüre, 7. Hagel, 8. Heuschrecken, 9. Finsternis, 10. Erschlagen der Erstgeborenen.

Was ist Matza?

Matza ist ungesäuertes Brot aus Weizen, Gerste, Dinkel, Roggen oder Hafer. Das Brot gilt als ungesäuert, wenn der Teig in den Ofen kommt, bevor 18 Minuten vergangen sind, nachdem man Mehl mit Wasser gemischt hat. Wir essen die Matza zur Erinnerung an den Auszug aus Ägypten. Nach dem Tod aller Erstgeborenen war der Pharao sehr wütend auf die Juden und er trieb sie aus Ägypten heraus. Da



Sedertisch mit Haggada-Büchern

die Juden in Eile waren, hatten sie keine Zeit richtiges Brot zu backen, und heraus kam Brot à la bread to go, Matza eben. Es ist ein Gebot aus der Thora, dass jeder Jude am ersten Abend von Pessach Matza esse.

Was ist der Seder?

Seder bedeutet Ordnung und ist ein großes Festmahl, sowie eine häusliche Zeremonie, am ersten und zweiten Pessachabend. Zur Zeit des Tempels versammelten sich alle Juden in Jerusalem und aßen in Gruppen das Pessach-Schaf mit den Matzot. Nach der Zerstörung

des Tempels (70 n.d.Z.) ist uns nur die Matza geblieben und das Gebot über den Auszug zu sprechen. Es ist ein Gebot aus der Thora, seinen Kindern vom Auszug aus Ägypten zu erzählen (Ex. 13:8). Genau das ist der Hauptbestandteil des Abends. Wir erzählen uns den Auszug aus Ägypten, mit all den Wunderwerken, die Gott für uns getan hat, trinken (mindestens) vier Becher Wein, die vier Ausdrücke der Erlösung symbolisieren (Ex. 6:6-7) und wir lesen aus der Haggada.

Was ist die Haggada?

Ein Buch, das uns die Ordnung des

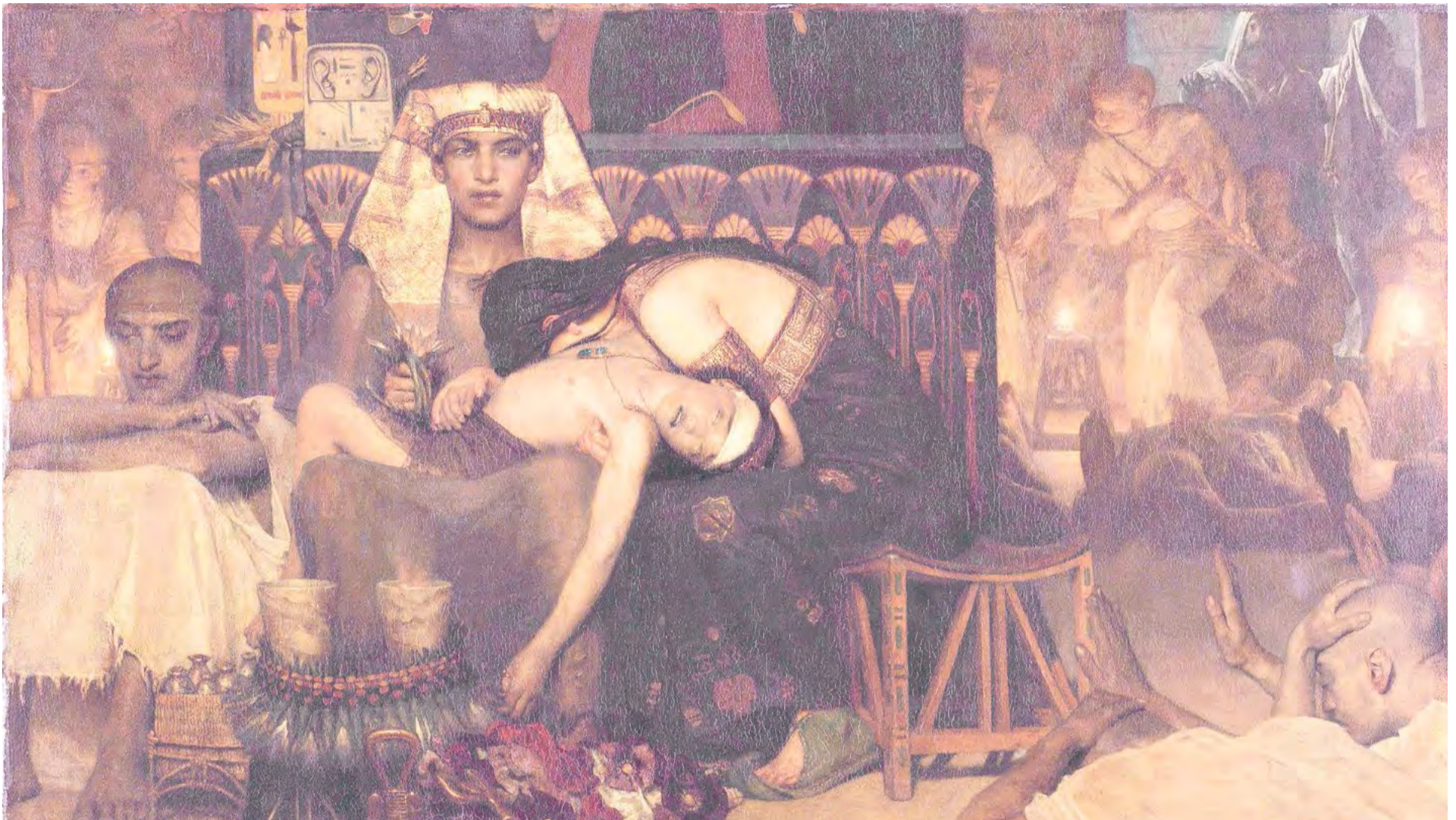
Pessachabends vorgibt. Neben praktischen Anleitungen, enthält es die Erzählung aus Ägypten, Lieder und Gebete. Die Hauptbestandteile der Haggada entstanden zur Zeit der Mischna (150 n.d.Z.) und weitere Teile wurden durch die Jahrhunderte jüdischer Geschichte hinzugefügt.

Ich wünsche allen Menschen einen fröhlichen und friedlichen Pessach im Kreise ihrer Familie und Freunde.

Möge es das letzte Pessach sein vor der Erlösung!

Goldene Rede

Eine mysteriöse Hautkrankheit, vielsprechende Vögel und das Geheimnis des Überlebens bei Katastrophen im Überblick der Wochenabschnitte des Monats April



Von Rabbiner Elischa Portnoy

„Der Tod des Erstgeborenen des Pharaos“ von Lawrence Alma-Tadema (1872)

Auch wenn es im April vier Samstage gibt, so werden im ganzen Monat nur zwei Wochenabschnitte gelesen: „Tazria“ („Sie empfängt“) und „Metzora“ („Aus-sätziger“). Der Grund dafür ist, dass der erste Tag von Pessach und der achte Tag jeweils auf die Samstage fallen und an den Feiertagen nur die Abschnitte vorgelesen werden, die mit diesen Festen zu tun haben. Jedoch haben auch „Tazria“ und „Metzora“ viel in sich: erstens werden sie normalerweise zusammen an einem Schabbat vorgelesen, zweitens sind es sehr komplizierte und schwer zu lesende Texte. Wir haben aber bereits mehrmals entdeckt, dass auch schwere und spezifische Abschnitte auf jeden Fall spannende Hintergründe und interessante Ideen beinhalten.

Mysteriöse Krankheit

Der Wochenabschnitt „Tazria“ beginnt mit den Gesetzen, die eine Frau nach der Entbindung betreffen und auch mit dem berühmt-berüchtigten Beschneidungsgebot.

Danach beginnt die Thora sehr ausführlich und mit vielen Details die Krankheit „Tzaarat“ (Hautaussatz) zu diskutieren, die man sich ungefähr als Lepra vorstellen kann. Jedoch war das keineswegs die Lepra-Krankheit selbst.

Erstens konnte „Tzaarat“ nicht nur den Menschen, sondern auch die Kleider des Menschen und sogar die Steine des Hauses befallen. Zweitens war sie nicht ansteckend: auch wenn der „Kranke“ die Stadt verlassen musste, konnte er sich mit anderen „Tzaarat-Aussätzigen“ unterhalten. Drittens war der Heilungsprozess sehr seltsam: der betroffene Mensch sollte nicht einen Arzt aufsuchen, sondern einen Kohen (Priester), der die Heilung dann begleitet hat. Erst nach Er-

füllung bestimmter Kriterien konnte der Kranke/die Kranke (bzw. Kleider oder Haus) vom Kohen für „gesund“ erklärt werden, einen speziellen Reinigungsprozess durchlaufen und zu seinem gewöhnlichen Leben zurückkehren.

Eins der Hauptsymptome dieser Krankheit war das Aufkommen von bestimmten weißen Flecken auf der Haut (Wajikra 13:3): „Und wenn der Priester das Mal an der Haut des Fleisches sieht, dass die Haare in Weiß verwandelt sind und das Ansehen an dem Ort tiefer ist denn die andere Haut seines Fleisches, so ist's gewiss der Aussatz. Darum soll ihn der Priester besehen und für unrein urteilen.“

Während die komischen Flecken als Quelle ritueller Unreinheit noch durchaus nachvollziehbar sind, so stellt der folgende Vers wieder alles auf den Kopf (13:12-13): „Wenn aber der Aussatz blüht in der Haut und bedeckt die ganze Haut, von dem Haupt bis auf die Füße, alles, was dem Priester vor Augen sein mag, wenn dann der Priester besehen und findet, dass der Aussatz das ganze Fleisch bedeckt hat, so soll er denselben rein urteilen, dieweil es alles an ihm in Weiß verwandelt ist; denn er ist rein.“

Komplett weiß von Aussatz

Verblüffend! Wie kann das sein? Ein oder mehrere weiße Flecken auf der Haut machen den Menschen unrein – wenn diese Person jedoch total weiß wird, ohne eine einzige gesunde Stelle, dann wird sie plötzlich als „rein“ befunden!

Das wundert natürlich jeden, der auf diese Stelle stößt, und deshalb geben unsere Weisen mehrere Erklärungen, um dieses Paradoxon zu erklären.

Der berühmte und vielseitige Rabbiner und Schriftsteller Avraham Ibn Esra

(1092-1165) vermutet, dass es ein Zeichen dafür ist, dass die Krankheit aus dem Körper heraus ist und sich nur noch auf der Oberfläche befindet, um bald ganz zu verschwinden.

Auch Baal haTurim (Rabbi Jakob Meir ben Ascher) denkt, dass es ein Zeichen ist, dass die Krankheit bald zu Ende geht und man mit diesem besonderen Reinigungsprozess beginnen kann.

Dagegen sieht Rabejnu Bechaja ben Ascher (1263-1340) keine nachvollziehbare Logik in diesem Fall. Er hält das für einen „Gzerat haKatuw“ – eine G“ttliche Verfügung, die keine menschliche Logik in sich hat. So wie die Kaschrut-Gesetze oder das Gebot von der Roten Kuh.

Zeichen der Messianischen Ära

Eine weitere absolut unerwartete Erklärung zu diesem Vers, mit einem absolut anderen Kontext finden wir in einem Midrasch. „Es ist ein Hinweis, dass Maschiach (Erlöser) erst dann kommt, wenn alle Regierungen antireligiös werden.“

Der 7. Ljubawitscher Rebbe (Rabbi Menachem Mendl Schneerson) versucht diesen Midrasch zu entschlüsseln und sieht darin eine wichtige Idee versteckt.

Im Talmud steht, dass es zwei mögliche Szenarien für das Kommen von Maschiach gibt: entweder, wenn es alles sehr schlimm wird (so wie es beim Auszug aus Ägypten der Fall war), oder wenn alles perfekt sein wird und alle Menschen gut und gerecht sein werden.

Deshalb, sagt der Rebbe, zeigt dieser Midrasch über die „ketzerischen“ Regierungen eine interessante Perspektive der Messianischen Epoche: „worst case“ ist, wenn die Regierungen nicht nur säkular sind, sondern sogar antireligiös

und das noch nicht mal jemanden stört. Dann ist alles schlimm und es ist höchste Zeit, dass die Welt erlöst wird.

Wenn die Bürger jedoch selbst darauf kommen, dass die Regierungen so schlecht geworden sind, dass der Zustand unerträglich ist, dann hat die Welt die Erlösung aus eigener Kraft verdient. Das ist der Fall, wenn alles gut ist.

Das könnte auch für unser Leben ein stärkender Gedanke sein: manchmal kommen bei uns mehrere Probleme auf einmal zusammen und die Welt sieht plötzlich düster aus. Jedoch, wenn es ganz problematisch wird und man nicht mehr weiß, wie es weitergehen soll, so soll man die Hoffnung nicht verlieren. Die Rettung kann ganz nah sein, man muss einfach dafür beten, fest an G“ttes Hilfe glauben und sich der Rettung absolut sicher sein. Dann wird diese Rettung auch kommen.

„Großes Maul“ konnte krank machen

Im Wochenabschnitt „Metzora“, der thematisch die direkte Fortsetzung von „Tazria“ darstellt, wird das Reinigungsritual des Tzaarat-Kranken beschrieben.

Jedoch stellt sich die Frage, wie man eine so komische und mysteriöse Erkrankung überhaupt bekommt!

Laut unserer Weisen war Tzaarat in früheren Zeiten eine himmlische Strafe fürs Gerüchte-Verbreiten und üble Nachrede. Deshalb musste der Aussätzige die Stadt verlassen und draußen leben bis diese Plage ihn verlassen hat.

Das berühmteste Beispiel für eine solche Strafe ist Miriam, die Schwester von Mosche Rabejnu. Trotz ihrer großen Verdienste um das jüdische Volk musste sie, nachdem sie mit besten Ab-

sichten unpassend über ihren großen Bruder gesprochen hatte, für sieben Tage das jüdischen Zeltlager verlassen und diese in der Wüste verbringen. Diese Geschichte, die wir im Buch „Bemidbar“ noch lesen werden, ist so lehrreich, dass es eins von sechs Ereignissen ist, an die wir uns laut der Thora täglich erinnern sollen.

Zwei Vögel für Metzora (Aussätzigen)

Eine starke Lehre erhielt auch der Metzora, als er sich nach seiner Heilung von Tzaarat, einem aufwändigen Reinigungsprozess unterziehen sollte.

Unter anderem sollte er dafür zwei Vögel opfern (14:4): „...und soll gebieten dem, der zu reinigen ist, dass er zwei lebendige Vögel nehme, die da rein sind, und Zedernholz und scharlachfarbene Wolle und Isop.“

Der Kommentator Raschi gibt uns basierend auf der Aussage unserer Weisen im Talmud (Arachin 16b) die Idee, die diese Person daraus entnehmen sollte: „Weil die Aussatzschäden wegen böser Rede kommen, das Werk geflüsterter Worte sind, darum sind zu seiner Reinigung Vögel nötig, die auch immer mit zwitschernder Stimme erzählen“.

Jedoch stellt sich die Frage, warum der Gereinigte ausgerechnet zwei Vögel opfern soll? Auch ein Vogel hätte gereicht, um ihn die Wichtigkeit des Schweigens zu lehren.

Um das zu verstehen, muss man zuerst die Wichtigkeit unserer Fähigkeit zu sprechen verstehen. Unsere Weisen zeigen es mit vielen Beispielen: die Welt wurde von G'tt mit zehn Sprüchen erschaffen (Pirkej Awot 5:1). Der Mensch wird im Unterschied zu den Tieren als „Medaber“ – der Sprechende – bezeichnet.

Die Arche, wo Noah und seine Familie samt Tieren die Sintflut überlebt haben, heißt auf Hebräisch „Tewa“, jedoch lautet auch das Wort „Wort“ auch auf Hebräisch „Tewa“. Das Synonym für das Wort „Tewa“ (Wort) ist das Wort „Mila“, was wiederum auch die „Beschneidung“ bedeutet.

Auch in der Pessach-Geschichte, die wir sehr bald feiern werden, spielt der Mund („Peh“ auf Hebräisch) eine zentrale Rolle: Paro (Pharao) kann auf Hebräisch auch als Peh_ra („schlechter Mund“) gelesen werden. „Pi haHiro“, die Gegend, wo Pharao mit seiner Armee ertrunken war, kann auch als Peh haHirut („Mund der Freiheit“) gelesen werden. Sogar das Wort „Pessach“ selbst verbirgt diese Idee: Peh_Sach – „sprechender Mund“.

Das Sprechen als Thora-Gebot

Wie aus all diesen Beispielen ersichtlich ist, ist das „Sprechen“ eine sehr wichtige Fähigkeit der Menschen. Und natürlich muss diese Fähigkeit richtig benutzt werden. Und jetzt können wir die Symbolik beider Vögel verstehen: zuerst muss der Metzora lernen seinen Trieb über andere schlecht zu sprechen einzudämmen. Darauf weist der erste Vogel hin. Viel wichtiger jedoch ist es zu lernen, dass die Sprache eine wunderschöne Gabe von G'tt ist, und wenn man sie richtig einsetzt, man damit Welten erschaffen kann. Und gerade für diese Erkenntnis braucht man den zweiten Vogel: wir können nicht ganze Zeit schweigen und müssen es auch nicht. Jedoch, wenn wir schon sprechen, dann müssen wir das richtig machen. Und gerade die „Haggada“ – die Erzählung über den Auszug aus Ägypten beweist diese Idee eindrucksvoll: mit dem Sprechen allein können wir am Pessach sogar ein Gebot der Thora erfüllen!



Pessach-Haggada von Jakob Michael May Segal (1731 Frankfurt am Main)

Todbringende Nachbarn

Auch die Abschnitte, die an den Feiertagen gelesen werden, können bei genauer Betrachtung viele spannende und lebenswichtige Prinzipien offenbaren.

Am ersten Pessach-Tag, der dieses Jahr auf einen Schabbat fällt, wird statt des nächsten Wochenabschnitts im Sefer „Wajikra“ ein Abschnitt aus dem Sefer „Schmot“ vorgelesen, der vom Auszug aus Ägypten erzählt (12:21-52).

In diesem Abschnitt wird unter anderem erzählt, dass den Juden verboten wurde ihre Häuser während der „Erstgeborenen-Plage“ zu verlassen: „Und nehmet ein Büschel Isop und taucht in das Blut in dem Becken und berührt damit die Oberschwelle und die zwei Pfosten. Und gehe kein Mensch zu seiner Haustür heraus bis an den Morgen“. Als Grund für dieses komische Verbot bringt Raschi eine merkwürdige Erklärung aus „Mechilta“: „Das lehrt, dass, wenn dem zerstörerischen Engel die Erlaubnis zu zerstören gegeben wird, er nicht mehr zwischen den Gerechten und den Bösen unterscheidet“.

Wenn man tiefer darüber nachdenkt, dann bedeutet es folgendes: Sogar wenn ein Mensch den Tod eigentlich nicht verdient hat, würde er trotzdem sterben, sollte er sich am falschen Ort zur falschen Zeit einfinden, weil der Engel alles um sich herum zerstört!

Und das scheint eigentlich einem Grundsatz des Judentums zu widersprechen, nämlich dass der Mensch nur für die eigenen Sünden bestraft werden kann! Diese Stelle gibt uns jedoch viel tieferen Einblick in die Grundsätze der G'ttlichen Hashgacha Pratit (individuelles Schicksal jedes Einzelnen).

Es stimmt schon, dass der Mensch nur für seine Taten belohnt bzw. bestraft werden kann. Jedoch kommt es manchmal vor, dass die Gesellschaft (Stadt, Land) so verrottet ist, dass sie G'ttes Zorn auf sich zieht. Dann kann dieser Zorn einen „zerstörerischen Engel“ hervorrufen, der über diese Gesellschaft herfällt, um sie zu bestrafen. Dann könnte auch ein gerechter Mensch, der sich in dieser Gegend aufhält, wegen seiner schlechten Nachbarn zum Opfer dieses Engels werden. Und nur wenn er einen eigenen, ganz besonderen Verdienst hat, wird er

von G'tt sogar bei einer totalen Zerstörung gerettet. Das sehr anschauliche Beispiel dieses Prinzips ist die Rettung Lots (Neffe von Avraham Avinu) aus Sodom: nur dank eines Verdienstes, das Lot in Bezug auf Avraham hatte, wurden er und seine Töchter aus der total zerstörten Gegend gerettet.

Deshalb mussten Juden in Ägypten, als der Todesengel über die ägyptischen Erstgeborenen herfiel und sie getötet hatte, das Blut vom Pessach-Opfer an die Pfosten und die Oberschwelle ihrer Häuser streichen (damit sie ein Verdienst haben) und dann diese Häuser auch nicht verlassen.

Und auch in unserer Zeit werden wir immer wieder Zeugen von wunderbaren Rettungen einzelner Menschen bei Naturkatastrophen, Flugzeugabstürzen oder in Kriegen. Jetzt verstehen wir, dass diese Menschen irgendwelche Verdienste haben müssen und deshalb auch dort gerettet wurden, wo viele andere um sie herum starben.

Jetzt können wir auch den Rat unserer Weisen in „Pirkej Awot“ (1:7) „Halte dich von einem bösen Nachbarn fern“ nachvollziehen: es ist nicht nur so, dass ein böser Nachbar schlechten Einfluss ausüben kann, sondern es gibt durchaus eine noch größere Gefahr. Wenn das Benehmen des bösen Nachbarn einen Todesengel hervorruft, dann „wenn dem zerstörerischen Engel die Erlaubnis zu zerstören gegeben wird, unterscheidet er nicht mehr zwischen den Gerechten und den Bösen“. Und so können auch gute, herzliche Menschen, die sich durchaus an die Gebote halten und gute Taten tun,

jedoch keine speziellen Verdienste haben, zusammen mit den schuldigen Nachbarn vernichtet werden.

Dreimonatiger Unterschied

Während in Israel direkt nach Pessach am letzten Schabbat im April der Wochenabschnitt „Acharej“ gelesen wird, wird außerhalb Israels noch der achte Tag von Pessach gefeiert. Wie eingangs erwähnt, werden an den Feiertagen spezielle Abschnitte, die mit dem Thema von diesen Feiertagen zu tun haben, vorgelesen. Deshalb entsteht eine interessante Situation, dass drei (!) Monate lang in Israel und außerhalb dessen (in der Diaspora) verschiedene Wochenabschnitte gelesen werden.

Das soll jedoch unserer Sache nichts abtun, es wird dadurch kein Wochenabschnitt ausgelassen und alle werden der Reihe nach gebührend beleuchtet.

So 14. April | 18.00
Oranienburger Str. 29, Großer Saal | 10. / 8. erm. / 6. (Impuls)

Konzert »Arabeske«
Zum Geburtstag von **Elena Bregman**, Klavier
Концерт к дню рождения **ЕЛЕНА БРЕГМАН**, ф-но
Spezial Gast: **DEMETRIOS KARAMINTZAS**, Oboe
Werke von Johann Sebastian Bach, Robert Schumann, Ruben Giannotti (Uraufführung) u.a.

Der in New York geborene, griechische Oboist, DEMETRIOS KARAMINTZAS, spielte nach seinem Abschluss an The Juilliard School als Solo-oboist im Jerusalem Symphonieorchester und nahm eine Lehrtätigkeit in der Barenboim-Said Stiftung auf. ELENA BREGMAN ist in Minsk geboren, ihre Karriere begann dort als Preisträgerin des Tschurlionis-Wettbewerbs. Seit ihrem Umzug nach Berlin spielt sie zahlreiche Solo- und Ensemblekonzerte und lehrt an der Barenboim-Said Akademie. Die Künstler fanden in ihren musikalischen Interessen und ihrer Liebe zu Israel schnell eine gemeinsame Ebene und konzertieren seither viel zusammen in Deutschland und Ausland. Afterkonzertparty

Kein Outsourcing der Erziehung!

Wir sollen unseren Kindern zu Pessach persönlich von der Geschichte unseres Volkes erzählen – das soll und kann keine Schule übernehmen.

Von Rebbetzin Katia Novominski

Mit dem Gehen von Purim steht Pessach vor der Tür und löst alle Jahre wieder eine Flut an Putzfieber, Mazzaversand, Erinnerungen, Emotionen, aber eben auch Fragen und Artikel, Videos und sonstigem Lehrmaterial aus. Alle schreiben, was das Zeug hält und wir hoffen sehr, dass es keinen mehr gibt, der nicht weiß, dass der Ewige uns aus der Sklaverei in Ägypten geführt hat und wir auf Gesäuertes verzichten und eine Woche Mazza mit Kartoffeln und Hähnchen genießen sollen, weil unser Brot nicht aufgegangen ist.

Die Gesetze und die spirituelle Seite des Festes sind so wichtig, dass unsere Weisen sogar explizit die Rabbiner dazu auffordern den Schabbat haGadol (Schabbat vor Pessach), eine gesonderte Rede in der Synagoge, zu halten und die Gemeinden sowohl über die Gesetze des Festes zu informieren, als auch einen inspirierenden Gedanken zu teilen. (Zwei Mal im Jahr sind die Rabbiner so besonders gefordert – das zweite Mal Schabbat Tshuva – Schabbat der Rückkehr zwischen Rosch HaSchana und Jom Kippur).

Alle haben viel zu Pessach zu sagen – abgesehen von der technischen Seite der Gebote rund um das Essen sprechen wir vom Feiertag der Freiheit, des Frühlings, der Geburtsstunde des jüdischen Volkes und so weiter und so fort. Wir wollen uns aber weder wiederholen, noch haben wir den Anspruch mithalten zu können im Ozean der Vor-Pessach-Reden und -Schriften.

Da es jedoch nicht sehr geschickt wäre diese Seite und den Leser leer ausgehen zu lassen, werden wir uns es dennoch anmaßen ein Gebot ein bisschen genauer unter die Lupe zu nehmen. Und wir werden nicht davon sprechen, ob und wie schnell man seine Biervorräte vor Pessach austrinken sollte und was man mit den verbliebenen Nudeln machen soll. Es soll uns um etwas ganz anderes gehen.

Es steht geschrieben: „Und melden sollst du deinem Sohn an demselben Tage, sprechend: um des willen, was ER mir tat, als ich auszog von Ägypten (Shmot, 2. Buch Mose, Kap. 13, Vers 8; Buber-Rosenzweig-Übersetzung 1929, entsprechende Rechtschreibung beibehalten). (Im Sinne der heute üblichen sprachlichen Korrektheit reden wir natürlich auch von den Töchtern, wenn wir von den Söhnen sprechen.) Was hat es mit diesem Gebot auf sich? Auf der ersten Ebene lesen wir eine klare Anweisung – wir sollen unseren Kindern am Pessachtag vom Auszug aus Ägypten berichten. Damit wäre unsere Pflicht an einem Abend im Jahr (an zwei außerhalb von Israel) getan – wäre, wenn wir nicht viel mehr aus dieser Aufforderung lesen und lernen würden.

Eltern sollen den Kindern auch geistige Nahrung geben

„Melde, bzw. erzähle deinem Kind“ bedeutet, dass wir uns nicht nur um das leibliche Wohl unserer Kinder kümmern sollen – sprich gutes Essen, tolles



Kinder machen Matze.

Kindegarten, viel Spielzeug und alle Gadgets der Welt. „Erzähle“ bedeutet vor allem „sprich mit deinem Kind! Kümmere dich um sein seelisches Wohl, um das Geistige, um das jüdische Erbe, um die Werte“ – und das natürlich nicht nur an einem oder zwei Abenden im Jahr.

Zwei Aspekte des Gebotes scheinen uns für unsere heutige Zeit und den Zustand der Gesellschaft bzw. der Bildung und Erziehung besonders wichtig.

„Erzähle deinem Sohn“ heißt, DU

ten und Normen, Freiheiten und Grenzen, eben allen Aspekten, was einen Menschen ausmacht, der eigenständig, verantwortlich und menschlich (auch wenn es jetzt eine Tautologie ist) in die „Welt da draußen“ entlassen werden soll. Spaß ist etwas anderes, es führt jedoch kein Weg daran vorbei. (Um der Diskussion um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie den Wind aus den Segeln zu nehmen, aber ohne belehren zu wollen... Wir als Juden haben, G'tt sei Dank, ein fantastisches Geschenk

zen. Du sollst ihnen nicht nur Befehle und Anweisungen geben. Du sollst ihnen nicht nur Fragen stellen, ob sie ihre Hausaufgaben erledigt haben und ob sie deiner Erwartungshaltung entsprechende Leistungen gebracht haben.

„Du sollst erzählen“ heißt, DU sollst erzählen! Du sollst ihnen erzählen von G'tt und der Welt, von der Geschichte unseres Volkes, von deiner/eurer Familiengeschichte/n – so erhält das Kind Wurzeln und weiß, wo es herkommt. Du sollst erzählen von deinen Hoffnungen und Träumen, von Erwartungen und Visionen – so erhält das Kind verschiedene Perspektiven und Flügel, damit es frei werden kann. Du sollst erzählen von Erfolgen und Scheitern, von Anstrengungen und von Überraschungen, es gibt dem Kind Anker und Segel – zu wissen, wo es stehen bleiben soll und wie es Wind kriegt, um voranzukommen. Erzähle deinem Kind von Gut und Böse, von Geboten und Verboten auch im weitesten Sinne, damit es eine Karte und einen Kompass erhält, um zu wissen, wohin und wie die Reise gehen soll.

Erzähle es deinen Söhnen und Töchtern! Lasst uns vor Pessach dieses Gebot der Thora besonders zu Herzen nehmen und es so erfüllen, dass es nicht nur bei uns einen koscheren und fröhlichen Pessach gibt, sondern, dass auch in der nächsten Generation, in ihren Häusern und hoffentlich auch an ihren Pessach-Tischen auch ihren Söhnen und Töchtern und auch Enkelkindern gemeldet werden kann, wie wir aus Ägypten geführt worden sind!

Pessach kascher vesameach!

» **Wir Juden haben ein fantastisches Geschenk namens Schabbat, welches uns eben mindestens einmal wöchentlich die Zeit schenkt, uns der Verantwortung zu stellen und uns intensiv unseren Familien zu widmen.** «

sollst erzählen. Du, also wir, die Eltern, sind mit diesem Gebot verpflichtet unsere Kinder zu erziehen. Es steht, wohl gemerkt, nicht da „und du sollst beauftragen den Kindergarten, die Lehrer, den Rabbiner, die Oma oder den Staat deinem Sohn zu erzählen“. Das Kümmern um die Erziehung unserer Kinder ist unsere alleinige Verantwortung und kann nicht durch Outsourcing gelöst werden. Die Bildungseinrichtungen sind dazu da, Wissen zu vermitteln. Wir als Eltern sind in die Pflicht genommen unsere Kinder zu Menschen zu erziehen. Mit allem, was dazu gehört – Wer-

namens Schabbat, welches uns eben mindestens einmal wöchentlich die Zeit schenkt, uns der Verantwortung zu stellen und uns intensiv unseren Familien zu widmen. Und wenn man noch alle unsere Feiertage und die gesetzlichen Feiertage dazu zählt, dann kommt eine Menge Zeit zusammen).

Ein weiterer Gedanken, eben der versprochene zweite Aspekt ist, folgender:

„Du sollst melden/erzählen“, heißt eben „erzähle!“. Also sprich zu deinen Kindern. Du sollst sie nicht vor die Glotze, Handy, iPad, Tablet etc. etc. set-